



DEUTSCHLAND  
RECHTSSTAAT IM GEEINTEN



Norbert Lammert (Hg.)

# Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe

Norbert Lammert (Hg.)  
Handbuch zur Geschichte der CDU



Norbert Lammert (Hg.)

# Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2022

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische  
Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg  
© 2023 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe  
Satz: schreiberVIS, Seeheim  
Umschlaggestaltung: Harald Braun  
Gedruckt auf säurefreiem und  
alterungsbeständigem Papier  
Printed in the EU

Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)

ISBN 978-3-534-45046-6

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:  
eBook (PDF); 978-3-534-45047-3

# Inhaltsverzeichnis

<b>Grußwort</b>	
<i>Friedrich Merz</i> .....	11
 <b>Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen</b>	
<i>Norbert Lammert</i> .....	15
 <b>I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands</b>	
Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU <i>Matthias Oppermann</i> .....	23
Das Erbe von Zentrum und Widerstand <i>Wolfgang Tischner</i> .....	39
Parteigründung in Ost und West <i>Christopher Beckmann</i> .....	59
Stationen der programmatischen Entwicklung der CDU <i>Michael Borchard</i> .....	79
„...nicht der verlängerte Arm der Kirche“ – Zum Verhältnis der CDU zu Kirchen und Religionsgemeinschaften <i>Karlies Abmeier</i> .....	109
 <b>II. Entwicklungsphasen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands</b>	
Die Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland unter den Vorsitzenden Konrad Adenauer und Ludwig Erhard <i>Hanns Jürgen Küsters</i> .....	125
Die CDU in der (ersten) Großen Koalition und Opposition: Reformerische Aufbrüche unter Kiesinger und Barzel <i>Philipp Gassert</i> .....	147
Die CDU in der Ära Kohl <i>Günter Buchstab</i> .....	165

## Inhaltsverzeichnis

Opposition und Regierungsverantwortung unter Schäuble und Merkel <i>Andreas Rödder</i> .....	197
Die CDU der SBZ/DDR <i>Oliver Salten</i> .....	211
Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands <i>Theresia Bauer</i> .....	223

### III. Entwicklung der Parteistrukturen

Landesverband Baden-Württemberg <i>Peter Crämer</i> .....	231
Landesverband Berlin <i>Stefan Marx</i> .....	239
Landesverband Brandenburg <i>Stefan Marx</i> .....	247
Landesverband Bremen <i>Thilo E. Pries</i> .....	255
Landesverband Hamburg <i>Thilo E. Pries</i> .....	265
Landesverband Hessen <i>Peter Crämer</i> .....	275
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern <i>Stefan Marx</i> .....	281
CDU in Niedersachsen <i>Andreas Grau</i> .....	289
Landesverband Nordrhein-Westfalen <i>Yvonne Ziwitzka</i> .....	297
Landesverband Rheinland-Pfalz <i>Frank Hammes</i> .....	307
Landesverband Saar <i>Frank Hammes</i> .....	313
Landesverband Sachsen <i>Oliver Salten</i> .....	319
Landesverband Sachsen-Anhalt <i>Andreas Grau</i> .....	327

## Inhaltsverzeichnis

Landesverband Schleswig-Holstein	
<i>Andreas Grau</i> .....	333
Landesverband Thüringen	
<i>Oliver Salten</i> .....	341
Die Exil-CDU	
<i>Oliver Salten</i> .....	349
Die Kreisverbände	
<i>Oliver Salten</i> .....	353
Die Vereinigungen und Sonderorganisationen	
<i>Horst Granderath/Carsten Pickert/Daniel Westermann</i> .....	359
CDA – Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft .....	361
EAK – Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU .....	365
FU – Frauen Union .....	369
JU – Junge Union Deutschlands und Schüler Union .....	373
KPV – Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands .....	387
LSU – Lesben und Schwule in der Union .....	393
MIT – Mittelstands- und Wirtschaftsunion .....	397
OMV – Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung– Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU .....	401
RCDS – Ring Christlich-Demokratischer Studenten .....	405
SU – Senioren-Union .....	409
Organisatorische Veränderungen in der Bundespartei	
<i>Stefan Marx</i> .....	413
Wähler und Mitglieder der CDU	
<i>Viola Neu</i> .....	421

## IV. Innenpolitische Positionen und Weichenstellungen

Soziale Marktwirtschaft	
<i>David Gregosz/Martin Schebesta</i> .....	447
Bildungspolitik	
<i>Markus Lingen</i> .....	457
Kulturpolitik und Medien	
<i>Martin Falbisoner</i> .....	469

## Inhaltsverzeichnis

Die Sozialpolitik der CDU <i>Kathrin Zehender</i> .....	477
Familien- und Generationenpolitik <i>Jan Philipp Wölbern</i> .....	495
Frauenpolitik <i>Ina vom Hofe</i> .....	501
Energie- und Umweltpolitik <i>Wolfgang Tischner</i> .....	507
Für Recht und Ordnung – Eine programmatische Betrachtung der Politik zur Inneren Sicherheit <i>David Maaß</i> .....	525
Vertriebene, Flüchtlinge, Migranten, Asylpolitik <i>Andreas Grau</i> .....	539
Wissenschaft, Forschung, Technologie <i>Christine Bach</i> .....	551
Bioethische Positionen in christlich-demokratischer Programmatik und Rechtspolitik <i>Rita Anna Tüpper</i> .....	559
 <b>V. Außen-, deutschland- und europapolitische Positionen und Weichenstellungen</b>	
Die Partei der Westbindung <i>Philip Rosin</i> .....	589
Deutschlandpolitik und deutsche Einheit <i>Judith Michel</i> .....	607
Europapolitik <i>Olaf Wientzek</i> .....	625
Sicherheits- und Verteidigungspolitik <i>Michael Hansmann</i> .....	633
 <b>Anhang</b>	
Abbildungen .....	657
Bildquellen .....	677
Abkürzungsverzeichnis .....	678

## Inhaltsverzeichnis

Auswahlbibliographie	
<i>Julia Gusenfeld</i> .....	682
Autorinnen und Autoren .....	725
Personenregister .....	731



## Grußwort

„Mögest Du in interessanten Zeiten leben“, so lautet eine chinesische Verwünschung. Wir neigen heute angesichts der gewaltigen nationalen und internationalen Umbrüche gelegentlich – und nicht erst seit der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – zum Pessimismus. Natürlich wäre es sträflich, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, kleinzureden, aber es wäre ebenso sträflich, nicht die Chancen zu sehen, die sich daraus ergeben. Als mutige Frauen und Männer – viele von ihnen hatten zuvor im Widerstand gegen die Diktatur gekämpft – sich 1945 in Köln und in Berlin und an verschiedenen Orten in ganz Deutschland zusammenfanden, um die Christlich Demokratische Union zu gründen, konnten sie sich Verzagtheit und die Furcht vor „interessanten Zeiten“ kaum leisten. Das Land lag in Trümmern. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach der nationalsozialistischen Barbarei, inmitten von Hunger und Not überwandten sie konfessionelle Unterschiede und gesellschaftliche Gräben und begaben sich auf einen gemeinsamen politischen Weg, um die Zukunft zu gestalten und Verantwortung für den Neuanfang zu übernehmen.

Aus diesem Aufbruch entstand etwas, das es in der deutschen Politik zuvor noch nie gegeben hatte: Eine Volkspartei, getragen von der Idee, für alle Menschen in der Mitte der Gesellschaft offenzustehen und eine Union zwischen Stadt und Land, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen zu bilden, die ihren Kompass nach dem christlichen Menschenbild ausrichtet. Eine Volkspartei, die auf diesem Weg die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen ohne Rückgriff auf ein Vorbild in der bisherigen Parteienlandschaft zu einer neuen politischen Kraft zusammenführt.

Aus diesem mutigen Schritt sind zwei Erfolgsgeschichten geworden, die auf das engste miteinander verwoben sind: Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz, der Wiederaufbau nach dem Krieg, die Rückkehr in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker, die Soziale Marktwirtschaft und das sogenannte Wirtschaftswunder, die Aussöhnung mit Israel, die enge Freundschaft mit Frankreich und die transatlantische Partnerschaft, die deutsche Einheit und die europäische Integration sind auch Werke christlich-demokratischer Überzeugungen und Schaffenskraft.

Konrad Adenauer, der großen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat, hat 1958 gesagt: „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“ Und diese Kenntnis lehrt uns, dass Vergangenheit zwar verpflichtet, es aber in der Geschichte keine Stammpfade gibt. Nicht in der Vergangenheit zu leben, aber aus der Vergangenheit und auf der Grundlage unserer Werte die Zukunft zu gestalten – das war immer unser Anspruch, und das muss heute erst recht unser Anspruch sein.

Wir werden auch in Zukunft die gestaltende Kraft in Deutschland sein, wenn wir nach Rückschlägen immer wieder Vertrauen in uns selbst und in unsere Stärken gewinnen. Zu diesen Stärken gehört es seit der Gründung unserer Partei, gegensätzliche Positionen miteinander zu versöhnen, uns niemals nur an einer Zielgruppe zu orientieren,

sondern den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Ebenso bleibt es wichtig, dass wir auf die wesentlichen Fragen unserer Zeit – den Klimawandel, den digitalen und technologischen, den demografischen und gesellschaftlichen Wandel – Antworten geben, die unsere historischen Erfahrungen und unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit der Fähigkeit verbinden, Veränderungen zu erkennen und uns auf die neuen Herausforderungen, die vor uns liegen, einzustellen. Und schließlich haben die Männer und Frauen, die den Berliner Gründungsauftrag unterzeichnet haben, an eine ganz wichtige Stärke unserer politischen Überzeugung appelliert: „Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen.“ In den kommenden Jahren wird es erneut ganz entscheidend auf den inneren Zusammenhalt unserer Partei ankommen. Wo andere spalten, müssen wir zusammenhalten und zusammenführen.

Das alles ist die Voraussetzung dafür, dass wir an eine besondere Stärke unserer Partei anknüpfen: an die Stärke, programmatisch auf der Höhe der Zeit zu sein und zugleich an unseren Grundüberzeugungen und an unseren Grundwerten festzuhalten. Ich bin daher dankbar, dass dieses Handbuch besonders viel Augenmerk auf die programmatische Entwicklung legt. So, wie es der CDU mit ihrem ersten Grundsatzprogramm 1978 gelungen ist, in der Zeit der ersten Opposition wieder Anschluss zu finden an das, was die Menschen bewegt, so müssen wir auch jetzt wieder zum Seismographen der Gesellschaft werden. Wo andere auf Gebote und Verbote setzen, setzen wir auf die Kraft der Eigenverantwortung und der Solidarität in der Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, die den Schwachen hilft, wieder stark zu werden, und die den Starken ermöglicht, stark zu bleiben, garantiert wie keine andere Gesellschaftsordnung Wohlstand und Sicherheit. Die Soziale Marktwirtschaft kann auch die richtigen Antworten geben in der Transformation hin zur Klimaneutralität. Und nur ein starker Staat, der die innere und äußere Sicherheit gewährleistet, schafft die notwendigen Voraussetzungen für ein Leben der Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wer sich auf den Weg macht, tut gut daran, gelegentlich auch in den Rückspiegel zu schauen. Damit wir gerade in „interessanten“ Zeiten Verantwortung übernehmen können, ist der Rückblick, den dieses Handbuch bietet, überaus wertvoll. Und deshalb bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrem Vorsitzenden Professor Dr. Norbert Lamert als Herausgeber und den Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge sehr dankbar für diesen lesenswerten Band. Dem Handbuch wünsche ich, was es verdient: viele Leserinnen und Leser – in der CDU und weit darüber hinaus!

Februar 2022  
Friedrich Merz

Schneller als erwartet ist eine Neuauflage des „Handbuchs zur Geschichte der CDU“ nötig geworden. Dazu beigetragen hat das Interesse an dem Band auf dem Parteitag der CDU im September 2022 in Hannover, dessen Beschlüsse in der jetzt vorliegenden zweiten Auflage Berücksichtigung gefunden haben. Ich freue mich über das Interesse an der Geschichte der Christlichen Demokratie und wünsche diesem Band eine so gute Aufnahme wie der ersten Auflage.

Januar 2023  
Friedrich Merz

# Einführung



# Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

*Norbert Lammert*

„Sie sind die Bollwerke der deutschen Demokratie.“<sup>1</sup> So schlicht und deutlich beschreibt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt den Stellenwert der Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sieht darin ausdrücklich ein Unterscheidungsmerkmal zu anderen demokratischen Systemen. Tatsächlich lässt sich die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nicht ohne ihre demokratischen Parteien schreiben. Und auch die Zukunft unserer Demokratie ist ohne den gestaltenden Beitrag der politischen Parteien weder wirklich vorstellbar noch ernsthaft wünschbar, wie ein Blick auf ihre Stellung im Grundgesetz und in der Verfassungswirklichkeit deutlich macht.

Dies gilt nicht nur, aber vor allem für die Volksparteien und ganz besonders für die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Die CDU hat nicht nur die politische Entwicklung unseres Landes maßgeblich geprägt – vom Grundgesetz über die Westbindung und die Soziale Marktwirtschaft bis zur Deutschen Einheit als Teil und Ergebnis der europäischen Integration –, sondern sie hat auch maßgeblich zur politischen Stabilität in Deutschland beigetragen. Und wenn in einer parlamentarischen Demokratie Regierungsjahre die Währung sind, in der sich der Erfolg einer Partei messen lässt, dann kommt man nicht umhin, der CDU zumindest einen weit überdurchschnittlichen Anteil zu bescheinigen.

Ein Grund zur Selbstzufriedenheit ist das jedoch keineswegs, wie nicht erst die für die Union verloren gegangene Bundestagswahl 2021 gezeigt hat. Die Union hat seit der Bundestagswahl 2013 rund 17 Prozentpunkte verloren. Im Vergleich zu 2017 verlor die CDU bei den Wahlen 2021 87 Direktmandate; in fünf Bundesländern konnte sie keinen einzigen Wahlkreis gewinnen; in Ostdeutschland kam sie nur noch auf 17,1 Prozent. Auch die vermeintlich letzte Volkspartei gerät im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima unübersehbar in Turbulenzen. Erstmals seit 1949 haben die beiden größten Parteien bei einer Bundestagswahl zusammen weniger als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Dabei handelt es sich um eine beinahe paradoxe Situation: Im Jahr 2019 feierte die Bundesrepublik „70 Jahre Grundgesetz“; erfreulicherweise ist die Reputation unserer Verfassung unangefochten. Laut einer Umfrage bewerten fast 90 Prozent der Befragten das Grundgesetz als „eher gut“ oder „sehr gut“. Andererseits war die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, den maßgeblichen Institutionen wie den handelnden Personen wohl selten so groß wie in den letzten Jahren. Der gleichen Studie ist nämlich zu entnehmen, dass mehr als ein Drittel mit der erlebten Demokratie in Deutschland unzufrieden ist, und 50 Prozent der Befragten trauen den etablierten Parteien nicht zu, die

---

1 „Wir leben in einer neuen Ära.“ Der US-Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt über Bedrohungen für die deutsche Demokratie, soziale Medien und die Zukunft der SPD, in: Der Tagesspiegel, 8.12. 2019.

Herausforderungen der Zukunft lösen zu können.<sup>2</sup> Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, wonach das Vertrauen in die politische Stabilität im Vergleich zu vor fünf Jahren von 81 Prozent auf 57 Prozent abgerutscht ist. „Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt. Sie haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. [...] Allmählich unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt“, diagnostizierte Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.<sup>3</sup> Diese Entwicklung hatte sich im Kontext der Corona-Pandemie kurzzeitig verändert, als die Umfragewerte für die Volksparteien – insbesondere für die CDU – und auch das Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen wieder stiegen; doch diese krisenbedingten Reaktionen in der Anfangsphase der Pandemie, von denen in erster Linie die Exekutive zeitweilig profitierte, haben sich längst wieder relativiert.<sup>4</sup> Umfragen von Ende 2021 und Anfang 2022 zeigten, dass das Vertrauen der Bürger in Parteien im weiteren Verlauf der Pandemie signifikant gesunken ist. Im Dezember 2021 konnten 62 Prozent der Befragten keine Partei nennen, der sie zutrauten, die Probleme im Land zu lösen; die Regierungsparteien kamen zusammen nur auf 25 Prozent, die Union gerade einmal auf neun Prozent.<sup>5</sup> Im Sommer 2022 gaben 65 Prozent der Befragten an, dass sie den politischen Parteien eher nicht vertrauen.<sup>6</sup> Mittlerweile färbt diese Stimmung auch auf die Einstellung gegenüber der Demokratie insgesamt ab: Nach einer Umfrage vom Februar 2022 waren nur noch 42 Prozent der Befragten zufrieden mit der Demokratie in Deutschland (im Sommer 2020 waren es noch 61 Prozent gewesen).<sup>7</sup> Weitere Studien vom Sommer 2022 zeigten, dass 45 Prozent der Deutschen dem Bundestag „eher nicht vertrauen“; bei Parteien waren es sogar 65 Prozent.<sup>8</sup> Die alarmierend niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 von gerade einmal noch 55 Prozent der Wahlberechtigten ist ebenfalls ein deutliches Warnsignal.

Der Befund lautet daher nach wie vor: Wir haben es mit einem massiven Vertrauensverlust zu tun, der im Übrigen nicht exklusiv die demokratischen Parteien betrifft, sondern sich auch gegenüber Medien, Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen beobachten lässt und im Kontext der Corona-Pandemie vermehrt auch die Wissenschaft betrifft. Die Hintergründe dieser Entwicklung sind vielfältig, aber es gibt sicherlich einen Zusammenhang mit der Erfahrung, dass unsere Welt komplexer geworden ist: Die Globalisierung, die Digitalisierung, der Klimawandel, die Bewältigung einer Pandemie sowie der

2 Das Grundgesetz: Ein Jubilar mit Bestnoten. Studie: 70 Jahre – die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz, infratest dimap, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/grundgesetz-studie/> (Abruf: 25.11.2019).

3 „Deutsche Fragen – deutsche Antworten – Erosion des Vertrauens“, in: FAZ, 20.11.2019.

4 Siehe hierzu „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 26.11.2019).

5 „Vertrauen in politische Kompetenz der Ampel-Parteien sinkt schon wieder“, in: Die Welt, 1.12.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235389114/Forsa-Umfrage-Vertrauen-in-politische-Kompetenz-der-Ampel-Parteien-sinkt-schon-wieder.html> (Abruf: 12.1.2022).

6 Siehe hierzu „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 9.11.2022).

7 Felix Huesmann: Vertrauen in die Demokratie sinkt, in: Frankfurter Rundschau, 21.3.2022, <https://www.fr.de/politik/vertrauen-in-demokratie-sinkt-91426178.html> (Abruf: 1.12.2022).

8 „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, Umfrage von Kantar, Juni/Juli 2022, abrufbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 1.12.2022).

zunehmend ernste Systemkonflikt mit aggressiven Autokratien wie Russland und den damit verbundenen wirtschaftlichen wie politischen Folgen – um nur die auffälligsten Beispiele zu nennen – sorgen dafür, dass die Aufgaben, die die Politik regeln muss, immer komplizierter werden. Einfache Antworten auf komplizierte Fragen sind besonders populär, aber selten richtig. Das müssen nicht nur, aber insbesondere die Parteien den Menschen erklären; je komplizierter die Zusammenhänge werden, desto geduldiger und verständlicher müssen sie erläutert werden. Dies ist vielleicht eine der wichtigsten Qualifikationen, die in der Welt von heute demokratische Parteien und ihre Repräsentanten aufbringen müssen.

Die großen Krisenerfahrungen der letzten Jahre – kollabierende Finanzmärkte, zunehmende Migrationen, eine Pandemie, der russische Angriff auf die Ukraine und die vielschichtigen Auswirkungen von der Energie- bis zur Verteidigungspolitik – haben nicht nur den Handlungsdruck auf die Politik erhöht, sondern auch den Rechtfertigungsbedarf für tatsächlich und vermeintlich übersehene Risikoindizien. Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik führen das der russische Angriff auf die Ukraine und die daraus resultierenden direkten und indirekten Folgen für Deutschland eindrücklich vor Augen. Zu viele Verantwortliche in Politik und Medien, Wirtschaft und Gesellschaft haben zu lange die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit autoritären Systemen verdrängt und die Realitäten durch Wunschdenken ersetzt. Die von der Bundesregierung unter Kanzler Scholz erklärte „Zeitenwende“ mit bemerkenswerten Maßnahmen zur Steigerung der deutschen Verteidigungsfähigkeit, die Anfang des Jahres 2022 noch kaum vorstellbar gewesen wären, zeigt, wie schnell und deutlich sich Verhaltensmuster und Orientierungen verändern, sobald ein nicht erwartetes Ereignis tatsächlich eingetreten ist, während der wiederholte Hinweis auf mögliche, absehbare Risiken in der Regel eher folgenlos bleibt.

Für alle Parteien ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu begleiten und damit Schritt zu halten. Ohne Verankerung in der Bevölkerung kann schon gar eine Volkspartei dabei nicht bestehen. Deswegen muss sie immer wieder den veränderten Organisations- und Kommunikationsbedürfnissen Rechnung tragen. Dass die CDU das kann, das hat sie mindestens zweimal eindrucksvoll bewiesen: zuerst bei ihrer Gründung vor über 75 Jahren, als sie als Partei der Mitte konfessions- und schichtenübergreifend ein bis dahin völlig neues Politikangebot gemacht und erfolgreich etabliert hat. Das zweite Mal, als sie nach 20 Jahren erstmals in der Regierungsverantwortung abgelöst wurde und in den 1970er Jahren in der Opposition eine gründliche personelle, programmatische und organisatorische Erneuerung ermöglicht hat. Diese Erfahrung und Befähigung muss die Union reaktivieren. Erste Schritte in diese Richtung erfolgten bereits auf dem Parteitag in Hannover im September 2022, auf dem die CDU eine Grundwertecharta verabschiedet hat, die als Leitlinie für das in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm dienen soll. Die verabschiedete befristete Einführung einer Frauenquote bei der Vergabe von Parteiämtern zeigt, dass die Partei gesellschaftliche Veränderungen und Erwartungen aufgreift. Dies gilt auch für die Forderung nach einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr, das es „allen jungen Menschen ermöglicht, sich zeitweilig und konkret für unser Land und für unsere Gesellschaft zu engagieren“.

Ganz in diesem Sinne legt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem vorliegenden Werk eine umfassende Darstellung der CDU in historisch-thematischer Perspektive vor. Damit will die Adenauer-Stiftung dazu beitragen, eine Lücke in der Forschungsliteratur zu schließen; seit über 30 Jahren ist keine umfassende Geschichte der CDU mehr er-

schiene. Als klassisches Handbuch bietet der Band in übersichtlichen Beiträgen den Leserinnen und Lesern einen ersten Zugang zur historischen und programmatischen Entwicklung der CDU, ergänzt durch strukturell angelegte Kapitel zu einzelnen Politikfeldern und Parteigliederungen.

Das vorliegende Handbuch ist nicht ausschließlich, aber in erster Linie das Ergebnis der fachspezifischen Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, ergänzt durch Beiträge von namhaften Historikern. Nicht zuletzt handelt es sich dabei auch um Erkenntnisse, die auf der langjährigen Erforschung der Christdemokratie durch die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP) der Adenauer-Stiftung beruhen.

Die Entstehung des Archivs geht zurück auf den ersten Regierungswechsel mit einer sozialliberalen Koalition und die Neuorientierung der CDU in der Opposition unter dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Im Kontext dieser Entwicklungen widmete sich die Konrad-Adenauer-Stiftung ab Mitte der 1970er Jahren intensiv der Dokumentierung und historischen Erforschung der CDU. Kohl, selbst Historiker, wusste, dass es der programmatischen Profilschärfe förderlich ist, sich mit der eigenen Geschichte und den Erfolgen und Misserfolgen im Wettbewerb der Parteien auseinanderzusetzen. „Politik ohne Geschichte ist wurzel- und ziellos, ohne Grund und ohne Perspektive“, lautete eine seiner Maximen. Und sein Biograph Hans-Peter Schwarz hat ergänzend angemerkt: „[...] erfahrungsgemäß bedarf es wissenschaftlicher Vordenker, die den politischen Häuptlingen zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte.“<sup>9</sup> So konnte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1976 – in dem Jahr, in dem Adenauer 100 Jahre alt geworden wäre – gegründet werden. Schnell avancierte das Institut zum zentralen Archiv der Christdemokratie in Deutschland; es sammelt das Schriftgut der führenden Repräsentanten der CDU, ihrer Gremien und Organisationen sowie die Bestände der Vorläuferparteien (u. a. der Zentrums- und Volkspartei). Mittlerweile umfasst es mehr als 17 Regalkilometer an Akten, hunderte Nachlässe prominenter Bundes- und Landespolitiker, über 300.000 Fotos, 22.000 Plakate, Filme, Tonträger.

Es war aber nicht nur als Dokumentationsstelle konzipiert, sondern stets auch als wissenschaftliche Einrichtung, die mit eigenen Publikationen die Geschichte der Christdemokratie erforscht. 1982 wurde mit den „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“<sup>10</sup> eine wissenschaftliche Reihe mit Studien zur christlichen Demokratie, Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik sowie Biographien wichtiger Repräsentanten etabliert; 1994 folgte mit der Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“<sup>11</sup> ein Forum für kürzere Beiträge. Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / ACDP fungiert als Verbindungsglied zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Geschichts- wie Politikwissenschaft. So konnte die Stiftung in den letzten gut vier Jahrzehnten mit Monographien und Editionen wesentlich zur Erforschung der deutschen Geschichte beitragen.

Diese langjährige, historische Expertise fließt maßgeblich in das vorliegende Handbuch ein. Dessen Aufbau gliedert sich in fünf thematische Einheiten. Ein erster Teil widmet sich den geistigen Grundlagen, den historischen Anfängen und der programmatischen

<sup>9</sup> Hans-Peter Schwarz: 40 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung, in: HPM 23 (2016), S. 1–15, hier 7.

<sup>10</sup> Siehe online unter [www.kas.de/de/forschungen-und-quellen-zur-zeitgeschichte](http://www.kas.de/de/forschungen-und-quellen-zur-zeitgeschichte) (Abruf: 26.11.2019).

<sup>11</sup> Siehe online unter [www.kas.de/de/historisch-politische-mitteilungen](http://www.kas.de/de/historisch-politische-mitteilungen) (Abruf: 26.11.2019).

Entwicklung der CDU. Die Gründung der Union und der ihr zugrundeliegende programmatische Neuanfang war eine der Voraussetzungen für die Neugründung von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkrieges. Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen der Vorgängerparteien in einer Partei zusammenführen – basierend auf den gemeinsamen programmatischen Zielen: in Frieden und Freiheit zu leben, einen stabilen demokratischen Rechtsstaat zu etablieren, den Wiederaufbau und die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker sowie die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Mit der CDU entstand aber vor allem eine neue, interkonfessionelle Partei, die aufbauend auf dem katholischen Milieu und evangelischen Christen einem breiten Spektrum an politischen Strömungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus ein politisches Zuhause gab. Es handelte sich um eine Parteigründung von unten – getragen von der Idee, für alle in der Mitte der Gesellschaft offen zu sein, eben eine Union zu bilden zwischen Stadt und Land, zwischen sozialen Schichten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen. Dabei gingen nachhaltige Impulse und Weichenstellungen aus dem Kreis der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hervor.

Im zweiten Teil zeichnen die Beiträge die weitere geschichtliche Entwicklung der CDU nach – beginnend mit dem ersten Bundeskanzler, Konrad Adenauer, der als Präsident des Parlamentarischen Rates selbst maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung des Grundgesetzes hatte, das die zweite deutsche Demokratie nun seit über 70 Jahren prägt. Mit ihm ist die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland untrennbar verbunden, denn er nahm maßgebliche Weichenstellungen in der politischen Orientierung vor: die Westbindung und die europäische Einigung. Die Soziale Marktwirtschaft und das deutsche Wirtschaftswunder verbinden sich vor allem mit dem Wirtschaftsminister und späteren Kanzler Ludwig Erhard. In seine Kanzlerschaft fällt auch die Aufnahme offizieller Beziehungen zum Staat Israel. Der Erfolg und gesellschaftliche Rückhalt dieser Persönlichkeiten und ihrer Politik sicherten der CDU bis Ende der 1960er Jahre solide Mehrheiten bei den Bundestagswahlen – bis zur Bildung der ersten Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Die Zeit in der Opposition in den 1970er Jahren stieß dann einen umfassenden Modernisierungsprozess in der Partei an, vorangetrieben insbesondere vom damaligen rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Helmut Kohl, der die Honoratiorenpartei als Bundesvorsitzender zielstrebig zur Mitgliederpartei umbaute. Als er 1982 Bundeskanzler einer christlich-liberalen Koalition wurde, hätte kaum jemand für möglich gehalten, dass Kohl 16 Jahre lang die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen und dabei im Rahmen der europäischen Integration mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands Weltgeschichte schreiben würde. Nach dem ersten durch das Wahlergebnis herbeigeführten Regierungswechsel und einer siebenjährigen rot-grünen Regierung begann mit Angela Merkel eine neue Epoche der CDU-Parteigeschichte, die bis in die Gegenwart führt. Nach zwei Legislaturperioden in der Opposition übernahm die Union 2005 wieder die Regierungsverantwortung, Angela Merkel wurde zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands mit einer wiederum 16-jährigen Amtszeit. Parallel zur Geschichte der CDU in der Bundesrepublik widmet sich ein Beitrag zudem der Ost-CDU in der DDR bis zum Vereinigungsparteitag in Hamburg 1990.

Im dritten Teil des Handbuchs steht die Entwicklung der Organisationsstruktur der CDU im Zentrum. Ihr Charakter als Volkspartei bildet sich auch in ihrer organi-

satorischen Struktur ab: Die Partei kennzeichnet ein föderaler Aufbau, ein deutlich geschrumpfter, aber immer noch beachtlicher Mitgliederbestand mit einer Bandbreite von Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie ein effektiver Parteiapparat. Auch die Mitglieder- und Wählerentwicklung wird in den Blick genommen und nachgezeichnet, wie sich diese im Laufe der Jahrzehnte verändert hat.

Im vierten und fünften Teil werden schließlich die Positionen und politischen Weichenstellungen der CDU in zentralen Politikfeldern und Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik behandelt, von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Bildungspolitik bis hin zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Der Aktualität solcher Publikationen sind naturgemäß Grenzen gesetzt. Während die Arbeit an der ersten Auflage dieses Handbuchs Anfang 2022 beendet wurde, berücksichtigt die nun bereits vorliegende zweite Auflage die Entwicklungen bis zum Herbst 2022. Dies bezieht sich neben dem Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Folgen in erster Linie auf die Beschlüsse, die auf dem 35. Parteitag der CDU in Hannover im September 2022 getroffen wurden.

Damit deckt das vorliegende Handbuch ein breites Spektrum möglicher Fragestellungen an die Geschichte, Organisationsstruktur und Politik der CDU ab. Zur weiterführenden Lektüre sei den Leserinnen und Lesern der im CDU-Jubiläumsjahr 2020 von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Debattenband ans Herz gelegt, in dem sich namhafte Autorinnen und Autoren aus der Rechts-, Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus der Politik kritisch mit unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der CDU auseinandersetzen und den Stellenwert sowie die Zukunft der Partei in Deutschland in den Blick nehmen.<sup>12</sup> „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“<sup>13</sup> Mit dieser zeitlosen Erkenntnis von Konrad Adenauer wünsche ich den Nutzerinnen und Nutzern dieses Handbuches eine bereichernde Lektüre.

---

12 Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020.

13 Konrad Adenauer im Informationsgespräch mit Herbert Altschull (Associated Press) am 14.5.1958, stenographische Notizen, S. 14, BPA-Pressearchiv F 30.

# I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands



# Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU

Matthias Oppermann

## Christentum und liberale Demokratie: Das „C“ in der Politik

„Die liberalen Demokratien verkörpern keine ‚christliche Zivilisation‘. Sie haben sich in Gesellschaften entwickelt, deren Religion christlich war, sie sind in gewissem Maße davon inspiriert worden, dass jeder Seele ein unbeschränkter Wert zukommt.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten hat der französische Soziologe und Philosoph Raymond Aron 1955 in seinem Buch *L'Opium des intellectuels* den Zusammenhang zwischen Christentum und liberaler Demokratie zusammengefasst. Die liberalen Demokratien sind nicht genuin christlich, aber ohne den christlichen Rahmen hätte sich diese Herrschaftsform nicht entwickeln können. Sie sind, wie Aron schon 1951 in seinem Buch *Les Guerres en chaîne* feststellte, „vom Christentum inspiriert“.<sup>2</sup>

Dieses wechselseitige, Nähe und Distanz verbindende Verhältnis von Christentum und liberaler Demokratie prägt auch den Charakter der CDU seit ihrer Gründung im Jahr 1945. Sie ist – um es gleich vorwegzunehmen – keine „christliche Partei“ im engen oder gar wörtlichen Sinne, sondern eine vom „christlichen Menschenbild“ inspirierte Sammlungsbewegung.<sup>3</sup> „Aus christlichem Glauben“, so heißt es in der Präambel des Ludwigshafener Programms von 1978, „läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit dem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“<sup>4</sup> Die katholischen und protestantischen Parteien der Niederlande, aus denen 1980 das Christen Democratisch Appèl entstand, die katholischen Parteien Flanderns und Walloniens, die italienische Democrazia Cristiana oder die schweizerische Christlichdemokratische Volkspartei, die 1912 als Schweizerische Konservative Volkspartei gegründet worden war, verstanden sich als genuin christliche Parteien und schöpften aus einer einzigen, bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden christlich-

---

1 Raymond Aron: *L'Opium des intellectuels*. Introduction de Nicolas TB-Ausg. Paris 2002 (erstmalig 1955), S. 330. (Übersetzung des Verfassers.)

2 Ders.: *Les Guerres en chaîne*. Paris 1951, S. 169. (Übersetzung des Verfassers.)

3 Zum „christlichen Menschenbild“ vgl. Volker Ladenthin: Inhalt und Bedeutung des christlichen Menschenbilds, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns Jürgen Küsters/Rudolf Uertz (Hg.): *Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU*. Freiburg i. Br. 2013, S. 120–148.

4 Freiheit–Solidarität–Gerechtigkeit. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag, Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, in: *Geschichte der CDU*, [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=6ab8ab48-871d-52a2-a603-989c928e127f&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6ab8ab48-871d-52a2-a603-989c928e127f&groupId=252038) (Abruf: 25.1.2021), S. 1 f.

demokratischen Tradition.<sup>5</sup> Zwar gab es diese Tradition auch in Deutschland.<sup>6</sup> Mit der deutschen Zentrumsparterie ist 1870 sogar eine wirkmächtige, wenn auch rein katholische Partei auf dieser Grundlage entstanden. Die CDU aber konnte sich ebenso wie die bayerische CSU stets auf mehrere geistig-politische Ursprünge berufen, in denen die christliche Inspiration auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße vorhanden war. Wenn man die Partei in ihrer Gesamtheit und nicht einzelne Strömungen, Flügel oder Gruppen betrachtet, ist das „C“ deshalb nicht als Bekenntnis zu einer den Zehn Geboten verpflichteten Politik zu verstehen. Von Anfang an war es vielmehr eine Klammer, die die verschiedenen Strömungen zusammenhielt und somit die Union von Katholiken und Protestanten, von Bürgertum und Arbeiterschaft ermöglichte.

Der große Vorteil der CDU lag dabei in der interpretatorischen Offenheit des Buchstaben „C“. Das hat Konrad Adenauer ein ums andere Mal deutlich gemacht, besonders plastisch am 10. Mai 1962, als der Bundesvorstand der CDU über Rainer Barzels Denkschrift *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU* diskutierte. Bundeskanzler Adenauer hatte Barzel, der seit 1961 dem Bundesvorstand angehörte, selbst damit beauftragt, die Studie zu verfassen. Nachdem die Union in der Bundestagswahl 1961 die absolute Mehrheit verloren hatte, sahen viele CDU-Politiker ihre Partei in der Krise, und Barzels Studie sollte Aufschluss darüber geben, wie man sie überwinden könne. Barzel sah das Mittel dazu in der Schärfung des christlichen Profils. Eine christliche Partei, so kann man in seiner nie gedruckten Studie lesen, sei eine Vereinigung „von Menschen, die auch ihr politisches Handeln unter Gottes Wort und Gebot stellen“.<sup>7</sup> Schon 1958 hatte Barzel geschrieben, die CDU habe die Aufgabe, eine „Politik der Zehn Gebote“ zu betreiben, das heißt „den Willen Gottes zu tun und dafür zu streiten, dass die gottgewollte Ordnung Wirklichkeit wird“.<sup>8</sup>

Davon hielt Adenauer jedoch gar nichts, wie er Barzel sagte: „Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. [...] Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. [...] Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun's ja doch nicht! Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik

5 Vgl. Stathis N. Kalyvas: *The Rise of Christian Democracy in Europe*. Ithaca u. a. 1996, S. 167–221. Zur schweizerischen CVP vgl. Urs Altermatt: *Das historische Dilemma der CVP. Zwischen katholischem Milieu und bürgerlicher Mittepartei*. Baden 2012.

6 Vgl. Frank-Lothar Kroll: *Christliche Demokratie – vom Glaubensbekenntnis zum politischen Programm?*, in: Norbert Lammert (Hg.): *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*. München 2020, S. 361–394, hier 365–367.

7 Rainer Barzel: *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU*. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11.12.1961, o. O. 1962, § 121. Zu Barzel vgl. allgemein Kai Wambach: *Rainer Barzel. Eine Biographie*. Paderborn 2019.

8 Rainer Barzel: *Koalitionspolitik*, in: Gustav Eduard Kafka (Hg.): *Die Katholiken vor der Politik*. Freiburg i. Br. 1958, S. 119–131, hier 126.

unter Gottes Gebot.“<sup>9</sup> Für Adenauer reichte es aus, wenn die CDU alle Menschen vereinigte, die „dem Geiste nach Christen sind“.<sup>10</sup> Das war eine Formel, die so offen und weitgehend war, dass sie auch diejenigen einschloss, die nur noch auf dem Papier einer der beiden Kirchen angehörten.

Das soll freilich nicht heißen, dass der christliche Impuls bei der Gründung der CDU und in ihrer gesamten Geschichte nicht ernst genommen worden wäre. Doch verstanden die verschiedenen Gruppierungen, die sich 1945 gründeten und aus denen die CDU hervorging, durchaus darunter nicht immer dasselbe, wenn sie vom christlichen Charakter der neuen Partei sprachen.

## Heterogene Gründungsimpulse

Auf der einen Seite war die Gründung einer Partei, die sich auf die Werte des Christentums berief nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Tyrannei und angesichts der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen hatten, durchaus folgerichtig.<sup>11</sup> Vor dem Hintergrund der Verbrechen des „Dritten Reichs“, vor allem des Völkermords an den europäischen Juden, und in den Trümmern des untergegangenen Reichs bot das Christentum eine moralische Orientierung, die auch in der Politik unverzichtbar war. Auf der anderen Seite wirkten sich regionale Besonderheiten und politische Traditionen auf die lokalen Gründungen aus.<sup>12</sup> So enthielten die von ehemaligen Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftern aufgestellten Kölner Leitsätze vom 1. Juli 1945 die Forderung nach einem „wahren christlichen Sozialismus“ und hoben die Bedeutung des göttlichen Gebots und eines thomistisch geprägten Naturrechts als Grundlage der politisch-gesellschaftlichen Ordnung hervor.<sup>13</sup> Der Berliner Gründerkreis war in der Frage des „christlichen Sozialismus“ gespalten: Der Protestant Otto Heinrich von der Gablentz, der dem Kreisauer Kreis angehört hatte, und der aus dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften stammende Katholik Jakob Kaiser sprachen sich für umfassende Sozialisierungen aus. Andreas Hermes hingegen, der in der Weimarer Republik ebenfalls Mitglied des Zentrums gewesen war, und die früheren Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) traten für eine freie Wirtschaft ein.<sup>14</sup>

---

9 Protokoll vom 10. Mai 1962, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 32). Düsseldorf 1998, S. 220–270, hier 250.

10 Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 11. Bundesparteitag der CDU, Dortmund, 2.6.–5.6.1962. Hamburg 1962, S. 205.

11 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 15.

12 Vgl. ebd., S. 23.

13 Kölner Leitsätze. Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945. Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes, in: Geschichte der CDU, [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1945\\_Koelner-Leitsaetze.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1945_Koelner-Leitsaetze.pdf) (Abruf: 18.9.2020), S. 2.

14 Vgl. Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 36). Düsseldorf 2001, S. 83.

Im protestantischen Norddeutschland wiederum lehnten die lokalen Parteigründer, die durchweg bürgerlich oder bäuerlich waren, die Idee eines „christlichen Sozialismus“ ebenfalls ab.<sup>15</sup> Die kleineren Parteigründungen, aus denen die CDU in Norddeutschland hervorging, konnten auf die Reste von liberalen und konservativen Parteistrukturen zurückgreifen.<sup>16</sup> Diese Gründungen knüpften bewusst an die bürgerlich-protestantischen Parteien der Weimarer Republik an: an die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) oder die DDP. Die liberalen und konservativen Kleinparteien, die nach 1945 in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg gegründet wurden, vermieden in der Regel den Bezug auf das Christliche, da vor allem die liberalen, aber auch manche konservativen Protestanten der Inanspruchnahme des Christentums durch eine Partei skeptisch gegenüberstanden.<sup>17</sup> So entstand etwa in Schleswig-Holstein aus verschiedenen Gruppierungen zunächst eine Demokratische Union (DU), die nennenswerte Verluste zu verzeichnen hatte, als sie ihrem Namen das „C“ hinzufügte.<sup>18</sup>

Gleichwohl setzte sich der Name Christlich Demokratische Union Deutschlands durch, weil das nicht weiter definierte „C“ im Namen, der Bezug auf die christliche Tradition oder das „christliche Menschenbild“, in einer Gesellschaft, in der so gut wie alle Christen waren, den gemeinsamen Nenner für verschiedene Politikansätze darstellen konnte. Die CDU begann somit als eine „Sammlungsbewegung der politischen Mitte“<sup>19</sup>, deren Fundament zwar das katholische Milieu war und lange blieb, deren baldige Stärke und Mehrheitsfähigkeit jedoch auf der Heterogenität ihrer politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen beruhte.

Von den „drei Wurzeln“ – dem Konservatismus, dem Liberalismus und dem Christlich-Sozialen –, die heute immer wieder als Grundlage der Union genannt werden, war in der Gründungszeit freilich nicht die Rede.<sup>20</sup> Erstmals nimmt das Ludwigshafener Programm von 1978 darauf Bezug – allerdings ohne den Begriff Wurzeln zu verwenden. Die CDU, so heißt es in der Präambel, stehe dafür, dass sich „Freiheit und Menschlichkeit“ nicht wieder, wie in der Weimarer Republik, „in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen“ verlören.<sup>21</sup> Von diesen drei Strömungen lässt sich in der Anfangszeit – etwa in den Kölner Leitsätzen oder im Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945 – nur die soziale als politische Referenz finden, und zwar stets im Zusammenhang mit dem Christlichen.<sup>22</sup>

Diese Tatsache darf uns jedoch nicht zu der Annahme verleiten, Liberalismus und Konservatismus hätten bei der Gründung der CDU keine Rolle gespielt und gehörten folglich auch nicht zu ihren geistigen Grundlagen. Auch wenn sie selten explizit erwähnt

15 Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart 2002, S. 14.

16 Vgl. ders.: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart u. a. 2001, S. 35 f.

17 Vgl. ebd., S. 38.

18 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 35.

19 Ebd., S. 15.

20 Wann und wo das erste Mal die Formulierung von den „drei Wurzeln“ gebraucht wurde, lässt sich nicht ohne weiteres feststellen.

21 Freiheit – Solidarität – Gerechtigkeit. Grundsatzprogramm, S. 1.

22 Siehe Kölner Leitsätze, passim; Berliner Gründungsaufwurf, in: Geschichte der CDU, [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1945\\_Gruendungsaufwurf-Berlin.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1945_Gruendungsaufwurf-Berlin.pdf) (Abruf: 18.9.2020), S. 1.

wurden, waren sie von Anfang an vorhanden. Die ehemaligen Mitglieder der DVP, DDP, DNVP oder einiger protestantisch-konservativer Kleinparteien der Weimarer Republik, die die CDU mitbegründeten oder bald nach der Gründung zu ihr stießen, haben ihre früheren Überzeugungen nicht abgelegt, als sie sich an dem neuen Projekt beteiligten. Männer wie Hans Schlange-Schöninghen und Robert Lehr brachten das protestantisch-konservative Erbe in die CDU ein, Carl Schröter bei der Gründung der DU in Schleswig-Holstein das nationalliberale und Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer sowie Walther Schreiber bei der Berliner Gründung das linksliberale.<sup>23</sup> Mit der Entstehung der CDU begann ein Aushandlungsprozess der Strömungen, der nie zum Abschluss gekommen ist, ja in dessen Beständigkeit gerade das Geheimnis des Erfolgs der CDU liegt.

### **Liberal und doch sozial: Die Soziale Marktwirtschaft**

Richtig ist jedoch, dass bis zur ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 die christlich-soziale Rhetorik dominierte, die sich auch an den Wahlplakaten ablesen lässt. So plakatierte die CDU zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom April 1947 den Slogan „Auch in der Politik gelten die Zehn Gebote“.<sup>24</sup> Auch einige CDU-Plakate zur ersten Bundestagswahl von 1949 appellierten an die christlichen Überzeugungen der Wähler. Andere Themen drängten nun aber das christliche Motiv an den Rand, das ohnehin eher abstrakt und in kultureller Perspektive angesprochen wurde. Dem Plädoyer, ein „christliches Deutschland“ zu erhalten, standen nun praktische Probleme wie die Integration der Heimatvertriebenen oder – und das in besonderem Maße – der Appell an die materiellen Bedürfnisse der Wähler im Vordergrund.<sup>25</sup> Unter dem geistigen Einfluss Ludwig Erhards und dem politischen Willen Konrad Adenauers schlug die CDU einen anderen Kurs ein als etwa der sozial- und wirtschaftspolitisch deutlich links der Mitte stehende Mouvement républicain populaire (MRP) in Frankreich.<sup>26</sup>

Dabei war das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durchaus umstritten. Als Erhard es am 25. Februar 1949 im Ausschuss der CDU der britischen Zone vorstellte, erklärte Johannes Albers, ein Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), das „Prinzip einer liberalen Wirtschaft“ dürfe nicht an die Stelle des sozialistisch geprägten Ahlener Programms von 1947 treten.<sup>27</sup> Doch auch Erhard selbst

23 Vgl. zu den genannten Personen Günther J. Trittel: Hans Schlange-Schöninghen. Ein vergessener Politiker der „Ersten Stunde“, in: VfZ 35 (1987), S. 25–63; Brigitte Kaff: Robert Lehr, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentation. 2. Aufl. München 1990, S. 191–206; Reinhard Frommelt: Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer, ebd., S. 208–220; Jörg-Dieter Gauger: Carl Schröter (1887–1952), in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2008, S. 321–329; Felix Escher: „Schreiber, Walther“, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 533.

24 „Auch in der Politik gelten die Zehn Gebote.“ CDU-Plakat zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen von 1947, in: ACDP 10-009:3.

25 Siehe zum Beispiel „Vertriebene! Eure Not ist unsere Sorge.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:16; „Das brachte Dir unsere Wirtschafts-Politik.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:5. Das Zitat findet sich in: „Das konnte christlicher Geist gestalten. Wir wollen ein christliches Deutschland erhalten.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:8.

26 Zum MRP vgl. Gilles Richard: Histoire des droites en France de 1814 à nos jours. Paris 2017, S. 270–276.  
27 „25. Februar 1949: Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Königswinter“, in:

wollte, wie er Albers wissen ließ, keinesfalls als „Liberaler“ gelten.<sup>28</sup> Damit meinte Erhard freilich nur den sogenannten Manchester-Liberalismus, der in der CDU allgemein auf Ablehnung stieß. Der Unterschied lag im Detail. Die Christlich-Sozialen setzten den Liberalismus mit dem Manchestertum gleich und wollten die Union auf einen Mittelweg zwischen ihm und dem Marxismus verpflichten.<sup>29</sup> Erhard hingegen strebte eine Erneuerung des Liberalismus in der Form des Ordoliberalismus an. Nicht die Freie Demokratische Partei (FDP) als selbsterklärte Nachfolgerin des parteipolitischen Liberalismus der Weimarer Republik nahm den in der Nachkriegszeit virulenten neoliberalen Impuls auf, sondern die CDU.<sup>30</sup> Erhard formte ihn zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das er gegen den Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts setzte und zum Markenzeichen der CDU machte.<sup>31</sup>

Der diesem Konzept zugrunde liegende Neoliberalismus war etwas völlig anderes als der Marktradikalismus, der heute fälschlicherweise mit diesem Begriff beschrieben wird. Der Neoliberalismus ging auf die Krise zurück, die den Liberalismus in den 1930er Jahren erschüttert hatte. Beim sogenannten Walter-Lippmann-Kolloquium diskutierten 1938 Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen über die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Liberalismus in einem „Zeitalter der Tyranneien“.<sup>32</sup> Ökonomen wie Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow – beide Teilnehmer des Kolloquiums –, aber auch Franz Böhm und Walter Eucken glaubten, dass der Liberalismus sich ändern müsse. Sollte er überleben, dann musste der Markt sozial eingerahmt werden.<sup>33</sup>

Ausgehend von diesen Überlegungen entstand der Neoliberalismus oder, im Falle Böhms und Euckens, Ordoliberalismus, den Alfred Müller-Armack zur Grundlage des später von Erhard propagierten Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft machte. Alle drei – der Neoliberalismus, der Ordoliberalismus und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – verbanden eine moralisch-religiöse Dimension mit dem Glauben an die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens. Eine bessere wirtschaftspolitische Grundlage hätte eine christlich-demokratische Sammlungsbewegung wie die Union, die aus verschiedenen Strömungen ein Ganzes machte, kaum finden können. Die Soziale Marktwirtschaft war nichts weniger als ein historischer Ausgleich zwischen zwei der drei Strömungen, von

---

Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft (Rhöndorfer Ausgabe). Bearb. von Holger Löttel. Paderborn u. a. 2019, S. 148–188, hier 178.

28 Siehe ebd., S. 186.

29 Vgl. Maria D. Mitchell: *The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany*. Ann Arbor 2010, S. 90–92; Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 78). Berlin/Boston 2017, S. 173–178.

30 Vgl. Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt a. M. 1988, S. 292; außerdem ausführlich Bernhard Löffler: *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*. Wiesbaden 2002.

31 Vgl. Patricia Commun: *Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus. Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten* (Freiburger Papiere zur Ordnungsökonomik 04/4). Freiburg i. Br. 2004.

32 Vgl. Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“*. Stuttgart 2008, S. 93–102; Jurgen Reinhoudt/Serge Audier: *The Walter Lippmann Colloquium. The Birth of Neo-Liberalism*. Cham 2018. Zu dem Zitat siehe Élie Halévy: *L'Ère des tyrannies. Études sur le socialisme et la guerre*. Préface de Célestin Bouglé. Postface de Raymond Aron. Paris 1990 (erstmalig 1938).

33 Vgl. Plickert: *Wandlungen*, S. 75 f.

denen später im Ludwigshafener Programm die Rede sein sollte: zwischen der liberalen und der sozialen.<sup>34</sup>

Dieser Kompromiss reichte, wie gesagt, bis in die Zwischenkriegszeit, im Grunde sogar bis ins Kaiserreich zurück. Es wird oft gesagt, die Nationalliberale Partei habe sich in den 1880er Jahren nach rechts gewandt, sich den Konservativen angenähert und sich den Linksliberalen entfremdet. Das ist durchaus zutreffend, aber nur die halbe Wahrheit. Oder anders gesagt: ein Rechts-Links-Schema lässt sich in diesem Fall nur bedingt anwenden, weil sich der verfassungs- und gesellschaftspolitische Reformwille der Linksliberalen mit einer tiefsitzenden, manchesterlichen Furcht vor jeder Art von Sozialpolitik verband. Die Nationalliberalen wandten sich dagegen unter Johannes Miquel einer aktiven Sozialpolitik zu und sorgten etwa dafür, dass die Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze die Arbeiter nicht zu Mündern des Staates machten, sondern zu Versicherten, die gemeinsam mit den Unternehmern für den Notfall vorzusorgen hatten.<sup>35</sup> Der Staat sollte den Rahmen setzen, in dem Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam für die Finanzierung der Versicherungen sorgen mussten. Dafür stand besonders Miquel.

Die Nähe des späteren Ordoliberalismus zu diesem sozial engagierten Nationalliberalismus Miquelscher Prägung ist nicht zu übersehen. Gemeinsam hatten beide Varianten des Liberalismus vor allem die Überzeugung, dass der Staat im Wirtschaftsleben eine wichtige ordnende Rolle zu spielen hatte.<sup>36</sup> Röpke stellte in diesem Sinne schon 1923 fest: „So muß der Liberalismus in jedem Augenblick bestrebt sein, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale? Wer außer ihm soll ihn verfechten gegen die monopolistische Großwirtschaft, den organisierten Grundbesitz und die straff zusammengeschlossene Arbeiterschaft?“<sup>37</sup> Diese inhaltliche Nähe zum Nationalliberalismus zeigte sich in Röpkes Fall auch daran, dass er zwischen 1923 und 1929 seine ganze Hoffnung in Gustav Stresemann und den gemäßigten Flügel der DVP setzte.<sup>38</sup> Ähnliches lässt sich über Eucken sagen, und Franz Böhm, der von 1953 bis 1965 für die CDU im Bundestag saß, war von 1924 bis 1925 sogar Mitglied der DVP.<sup>39</sup> Nur Rüstow fand in der Weimarer Republik nach sozialistischen Anfängen seine politische Heimat im linksliberalen Lager. Auch aus diesem Umfeld, nämlich aus der DDP beziehungsweise, nach 1930, der Deutschen Staatspartei, stießen nach 1945 bedeutende Politiker zur CDU und brachten ihre politische Tradition in die gänzlich neue Partei ein,

34 Vgl. Langewiesche, *Liberalismus*, S. 293.

35 Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 198 f.; Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 2: *Machtstaat vor Demokratie*. München 1993, S. 330.

36 Vgl. Ralf Ptak: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Wiesbaden 2004, S. 16, der allerdings über das Ziel hinausschießt, wenn er von einer „autoritäre[n] Substanz des National- und des Ordoliberalismus“ spricht.

37 Wilhelm Röpke: *Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke* (1923), in: Ders.: *Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit*. Hg. von Albert Hunold. Erlenbach-Zürich 1959, S. 42–46, hier 46.

38 Vgl. Hans Jörg Hennecke: *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*. Stuttgart 2005, S. 44, 88.

39 Vgl. Moritz Peter Haarmann: *Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung*. Wiesbaden 2015, S. 212; Uwe Dathe: *Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918–1934)*, in: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 60, S. 53–86, hier 68 f.; Niels Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 57)*. Düsseldorf 2009, S. 36; David Jungbluth, *Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftsverfassungsrechts. Von Weimar bis zum Investitionshilfeurteil*. Wiesbaden 2018, S. 132.

vor allem die oben schon erwähnten Berliner CDU-Gründer Ernst Lemmer, Ferdinand Friedensburg und Walther Schreiber.

All diese Vertreter des Liberalismus der Weimarer Republik, die den Weg in die CDU fanden, waren Protestanten, und es ist zu Recht festgestellt worden, dass die wirtschaftspolitischen Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft im Wesentlichen auf den Ideen der evangelischen Sozialethik beruhen.<sup>40</sup>

## **Evangelische Sozialethik**

Die ethischen Vorstellungen, die den Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft prägten, reichten zu den Debatten zurück, die im Protestantismus des Kaiserreichs geführt wurden. Dabei sind zwei Richtungen zu unterscheiden, von denen nur eine tiefe Spuren im Ordoliberalismus und in der CDU hinterlassen hat. Da war zunächst die sozialkonservative Richtung um den Berliner Hofprediger Adolf Stoecker, dessen gleichermaßen anti-kapitalistische, antiliberale und antisozialistische Überzeugungen durch einen integralen Antisemitismus zusammengehalten wurden.<sup>41</sup> Davon war auch die von ihm gegründete Christlich-soziale Partei (CSP) geprägt, ebenso wie der in der Tradition der CVP stehende, gewerkschaftlich orientierte Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD), der sich 1929 von der DNVP abgespalten hatte.<sup>42</sup> In manchen Regionen Westdeutschlands – so in Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen – waren frühere CSVD-Politiker die entschiedensten evangelischen Befürworter einer überkonfessionellen Partei auf christlicher Grundlage.<sup>43</sup> Anders als die ehemaligen Mitglieder von DDP, DVP und DNVP, die bei der Gründung der CDU in Norddeutschland dominierten, hatten sie kein Problem, das „C“ im Parteinamen zu akzeptieren. Ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen, die auf einer klaren Ablehnung sowohl des Liberalismus als auch des Marxismus beruhten, entsprachen den Überzeugungen vieler linker Vertreter des politischen Katholizismus. Doch zahlenmäßig reichten sie an letztere nicht annähernd heran. Das erklärt, weshalb die CDA bis heute fast ausschließlich katholisch geprägt ist. Unter den Protestanten, die nach 1945 zur CDU fanden, stellten die ehemaligen CSVD-Mitglieder zudem die kleinste Gruppe, kleiner auch als diejenigen, die wie Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier aus der Bekennenden Kirche oder gar dem evangelischen Widerstand gegen Hitler kamen und gar keine parteipolitische Vergangenheit hatten.<sup>44</sup> Zur Entstehung des Ordoliberalismus haben die evangelischen Christlich-Sozialen, die sich ja gerade durch die Gegnerschaft zum Liberalismus definierten, deshalb im Grunde nichts beitragen können.

---

40 Vgl. Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen: Einleitung: Protestantische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, in: Dies. (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh 1994, S. 13–37; Bernhard Löffler: Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung – Zum Einfluss christlicher Werte auf die Soziale Marktwirtschaft, in: Hans Zehetmaier (Hg.): Politik aus christlicher Verantwortung. Wiesbaden 2007, S. 110–124, hier 115–118.

41 Vgl. Kroll: Christliche Demokratie, S. 367.

42 Vgl. Axel Schildt: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 1998, S. 112, 170; Jähnichen: Ideal, S. 92 f.

43 Vgl. dazu und zum Folgenden Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 38, 45 f., 71.

44 Vgl. Torsten Oppelland: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952–1969, in: HPM 5 (1998), S. 105–143, hier 107.

Entscheidende Impulse erhielten Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft hingegen aus dem Lager des liberalen Protestantismus, der in der Weimarer Republik wie schon vorher im Kaiserreich eng mit dem parteipolitischen Liberalismus verbunden gewesen war, sowohl mit dem Nationalliberalismus als auch mit dem Linksliberalismus. Die Vertreter dieses später so genannten Kulturprotestantismus – Theologen, Historiker, Juristen und andere Wissenschaftler – schufen sich mit dem Evangelisch-Sozialen Kongress ein Forum, in dem sie die Reform der herrschenden Wirtschaftsordnung aus evangelischer Sicht diskutieren konnten.<sup>45</sup> Bei der Gründung des Kongresses im Jahr 1890 waren sie freilich nicht allein beteiligt, sondern auch konservative Lutheraner wie Martin von Nathusius und eben Sozialkonservative wie Adolf Stoecker. Nathusius verließ den Kongress mit seinen Anhängern aber schon 1895, Stoecker und die Sozialkonservativen ein Jahr später. Von 1896 an entwickelte sich der Evangelisch-Soziale Kongress daher zum Zentrum der liberalen Protestanten und ihrer sozialpolitischen Vorstellungen.

Julius Kaftan, liberaler Theologe und Gründungsmitglied des Kongresses, formulierte 1893 zwei zentrale Grundsätze des evangelischen Sozialliberalismus: Zum einen sei es „Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie eine Grundlage für die Pflege der sittlichen Ideale des Christentums bildet“; zum anderen erfülle die bestehende Ordnung diesen Anspruch und sei daher nicht nur kritisch zu sehen. Christen müssten vielmehr bereit sein, ihre Grundgedanken zu verteidigen, so etwa das Privateigentum.<sup>46</sup> Aus Kaftans Sicht war „[i]rgendwelches Eigentum [...] in der Regel die Voraussetzung der persönlichen Freiheit und Selbständigkeit, ohne die es ein gesundes evangelisches Christentum nicht giebt“.<sup>47</sup> Die bestehende Wirtschaftsordnung war also auf der einen Seite zu verteidigen, auf der anderen aber zu reformieren, da „die Wirtschaftsordnung [...] um des Menschen und nicht der Mensch um der Wirtschaftsordnung willen gemacht“ sei, was unweigerlich die Arbeitszeit und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, aber auch das Problem der Lohnregulierung in den Blick rücke.<sup>48</sup> Die Forderungen, die der Evangelisch-Soziale Kongress im Kaiserreich entwickelte – etwa Tarifautonomie, sozialen Wohnungsbau, Arbeitsschutzgesetze, Mitbestimmung von Arbeitnehmern –, gingen nach 1945 in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein.

Der Gegensatz zwischen konservativen und liberalen Protestanten spielte freilich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dieselbe Rolle wie zuvor. An seine Stelle trat nun der Antagonismus zwischen den deutschen „Barthianern“ auf der einen und den nicht immer wirklich lutherischen „Lutheranern“ auf der anderen Seite.<sup>49</sup> „Barthianer“

---

45 Vgl. dazu und zum Folgenden Brakelmann/Jähnichen: Einleitung, S. 20f.; Kroll: Christliche Demokratie, S. 368. Zum Begriff des Kulturprotestantismus vgl. Friedrich Wilhelm Graf: Kulturprotestantismus. Zur Begriffsgeschichte einer theologischen Chiffre, in: Archiv für Begriffsgeschichte 28 (1984), S. 214–268.

46 Julius Kaftan: Christentum und Wirtschaftsordnung (1893), in: Brakelmann/Jähnichen (Hg.): Wurzeln, S. 152–158, hier 153f.

47 Ebd., S. 154.

48 Ebd., S. 157.

49 Vgl. dazu und zum Folgenden Thomas Sauer: Der Kronberger Kreis. Christlich-konservative Positionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: GHI Conference Papers on the Web. The American Impact on Western Europe: Americanization and Westernization in Transatlantic Perspective. Conference at the German Historical Institute, Washington, D.C., March 25–27, 1999, [http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/p/2005/ghi\\_12/www.ghi-dc.org/conpotweb/westernpapers/sauer.pdf](http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/p/2005/ghi_12/www.ghi-dc.org/conpotweb/westernpapers/sauer.pdf) (Abruf: 26.1.2021), S. 3f. Vgl. dazu ausführlich ders.: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme. Bd. 2). München 1999.

wie Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer und Gustav Heinemann hatten in der Zeit der nationalsozialistischen Tyrannei in den Brüderräten der Bekennenden Kirche zueinander gefunden, bezogen sich auf den Schweizer reformierten Theologen Karl Barth und lehnten Adenauers Westbindungspolitik dezidiert ab.<sup>50</sup> Die ihnen gegenüberstehenden „Lutheraner“ stammten zumeist aus den „intakten“, also im „Dritten Reich“ nicht von den Deutschen Christen dominierten, Landeskirchen und wandelten sich in der frühen Bundesrepublik von Nationalprotestanten zu liberalen und konservativen Befürwortern einer Verwestlichung der Evangelischen Kirche und der Bundesrepublik.<sup>51</sup>

Ein wichtiges Forum der „Lutheraner“ war in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik der Kronberger Kreis, der führende Protestanten aus Wirtschaft, Kirche und Politik zusammenbrachte.<sup>52</sup> Dieser Honoratiorenzirkel, den Eberhard Müller, der Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, 1951 gegründet hatte und zu dem man nur kooptiert werden konnte, sollte die Präsenz des Protestantismus im öffentlichen Leben stärken. Er hatte insofern enge Bindungen an die CDU, als die dort vertretenen Politiker ausnahmslos der Union angehörten. Mit Hermann Ehlers verfügte der Kreis zudem über eine Person, die ihn eng mit dem 1952 ins Leben gerufenen Evangelischen Arbeitskreis der CDU verband.<sup>53</sup> Neben Ehlers und anderen konservativen Protestanten waren aus der CDU mit Ernst Lemmer oder Richard von Weizsäcker aber auch liberale Protestanten vertreten.

Ironischerweise waren es die traditionell national orientierten Lutheraner und Kulturprotestanten, die sich im Kronberger Kreis in politischer Hinsicht dem Westen öffneten, während die linksstehenden „Barthianer“ trotz ihrer dem Westen gegenüber offeneren reformierten Grundierung zu Neutralisten wurden. Dabei fiel den Kulturprotestanten die Öffnung nach Westen sicherlich leichter als den konservativen Lutheranern, die zum Teil von ähnlich starken antiliberalen Affekten umgetrieben wurden, wie es sie auch im Katholizismus gab. Davon konnte jedoch bald keine Rede mehr sein. Angesichts der Weltlage adaptierten auch verschiedene Lutheraner die mit Demokratie und Parlamentarismus verbundenen politischen Prämissen des westlichen, calvinistischen Protestantismus.<sup>54</sup> Auf diese Weise schufen sich die aus den „intakten Kirchen“ stammenden Kronberger eine neue, westliche Identität.<sup>55</sup> Aus Nationalliberalen und Nationalkonservativen wurden transatlantisch gesinnte Liberalkonservative.

Wirtschafts- und sozialpolitisch knüpften die Kronberger an die Ideen und sozial-reformerischen Vorstellungen des Evangelisch-Sozialen Kongresses an und wurden zu

---

50 Zum Neutralismus der „Barthianer“ vgl., mit dem Fokus auf Heinemann, Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschlands zwischen Ost und West, 1945–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 127). Düsseldorf 2001, S. 76–85.

51 Vgl. dazu zum Beispiel die Haltung Eugen Gerstenmaiers in: Julius Trugenberg: Der Theologe und Intellektuelle unter den Politikern: Eugen Gerstenmaier als Schüler Friedrich Brunstads und Emil Brunners, in: HPM 27 (2020), S. 83–116, hier vor allem 106–114.

52 Sauer: Westorientierung.

53 Zum Evangelischen Arbeitskreis vgl. Oppeland: Arbeitskreis; Peter Egen: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Bochum 1971.

54 Vgl. Friedrich-Wilhelm Graf: Kirchen und Christen im demokratischen Verfassungsstaat, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 7 (2009), S. 706–723, hier 709 f.

55 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999, S. 118.

überzeugten Verfechtern der Sozialen Marktwirtschaft.<sup>56</sup> Damit wirkten sie in die CDU hinein, wo sich die evangelisch-sozialen Grundsätze mit den Prinzipien der katholischen Soziallehre zu einem festen überkonfessionellen Fundament verbanden.

## Katholische Soziallehre

Anders als die Protestanten in der CDU konnten die aus der Zentrumstradition stammenden Katholiken nicht nur auf alte Organisationsstrukturen zurückgreifen, sondern mit der katholischen Soziallehre auch auf ein Ideengerüst, das sehr viel konkreter ausgearbeitet war als die evangelische Sozialethik und zudem mit dem thomistischen Naturrecht einen klar definierten Leitfaden hatte.<sup>57</sup> Trotz ihres philosophisch-theologischen Fundaments nahm die katholische Soziallehre im 19. Jahrhundert vor allem in der politischen Praxis Gestalt an.

Der französische Priester und politische Schriftsteller Félicité de Lamennais ebnete dem politischen Katholizismus den Weg, indem er als Reaktion auf die Julirevolution von 1830 die Forderung nach einer Versöhnung des Katholizismus mit den Prinzipien von 1789 forderte.<sup>58</sup> Zwar schob Papst Gregor XVI. diesem Ansatz eines „catholicisme libéral“ schon am 15. August 1832 mit seiner Enzyklika *Mirari vos* einen Riegel vor. Vor allem Lamennais' Forderung nach einer Trennung von Staat und Kirche war für den Papst unannehmbar. Doch das verhinderte nicht, dass Lamennais' Ideen sich verbreiteten und die Entwicklung des europäischen Katholizismus im 19. Jahrhundert stark beeinflussten. Lamennais wandte sich gegen den Gallikanismus, die in Frankreich starke Tradition einer national geprägten Kirche, und bereitete in geistiger Hinsicht den Boden für den Ultramontanismus.<sup>59</sup> Vor allem im protestantisch dominierten, kleindeutschen Kaiserreich knüpften die deutschen Katholiken an die Forderung Lamennais' an, die katholische Kirche solle eine von staatlichem Einfluss freie Einheit sein.<sup>60</sup> Bereits in der Frankfurter Paulskirche hatte es einen an Lamennais anknüpfenden „Katholischen Klub“ als Interessenvertretung der deutschen Katholiken gegeben. 1859 entstand dann die Fraktion des Zentrums im Preußischen Landtag und 1870 die Deutsche Zentrumspartei, die nach 1871 auch im Reichstag vertreten war.

Dort, im Rahmen der parlamentarischen Arbeit des Zentrums, entwickelte sich, was man als katholische Soziallehre bezeichnet. Führend war dabei Georg von Hertling, seit 1882 Professor für Philosophie an der Universität München und lange sozialpolitischer

---

56 Vgl. ebd., S. 115. Doering-Manteuffel merkt allerdings ebd., S. 116, auch an, die Kronberger hätten vor dem Krieg keine Kontakte zu Kreisen des sozialen Protestantismus gehabt, so dass man auch davon ausgehen müsse, sie seien durch die Ideen des amerikanischen „liberalen Konsenses“ der 1940er bis 1960er Jahre beeinflusst. Das eine schließt das andere freilich nicht aus. Zum *liberal consensus* vgl. Godfrey Hodgson: *America in Our Time. From World War II to Nixon – What Happened and Why. With a New Foreword by the Author.* Princeton/Oxford 2005, S. 67–98.

57 Vgl. Oppeland: Arbeitskreis, S. 107.

58 Vgl. dazu und zum Folgenden Jean-Dominique Durand: *L'Europe de la Démocratie chrétienne.* Brüssel 1995, S. 35.

59 Vgl. Kroll: *Christliche Demokratie*, S. 363 f.

60 Vgl. dazu und zum Folgenden Winfried Becker: *Historische Grundlagen der christlich-demokratischen Parteibildung nach 1945*, in: Buchstab/Gotto (Hg.): *Gründung*, S. 7–33, hier 12 f.; Kroll: *Christliche Demokratie*, S. 365 f.

Sprecher der Zentrumsfraktion im Reichstag.<sup>61</sup> Er begründete die Sozialpolitik als ein Drittes neben der Außenpolitik und der Innen- und Verfassungspolitik. Obwohl es in der Fraktion durchaus unterschiedliche Auffassungen zur Sozialpolitik gab, können Hertlings Ansichten – neben den päpstlichen Sozialzykliken und der praktischen Caritasarbeit – als prägend für das Zentrum angesehen werden. Sein sozialpolitisches Denken ruhte in philosophischen Überlegungen und ließ sich vom Naturrecht leiten, ging aber vor allem von der Beobachtung herrschender Zustände aus. Aus der bestehenden Wirtschaftsordnung ergaben sich für ihn Folgerungen wie der Schutz der Arbeiter vor Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Die grundsätzliche Vereinbarkeit dieser Ansichten mit dem späteren Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist unübersehbar. Die Beziehung zwischen Wirtschaftsliberalismus und katholischer Soziallehre ist zwar schon deshalb konfliktträchtig, weil letztere als eine Reaktion auf den Liberalismus – und nicht nur den extremen Wirtschaftsliberalismus – zu sehen ist.<sup>62</sup> Die freiheitlichen Ideen des modernen Liberalismus prallten im 19. Jahrhundert auf die Vorstellungen der römisch-katholischen Kirche. Aber im 20. Jahrhundert kam es zumindest im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Art Annäherung zwischen dem Neo- beziehungsweise Ordoliberalismus und Teilen der katholischen Soziallehre.<sup>63</sup> Linksorientierte katholische Sozialethiker wie Oswald von Nell-Breuning sahen in Übereinstimmung mit dem *Syllabus Errorum* von 1864 keine Möglichkeit, dass sich Wirtschaftsliberalismus und Katholizismus verständigen könnten. Eine ganz andere Haltung vertrat indes Joseph Höffner, der 1940 von Eucken im Fach Volkswirtschaftslehre promoviert wurde. Höffner gestand dem Liberalismus zu, sich mit dem Neoliberalismus über das Stadium des Laissez-faire-Liberalismus hinausentwickelt zu haben. Als besondere Errungenschaften des Neo- beziehungsweise Ordoliberalismus nannte er das Prinzip des freien Wettbewerbs und die Tatsache, dass diese Konkurrenz staatlich zu organisieren sei. Obwohl sich auch Höffner einen gewissen Vorbehalt gegenüber dem Liberalismus bewahrte, wies er also den Weg zur Konvergenz von katholischer Soziallehre und Sozialer Marktwirtschaft, was erheblichen Einfluss auf die CDU haben sollte.

Gleichwohl wurde die Koexistenz, bisweilen sogar die Vermischung, der katholischen Soziallehre mit der evangelischen Sozialethik in der Sozialen Marktwirtschaft nicht von allen Mitgliedern der jungen Partei gern gesehen. Namentlich innerhalb der CDA blieb der Vorbehalt gegen den Liberalismus groß, auch in seiner von der evangelischen Sozialethik befürworteten sozialen Gestalt. Ähnliches Misstrauen hegten vor allem die Christlich-Sozialen gegenüber dem Konservatismus.

## Konservative Disposition

Die Debatte darüber, ob die CDU eine konservative Partei sei, reicht bis in die 1950er Jahre zurück. Die Gründe für den Streit liegen nicht allein in der CDU, sondern sind eine

---

61 Vgl. dazu und zum Folgenden Winfried Becker: Politischer Katholizismus, christliche Soziallehre, Deutsche Zentrumspartei, in: Gauger/Küstners/Uertz (Hg.): Das christliche Menschenbild, S. 51–85, hier 65–68.

62 Vgl. Reinhard Marx: Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 06/3), Freiburg i. Br. 2006, S. 1.

63 Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 7f.

Folge der deutschen Ideen- und Parteiengeschichte. Das Bild, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele vom deutschen Konservatismus machten, war von der destruktiven Haltung der DNVP in der letzten Phase der Weimarer Republik sowie von den Ideen der sogenannten Konservativen Revolution und der Völkischen Bewegung geprägt.<sup>64</sup> Im besten Fall galt der Konservatismus der Weimarer Republik als einer von vielen Faktoren, die die liberale Demokratie hatten erodieren lassen; im schlimmsten Fall sah man in den Konservativen die „Steigbügelhalter“ des Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand deshalb selbst bei Politikern, die vor 1933 in der DNVP oder einer konservativen Splitterpartei aktiv gewesen waren, wenig Neigung, sich selbst als konservativ zu bezeichnen.

Das bedeutet freilich nicht, dass der Konservatismusbegriff in den intellektuellen Debatten der Bundesrepublik keine Rolle gespielt hätte. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade wegen seiner problematischen Geschichte begann spätestens nach der Gründung der Bundesrepublik die Suche nach dem für den deutschen Teilstaat tauglichen Konservatismus. Während Rechtsintellektuelle wie Armin Mohler die „Konservative Revolution“ feierten und damit versuchten, den Konservatismusbegriff im Sinne der radikalen Rechten der Weimarer Republik antiliberal zu füllen, strebten andere nach einem gemäßigten, mit der liberalen Demokratie zu vereinbarenden Konservatismus.<sup>65</sup> Letzteres war kaum ohne Vorbilder möglich. Da die eigenen Traditionen diskreditiert oder verschüttet waren, blieb auch in diesem Fall nur der Blick nach Westen.

Dorthin schauten nicht nur Intellektuelle, die glaubten, dass die liberale Demokratie nicht ohne einen ihr angemessenen Konservatismus auskomme, sondern bald auch Vertreter der mit CDU/CSU koalierenden kleinen Deutschen Partei und schließlich sogar Politiker der Unionsparteien selbst.<sup>66</sup> Ein Meilenstein war dabei der Bundesparteitag der CDU von 1958 in Kiel.<sup>67</sup> Nicht, dass sich die Partei bei dieser Gelegenheit zum Konservatismus bekannt hätte. Das geschah weder in Kiel noch später. Aber in Kiel hielt mit Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier erstmals ein hochrangiger Unionspolitiker ein Grundsatzreferat, das den Gedanken nahelegte, die CDU sei eine mit der britischen Conservative Party vergleichbare Partei. Dabei war der Konservatismus gar nicht das Thema des Vortrags mit dem Titel „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“, sondern die Frage, inwiefern der Liberalismus mit dem christlichen Profil der Union vereinbar sei.<sup>68</sup>

---

64 Vgl. Steber: Hüter, S. 108–110; Schildt: Konservatismus, S. 221 f. Zur Entwicklung des parteipolitischen Konservatismus in der letzten Phase der Weimarer Republik vgl. Thomas Mergel: Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: HZ 276 (2003), S. 323–368. Der „deutsche Tory-Konservatismus“, von dem Mergel spricht, war freilich niemals eine realistische Option. Vgl. dazu Daniela Gasteiger: Kuno von Westarp (1864–1945). Parlamentarismus, Monarchismus und Herrschaftsutopien im deutschen Konservatismus (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Bd. 117). Berlin/Boston 2018, S. 477–484.

65 Vgl. Steber: Hüter, S. 110–115.

66 Zur Deutschen Partei vgl. in diesem Zusammenhang dies.: Kein Abschied von Wunschbildern. Die Deutsche Partei in den 1950er Jahren, in: Sebastian Liebold/Frank Schale (Hg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik. Baden-Baden 2017, S. 33–51.

67 Vgl. dazu und zum Folgenden Steber: Hüter, S. 166–173.

68 Siehe Eugen Gerstenmaier: „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 8. Bundesparteitag der CDU, 18.9.–21.9.1958. Hamburg 1958, S. 90–108.

Anders als für die Vertreter der CDA gab es für den konservativen Protestanten Gerstenmaier keinen Widerspruch zwischen dem Christentum und dem Liberalismus. Beide trafen sich aus seiner Sicht in einem gemäßigten Freiheitsideal, das er gegen die Tendenz zum sozialistischen Versorgungsstaat stellte. Soziale Gerechtigkeit bedeutete für Gerstenmaier, „dem schuldlos zu kurz Gekommenen und Arbeitsunfähigen großzügig unter die Arme“ zu greifen.<sup>69</sup> Das „letzte Wagnis des Lebens“ solle der Staat dagegen seinen Bürgern nicht abnehmen, „denn wir glauben, daß der Mensch damit um sein Eigentliches, um die ihm auferlegte Bewährung in der Freiheit, gebracht würde“. Gerstenmaier entwarf auf diese Weise eine CDU als antisozialistische Sammlungsbewegung, deren Vorbild die britische Conservative Party sein sollte: „Wir können mit Englands Konservativen [...] glaubend und hoffend sagen: Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit!“

Das war durchaus keine zufällige Referenz, vielmehr der vorsichtige Versuch einer programmatischen Verortung, was sich daran zeigt, dass auf dem Parteitag die kleine Programmschrift *Onward in Freedom* verteilt wurde, die die Conservative Party im selben Jahr herausgegeben hatte.<sup>70</sup> Gerstenmaier wies damit den Weg zu einer konservativen Partei, die gleichzeitig eine liberale Partei war, die also einen liberalen Konservatismus vertrat.

In Großbritannien hatte sich der Konservatismus im 19. Jahrhundert gemeinsam mit der liberalen Demokratie entwickelt, war nicht eine Ansammlung von aus dem Ancien Régime stammenden Grundsätzen und Ideologemen, sondern in erster Linie eine Haltung gegenüber dem ständigen Wandel aller von Menschen gemachten Dinge, kurz gesagt: keine Ideologie, sondern eine Disposition. Der „liberal Conservatism“, wie er schon in den 1830er Jahren von Politikern und Journalisten genannt wurde, war dabei eine Position der Mitte zwischen dem politischen Ideal der Veränderung, das der linke Flügel der Whigs und später der Liberalen repräsentierte, und dem Ideal der Beharrung des rechten Flügels der Tories beziehungsweise der Konservativen.<sup>71</sup> Diese Vorstellung, den Wandel zu gestalten und ihn in positive Bahnen zu lenken, statt ihn selbst herbeizuführen oder ihn aufhalten zu wollen, zog viele in der CDU magisch an. Tatsächlich zeigt die Regierungsweise der CDU im Bund, aber auch in vielen Ländern, dass sie von Anfang an eine in diesem Sinne konservative Partei gewesen ist.

Aber, und das muss man hinzufügen, eben auch nur in diesem Sinne. Der Konservatismus der CDU ist von der Ära Adenauer bis zur Gegenwart nie etwas anderes gewesen als ein Liberalkonservatismus, die Verbindung von liberalen Grundsätzen mit einer konservativen Disposition. Wenn die CDU eine konservative Partei ist, dann weil sie das liberale System durch Reformen bewahren, statt durch Experimente perfektionieren will. Der Liberalkonservatismus der CDU hat auf diese Weise noch ein anderes Element aufgenommen, das ebenfalls westlich, aber nicht nur britisch, sondern auch amerikanisch ist. Wie die gemäßigten Varianten des amerikanischen Konservatismus hat auch der Liberalkonservatismus der CDU die Bewahrung der Verfassungsordnung im Blick, oder wie der Hamburger CDU-Politiker Erik Blumenfeld 1964 sagte: „Konservativ sollten wir sein,

---

69 Dieses und alle folgenden Zitate aus der Rede finden sich ebd., S. 108.

70 Vgl. Steber: Hüter, S. 372f.

71 Vgl. dazu Matthias Oppermann: Triumph der Mitte. Die Mäßigung der „Old Whigs“ und der Aufstieg des britischen Liberalkonservatismus, 1750–1850 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 83). Berlin/Boston 2018.

was das Ideal der Freiheit betrifft. Es zu bewahren, sind unsere westlichen Verfassungen geschaffen worden.“<sup>72</sup>

Der Umweg über die angloamerikanische Welt darf indessen nicht den Blick darauf verstellen, dass es auch in der deutschen Ideen- und sogar Parteiengeschichte Vorbilder für eine liberalkonservative Haltung gab. Historiker wie Friedrich Christoph Dahlmann, Heinrich von Sybel und Hans Delbrück stehen ebenso dafür wie jene Schnittmenge aus der Nationalliberalen Partei und der Freikonservativen Partei, die im deutschen Kaiserreich neben der Zentrumspartei für die politische Mitte stand. Dass sich ein deutscher Liberalkonservatismus nicht dauerhaft etablieren konnte, ist nicht auf den Mangel an Ideen zurückzuführen, sondern darauf, dass andere Traditionen und Kräfte stärker waren. Auch hier hat die CDU einen wichtigen Neuanfang gemacht.

In der Form der konservativen Disposition gehört der Konservatismus also ebenso zu den geistigen Grundlagen der CDU wie der Liberalismus und die Soziallehren der Kirchen. Es macht das Wesen der CDU aus, diese drei Elemente zu einem neuen Politikansatz verbunden zu haben. Ohne weiteres lassen sie sich nicht voneinander trennen. Eberhard Diepgen machte das als Regierender Bürgermeister von Berlin deutlich, als er im Jahr 2000 auf dem Parteitag der Berliner CDU erklärte: „Ich bin ein sozial engagierter, liberaler Konservativer.“<sup>73</sup> Die CDU, heißt das, kann auf keine ihrer politischen Traditionen verzichten. So war es unter Adenauer und so ist es noch heute.

## Forschungs- und Quellenlage

Eine systematische Darstellung der geistigen Grundlagen und Ursprünge der CDU ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung. Die zahlreichen Aufsätze, die es zu diesem Thema gibt, können die Lücke aufgrund ihrer begrenzten Perspektive nicht schließen. So hat sich etwa Winfried Becker Verdienste in der Beschreibung der Grundlagen der CDU erworben, gleichzeitig aber nur den politischen Katholizismus und die katholische Soziallehre in den Blick genommen.<sup>74</sup> Forschungen, die sich mit dem Einfluss des Protestantismus im Allgemeinen und der evangelischen Sozialethik im Besonderen auseinandersetzen, sucht man fast vergeblich.<sup>75</sup> Zumindest mit Blick auf die Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft ist die Bedeutung des Protestantismus das eine oder andere Mal hervorgehoben worden.<sup>76</sup>

72 Erik Blumenfeld: Chance Parteipolitik. Aus Reden auf Landestagen der Jungen Union Hamburg, 3. Mai 1964 und 15. Februar 1966, in: Ders.: Profile. Persönliches und Politisches 1955–1970. Hamburg 1970, S. 63–71, hier 65.

73 Zit. nach Ulrich Zawatka-Gerlach: Eberhard Diepgen: Nie war er so wertvoll wie heute, in: Der Tagesspiegel, 25.11.2000.

74 Vgl. exemplarisch Becker: Politischer Katholizismus Ein anderes wichtiges Beispiel ist Noel D. Cary: The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer. Cambridge, Mass. 2013.

75 Eine Ausnahme ist Traugott Jähnichen: Das Ideal eines „starken Staates“ zur Sicherung von Freiheit und sozialem Ausgleich. Beiträge des politischen Protestantismus zur christlich-demokratischen Programmatik, in: Gauger/Küsters/Uertz (Hg.): Das christliche Menschenbild, S. 86–119, der allerdings die Bedeutung der evangelischen Christlich-Sozialen überschätzt und die für die CDU wichtige Tradition des liberalen Kulturprotestantismus sowie des Evangelisch-Sozialen Kongresses unerwähnt lässt. Ausgewogener, aber nicht ideengeschichtlich, sondern mit dem Fokus auf dem praktischen Wirken der Protestanten in der CDU der 1950er und 1960er Jahre, ist Oppelland: Arbeitskreis.

76 Vgl. etwa Löffler: Religiöses Weltbild und Wirtschaftsordnung.

Was für den Protestantismus gilt, lässt sich auch über Konservatismus und Liberalismus als zwei der sogenannten drei Wurzeln der Christlichen Demokratie in Deutschland sagen. Es ist vorwaltende Tendenz der Forschung, beide Strömungen nur schlaglichtartig zu behandeln. Insofern ist die Studie von Martina Steber über die „politische[n] Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland“<sup>77</sup> ein großer Fortschritt. Zum einen hebt sie den konservativen Charakter der Union hervor, ohne ihn ideologisch aufzuladen; zum anderen trägt der Vergleich zwischen CDU und britischer Conservative Party dazu bei, den Blick auf das Konservative an der Union zu schärfen. Mit Hilfe der Unterscheidung eines bundesrepublikanischen Liberalkonservatismus, der die CDU/CSU auszeichnet habe, und eines antiliberalen, auf die Weimarer Republik zurückweisenden Konservatismus gelingt es der Autorin zudem, auch den Liberalismus der Union deutlicher hervortreten zu lassen. Vor dem Hintergrund dieser Arbeit werden die Grenzen der Studie von Maria D. Mitchell über die „Origins of Christian Democracy“<sup>78</sup> deutlich. Mitchell leugnet die Heterogenität der frühen CDU nicht, vertritt aber die These, dass die Beschwörung der Einheit der Christen das verbindende Element zwischen der katholischen Mehrheit und der protestantischen Minderheit in der Partei gewesen sei. Die Klammer zwischen Katholiken und konservativen Protestanten sei die Vorstellung vom Christentum als Bollwerk gegen den „Materialismus“ gewesen, der aus Sicht der Christdemokraten im Bündnis mit Liberalismus und Säkularismus die deutsche Gesellschaft unterminiert und damit zu einem leichten Opfer für den Nationalsozialismus gemacht habe. Es trifft jedoch nicht zu, dass diese Sichtweise die ganze Partei bestimmt hätte, nicht einmal in ihrer Anfangszeit. Mitchell hat ein Buch über den politischen Diskurs der christlichen Konservativen und „Abendländer“ in der frühen CDU geschrieben, nicht aber die „Origins of Christian Democracy“ in ihrer Vielfalt freigelegt. Um das wirklich tun zu können, müsste man einen breiteren Ansatz verfolgen.

Man müsste die unterschiedlichen Strömungen der CDU seit der Anfangszeit ernst nehmen und sie durch die Geschichte der Union verfolgen. Man müsste die Gründungsimpulse ebenso in den Blick nehmen wie die weltanschaulichen Grundlagen. Und schließlich müsste solch eine Studie dort ansetzen, wohin eine moderne Geschichte des politischen Denkens gehört: in der Mitte des politischen Lebens. Dafür stehen als Quellen nicht nur die veröffentlichten Schriften von CDU-Politikern und der CDU nahestehenden Intellektuellen zur Verfügung, sondern auch zahlreiche unveröffentlichte Quellen in Nachlässen im ACDP und in anderen deutschen Archiven.

---

77 Steber: Hüter.

78 Mitchell: Origins.

# Das Erbe von Zentrum und Widerstand

*Wolfgang Tischner*

## **Christliche Demokraten gegen Hitler**

Die Feststellung, „dass die Konstituierung der CDU in den Gefängnissen von Tegel begonnen hat“<sup>1</sup>, stammt vom ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, der als prominentes Mitglied der Bekennenden Kirche und der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises durch seine persönliche Erfahrung zum Ziehen dieser Traditionslinie legitimiert war. Sie kontrastiert allerdings mit der noch heute häufig geäußerten Ansicht, die Union habe nur widerwillig die Aufarbeitung der NS-Geschichte betrieben.<sup>2</sup> Die Frage nach den in der CDU/CSU fortwirkenden Traditionen aus dem Dritten Reich und dem Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus beeinflusst also sowohl das Selbstverständnis beider christlich-demokratischer Parteien als auch ihre Außenwahrnehmung beim politischen Gegner und den Wählern.

Dabei ist der angelegte Maßstab wichtig: Kaum eine terminologische Frage ist seit dem Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der NS-Diktatur so ausgiebig diskutiert worden wie der Widerstandsbegriff. Dabei wurden alle denkbaren Spielarten debattiert: von einem intentionalistischen Begriff – Widerstand seien nur auf gewaltsame Beendigung der NS-Herrschaft abzielende Handlungen – bis hin zu einem rein effektorientierten Begriff – alles, was dem Regime schadet, sei danach Widerstand – wurden Definitionen vorgeschlagen.<sup>3</sup> Ohne auf diese Diskussion näher eingehen zu wollen, ist für die Frage nach Vorgeschichte und Traditionslinien der Union vor allem die grundlegende Erkenntnis aus diesem Diskurs wichtig, dass widerständiges Handeln in einem totalitären Staat in Stufen erfolgt. Je nach Situation kann schon ein unterlassener Hitlergruß und ein stattdessen geäußertes „Grüß Gott“ als regimefeindliche Handlung Konsequenzen haben, andererseits aber auch völlig folgenlos bleiben. Mit solch einem Raster, bei dem die Handlungen von bloßer Resistenz über widerständige Handlungen wie etwa der Hilfe für „Fremdarbeiter“ bis hin zum militärischen Aufstand am 20. Juli 1944 reichen, ist die Handlungsbreite der Strömungen, die später in der Union münden sollten, recht gut erfassbar.

Dementsprechend soll im Folgenden versucht werden, knapp die verschiedenen Faktoren, die aus der NS-Zeit in die Union hineingewirkt haben, sowie den Umgang der

---

1 Eugen Gerstenmaier zitiert bei Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 21.

2 Vgl. zuletzt Klaus-Dietmar Henke: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in: Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020, S. 277–298.

3 Einen guten Überblick bieten immer noch die beiden Sammelbände: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München 1985 (und öfter), sowie Ders./Johannes Tüchel (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994.

CDU mit dem Erbe der NS-Diktatur in der Bundesrepublik zu skizzieren. Als Bezeichnung bietet sich der Begriff der „Christlichen Demokraten“ für diese Gruppe an, da sich die Ausrichtung auf Demokratie und Christentum als verbindendes und nach dem Krieg in der CDU wirksam werdendes Element für diese Kreise herauschälte. Dabei wurden in der Forschung als konstituierende Merkmale das Engagement in und für die Weimarer Republik, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, der Beitrag zur Neuformierung der Demokratie und der Versuch einer Erneuerung Deutschlands aus dem Geist des Christentums herausgestellt.<sup>4</sup>

## **Das Zentrum im Übergang zur NS-Diktatur**

Personell und programmatisch baute die frühe CDU in vielerlei Hinsicht auf dem Zentrum der Weimarer Republik auf, auch wenn das Dazustoßen der evangelischen Christen und deren politische Vorstellungen, vor allem im Bereich der Wirtschaftsordnung, 1945 eine genuin neue und vom alten Zentrum deutlich abgesetzte Partei entstehen ließen. Außerdem war das Zentrum, was heute innerhalb der Union und auch der historischen Forschung oft nicht mehr bewusst ist, organisatorisch anders aufgestellt als die heutige CDU. Dies lag in erster Linie an der Nähe zur katholischen Kirche und deren gesellschaftlichem Vorfeld, dem katholischen Milieu. Die Zentrumspartei entstand zu Beginn des Kaiserreiches 1870/71 in Abwehr gegenüber einem antagonistischen, evangelisch geprägten Staat. Konkret war die Partei anfangs kaum mehr als ein Wahlkomitee für die jeweiligen Zentrumsfraktionen auf lokaler, regionaler oder Reichsebene. Auch die Wahlkämpfe wurden nicht von der Partei, sondern von den Organisationen des katholischen Milieus organisiert, immer in enger Abstimmung mit der katholischen Amtskirche, die dem Ganzen ein finanzstarkes und vom borussischen Staat nur schwierig anzugreifen- des Rückgrat gab. Kaum denkbar gewesen wären die Wahlerfolge des Zentrums, das im Kaiserreich zeitweise bis zu 80 Prozent der Katholiken als Wähler auf sich vereinigen konnte, ohne die entsprechenden Vorfeldorganisationen: eine weitgefächerte, auflagenstarke katholische Presse mit Zeitungen wie der Berliner „Germania“ oder der „Kölnischen Volkszeitung“, die christlichen Gewerkschaften, die unter katholischen Handwerkern fest verankerte Kolpingsfamilie, katholische Standesorganisationen für praktisch jedes Berufsfeld sowie den 1888 gegründeten „Volksverein für das katholische Deutschland“, der diese Organisationen koordinierte. „Von der Wiege bis zur Bahre“ wurde das Leben eines bekennnistreuen Katholiken in diesem Verbändenetz organisiert, was eine immense Wählerbindung sicherstellte. Das sozialdemokratische Milieu war ähnlich dicht, im Detail allerdings in anderen Institutionen strukturiert, während im Konservatismus und Liberalismus die Erfassungstiefe nicht vergleichbar war.<sup>5</sup>

---

4 Günter Buchstab u. a. (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg i. Br. u. a. 2004, hier S. 118 ff. in der Einleitung.

5 Der für die historische Forschung wirkmächtig gewordene Milieubegriff wurde vom Kölner Soziologen M. Rainer Lepsius formuliert und hat den Klassenbegriff als analytisches Paradigma ersetzt, vgl. ders.: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u. a. (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Stuttgart u. a. 1966, S. 371–393. Zur Anwendung auf die Katholizismusforschung vgl. Wolfgang Tischner: Vom Milieu zur Kultur? Katholizismusforschung und Kul-

Anders als bei liberalen und konservativen Kräften blieb die Zentrumswählerschaft in der Endphase der Weimarer Republik erstaunlich stabil, die Zeitgenossen sprachen deshalb (unter Benutzung eines schon früher geprägten Begriffs) vom „Zentrumsturm“, der unbeeindruckt vom Chaos der Weltwirtschaftskrise und innenpolitischen Radikalisierung im Reich stehe. Die moderne Wahlforschung bestätigt diese zeitgenössische Einschätzung; die konfessionelle Bindung kirchennaher Katholiken war demnach der ausschlaggebende Indikator für diese Bevölkerungsgruppe in allen Wahlen in der Endphase von Weimar.<sup>6</sup> Spurlos ging die Krise des Weimarer Staates freilich nicht am Zentrum vorbei: Die Partei wurde stark geschwächt durch den rechtskonservativen Franz von Papen, der, obwohl selbst ursprünglich Zentrumsmitglied, gestützt auf persönliche Beziehungen zu Reichspräsident von Hindenburg, entscheidend zum Sturz des Zentrumskanzlers Brüning beitrug, um selber Kanzler zu werden, freilich ohne parlamentarischen Rückhalt. Während das Zentrum zu den Märzahlen 1933 noch relativ geschlossen antrat, zeigten sich bald danach die ersten gravierenden Auflösungserscheinungen.<sup>7</sup> Schuld daran war in erster Linie eine äußerst geschickte Politik Hitlers, der brutale Repression mit Lockangeboten und christlichen Phrasen zu verbrämen verstand. Insbesondere die von Hitler wieder aufgenommenen Verhandlungen über ein Reichskonkordat trugen zur Lähmung des politischen Katholizismus bei. Von Papen als nunmehriger Vizekanzler in der NS-geführten Regierung trieb die Verhandlungen im Frühjahr 1933 voran. Hitler verfolgte eine doppelte Zielsetzung: Zum einen sollte ihm das Konkordat einen Ausbruch aus der diplomatischen Isolation, in die das Reich nach der „Machtergreifung“ geraten war, sichern, und zum anderen strebte er eine Ausschaltung des politischen Katholizismus als innenpolitisches Resistenzpotential an. Diesem Ziel diente der „Entpolitisierungsartikel“ (Art. 32) des Reichskonkordates, der in Zukunft katholischen Geistlichen die Tätigkeit in einer politischen Partei untersagte.<sup>8</sup> Da das Reichskonkordat später von der Bundesrepublik anerkannt wurde, war allein deshalb nach 1945 ein Wiedererstehen des Zentrums in der alten Größe und Struktur unmöglich und eine Neuordnung der Christlichen Demokratie unausweichlich: „Zentrumsprälaten“ wie im Kaiserreich und in Weimar sind in der Bundesrepublik schlicht per Konkordat verboten, auch wenn es anfangs in einigen Landesparlamenten noch vereinzelt katholische Geistliche als Mandatsträger gab.

Die Konkordatsverhandlungen wurden im Juni 1933 zu Ende gebracht; am 5. Juli 1933 löste sich das Zentrum als letzte demokratische Partei selber auf und am 20. Juli 1933 wurde das Reichskonkordat im Vatikan feierlich unterzeichnet. Ein direkter Konnex hat sich nicht nachweisen lassen, aber zweifellos hat der bevorstehende Abschluss des Konkordates in Zusammenhang mit der politischen Gesamtlage die Entscheidung zur Selbstauflösung massiv befördert.<sup>9</sup> Vorausgegangen war dem schon der „Sündenfall“ des Zen-

---

turgeschichtsschreibung, in: Wolfram Pyta u. a. (Hg.): Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918–1943/45 (Reihe der Villa Vigoni. Bd. 21). Tübingen 2009, S. 211–222.

6 Vgl. die maßgebliche Studie von Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924–1933. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2020.

7 Hierfür immer noch zentral Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33. Stuttgart/Zürich 1977.

8 Der Text des Reichskonkordates ist abgedruckt im Reichsgesetzblatt 1933, Nr. 38, Teil 2, S. 679–688, hier 688.

9 Vgl. hierzu die Kontroverse zwischen dem evangelischen Kirchenhistoriker Klaus Scholder und dem

trums, als eine Mehrheit der Fraktion sich mit ein paar belanglosen nicht einklagbaren Zugeständnissen Hitlers zufriedengegeben und dem Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 zugestimmt hatte. Eine Mischung aus Furcht, Opportunismus gegenüber dem neuen Machthaber und schlichter politischer Fehlkalkulation hatte zu dieser katastrophalen Entscheidung geführt, die Hitler half, den Schein der Legalität bei der Abschaffung der Weimarer Verfassungsordnung aufrechtzuerhalten. Mit dem Ende des Zentrums war an eine um Parteistrukturen organisierte Widerstands- und Exiltätigkeit ehemaliger Zentrumspolitiker etwa analog der SPD nicht mehr zu denken. Christlich-demokratischer Widerstand war danach die Sache von Einzelnen beziehungsweise einiger Weniger.

### **Konservative Kräfte zwischen Eindämmungsillusionen und Röhmputsch**

Anders als der politische Katholizismus, aus dessen Reihen nur Opportunisten wie von Papen Hitler unterstützten, war die Situation auf konservativer Seite schwieriger. In der Endphase der Weimarer Republik sahen vor allem radikalkonservative Kräfte im Umfeld der DNVP die Gelegenheit gekommen, aus den fühlbaren Defiziten der ersten deutschen Demokratie Profit zu schlagen und zu einem Umbau der Weimarer Demokratie in Richtung eines autoritären Staates zu gelangen.<sup>10</sup> Diese Vorstellung, die starken Rückhalt bei militärischen und wirtschaftlichen Eliten fand, koppelte sich oft mit einer Unterschätzung Hitlers und einer Verkennung des totalitären Charakters der NS-Bewegung. Eine Einbindung Hitlers in ein deutschnational dominiertes Kabinett schien eine Möglichkeit zu sein – eine Illusion, die letztlich zu der fatalen Fehlentscheidung Hindenburgs Anfang 1933 führte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Anfänglich fanden die Maßnahmen der NS-Führung, insbesondere das entschiedene Vorgehen gegen die KPD nach dem Reichstagsbrand, noch weite Zustimmung im Bereich des Konservatismus und des Bürgertums. Eine geschickte Inszenierung, bei der preußische Tradition und NS-Ideologie mit dem Mythos des Frontsoldaten verschmolzen wurden, wie etwa am „Tag von Potsdam“ in der preußischen Garnisonkirche, bediente diese Vorstellungen. Lange genug konnte die NS-Führung dies aufrechterhalten, bis nach der Durchsetzung von Reichstagsbrandverordnung und Ermächtigungsgesetz und den von der NSDAP gewonnenen Märzahlen 1933 der Weg in die Diktatur frei war und die konservativen Steigbügelhalter nicht mehr benötigt wurden.

In der zweiten Jahreshälfte 1933 konzentrierte sich das Regime auf die Konsolidierung seiner Machtposition und schaltete insbesondere die kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskreise systematisch aus, zudem wurden durchaus auch schon prominente Christliche Demokraten verhaftet. In konservativen Kreisen wuchs die Er-

---

katholischen Historiker Konrad Repgen, die aufgrund der fachlichen Tiefe und des respektvollen Umgangs der Kontrahenten miteinander zu den Sternstunden bundesdeutscher Historiographiegeschichte zählt; der Gesamtkomplex zuletzt bei Thomas Brechenmacher: *Das Reichskonkordat 1933: Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 109). Paderborn u. a. 2007.

10 Grundsätzlich zum konservativen Widerstand Hans-Christof Kraus: *Der konservative Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Bedeutung und Problematik*, in: Barbara Zehnpfennig (Hg.): *Politischer Widerstand. Allgemeine theoretische Grundlagen und praktische Erscheinungsformen in Nationalsozialismus und Kommunismus*. Baden-Baden 2017, S. 181–204.

kenntnis des wahren Charakters des Regimes, zudem befürchtete vor allem die Reichswehr die Konkurrenz der paramilitärischen SA, die auch mit hilfspolizeilichen Aufgaben betraut war. Hitler nutzte diese Gelegenheit, den von ihm zunehmend als Bedrohung wahrgenommenen SA-Chef Ernst Röhm zu eliminieren und sich gleichzeitig die Reichswehr zu verpflichten, als er in der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 Röhm und einen Teil der SA-Führung ermorden ließ. Da seit einigen Wochen auch seine bisherigen konservativen Verbündeten von ihm abrückten – Franz von Papen hatte eine in der Auslandspresse vielbeachtete kritische Rede am 17. Juni 1934 an der Universität Marburg gehalten –, wurden gleich noch einige dem konservativen Spektrum angehörige Personen wie der Autor der Marburger Rede, Edgar Julius Jung, ebenfalls ermordet. Das gleiche Schicksal traf auch den Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Erich Klausener, der als Leiter der Katholischen Aktion den Berliner Bischof über Entwicklungen im Beamtenapparat auf dem Laufenden gehalten und in einer aufsehenerregenden Rede auf dem Märkischen Katholikentag am 24. Juni 1934 die NS-Kirchenpolitik scharf kritisiert hatte. Hitlers Entscheidung, Konservative und Zentrumsleute in die Mordaktion einzubeziehen, war erst in letzter Minute gefallen, so dass etwa der ehemalige Reichstagsabgeordnete Johannes Schauff, der ein Bindeglied zwischen widerstandsbereiten Zentrumsleuten und konservativen Kreisen darstellte, mit dem Leben davonkam.<sup>11</sup> Als der greise Reichspräsident Hindenburg wenig später, am 2. August 1934, verstarb, vereinigte Hitler in seiner Person das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten und ließ die Wehrmacht auf seine Person vereidigen. Damit war auch die konservative Opposition zunächst einmal ausgeschaltet.

## Die Kirchen: Verkirchlichung und Bekenntnis

Für die Entwicklung der Christlichen Demokratie in Deutschland nach 1945 sind die beiden Volkskirchen in Deutschland die vermutlich wichtigsten Einzelfaktoren. Beide Konfessionen hatten dabei sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Während trotz der Gebiets- und Bevölkerungsverluste 1919 das Zahlenverhältnis in Weimar immer noch in etwa dem im Kaiserreich entsprach – grob  $\frac{1}{3}$  Katholiken,  $\frac{2}{3}$  Protestanten –, war es für die katholische Kirche sehr viel leichter, sich mit der Weimarer Republik zu arrangieren und später eine deutliche Distanz zum NS-Regime zu wahren als für die evangelischen Kirchen in Deutschland.<sup>12</sup> Diese, regional zersplittert, mussten oftmals strukturell einen Ersatz für das in Wegfall gekommene Summepiskopat, das landesherrliche Kirchenregiment, finden und waren aufgrund ihrer vielerorts stärkeren Verbindung zur Monarchie deutlich skeptischer gegenüber der parlamentarischen Demokratie. In der katholischen Kirche gab es, vor allem in Bayern, durchaus auch Ordinarien, die der Monarchie nachtrauerten. Jedoch wurde spätestens seit der bekannten Auseinandersetzung auf dem Münchener Katholikentag 1922 zwischen dem Katholikentagspräsidenten, dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, und dem Münchener Kardinal Michael von Faul-

11 Zu Schauff, dessen Rolle immer noch unterschätzt wird, vgl. Dieter Marc Schneider: Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen (Studien zur Zeitgeschichte. Bd. 61). München 2001.

12 Zu deutschen Katholiken und katholischer Kirche vgl. Heinz Hürten: Deutsche Katholiken 1918–1945. Paderborn u. a. 1992.

haber der Staat von Weimar von Katholizismus und Episkopat grundsätzlich bejaht.<sup>13</sup> Ein besonderer Glücksfall war der neue vatikanische Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII. Pacelli war ein deutlicher Unterstützer der parlamentarischen Demokratie. Sein Einfluss auf Bischofsbesetzungen in Deutschland führte auch dazu, dass ihm bekannte, dezidiert demokratiebejahende Kleriker, wie etwa der spätere Berliner Kardinal Konrad von Preysing, bei der Besetzung von Bischofsstühlen auf Schlüsselpositionen kamen. In der Auseinandersetzung mit dem NS-Staat bedeutete der unbedingte Rückhalt, den gerade von Preysing und sein Vetter Clemens August von Galen, der Bischof von Münster, im Vatikan hatten, einen großen Vorteil. Im Bereich der evangelischen Kirchen gab es für die Bekennende Kirche durchaus auch engagierte Unterstützung aus Schwesterkirchen in den USA oder Großbritannien, aber dies war in den Möglichkeiten nicht mit der vatikanischen Diplomatie vergleichbar.

Die katholische Kirche suchte noch etliche Monate nach der Selbstauflösung des Zentrums zu einem *Modus Vivendi* mit dem Regime zu gelangen. Die permanente Verfolgung der katholischen Verbände – das Regime ignorierte schlicht die im Konkordat gegebenen Zusagen – führte jedoch schnell zu einer Desillusionierung. Es entwickelte sich ein Kleinkrieg zwischen Staat und Kirche um die einzelnen Elemente des katholischen Milieus, bei dem das Regime mit jeweils zeitlich und örtlich unterschiedlichem Verfolgungseifer versuchte, die Kirche auf ein Sakristeichristentum zurückzudrängen. Dies betraf die letztlich aufgelösten katholischen Bekenntnisschulen, die katholischen Verbände, die Arbeit der Caritas, selbst die Kreuze in den Schulräumen. Dabei konnte sich allerdings die katholische Kirche der engagierten Unterstützung durch die Gläubigen sicher sein, und spezifische Protestformen entwickelten sich. Die großen Wallfahrten, wie etwa die alle sieben Jahre stattfindende Aachener Heiligtumswallfahrt, entwickelten sich zu Großdemonstrationen, die aufgrund ihres religiösen Grundcharakters aber nicht zu verboten waren. An der Aachener Wallfahrt 1937 nahmen trotz Schikanen und einer Pressekampagne des NS-Regimes über 800.000 Personen teil.

Ein wichtiger Bevölkerungsteil, nämlich die kirchennahen Katholiken, wurde durch diese Aktionen, die in den Bereich der Resistenz fallen, weltanschaulich in Distanz zum Regime gehalten. Das katholische Milieu war als Ganzes nicht im Widerstand, aber wahrte einen weltanschaulichen Abstand und seine innere Geschlossenheit. Gut dokumentiert ist die Haltung des katholischen Klerus, der vermutlich die geschlossenste Großgruppe in der deutschen Bevölkerung darstellte, die nachweislich in Resistenz gegenüber dem Regime agierte.<sup>14</sup>

Die NS-Diktatur nahm, sobald der organisierte Widerstand von KPD und SPD Ende 1935 im Reich im Wesentlichen ausgeschaltet war, besonders die katholische Kirche als gut angreifbaren Gegner ins Visier. Die Maßnahmen waren dabei vielfältig und regional höchst verschieden. Sie reichten vom Druck auf katholische Beamte über die Drangsalierung und das Verbot der theoretisch konkordatsrechtlich geschützten katholischen Verbände bis hin zu offener Verfolgung. Für letzteres wurde der tatsächlich vorhandene

13 Vgl. dazu zuletzt Rita Anna Tüpper: München, Königsplatz. Der junge Konrad Adenauer rebelliert für die Demokratie und gegen die Geistlichkeit, in: Michael Borchard/Judith Michel (Hg.): Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland. Berlin 2020, S. 26–35.

14 Vgl. dazu die zweibändige prosopographische Sammlung von Ulrich von Hehl/Christoph Kösters (Bearb.): Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen. Bd. 37). 4. Aufl. Paderborn u. a. 1998.

Kindesmissbrauch durch Geistliche in den sogenannten Sittlichkeitsprozessen publizistisch ausgeschlachtet.<sup>15</sup> Ebenfalls einen Ansatzpunkt für staatliche Verfolgungsmaßnahmen bildete das Devisenrecht, das der NS-Staat im Rahmen seiner auf Autarkie zielenden Wirtschaftspolitik deutlich verschärft hatte. Da auch die Kirchen während der 1920er Jahre Auslandskredite aufgenommen hatten, die sie jetzt nach der neuen Rechtslage nicht mehr bedienen konnten, gab es hier formalrechtlich gute Angriffsflächen. Im Zuge dieser Prozesse wurde sogar ein katholischer Bischof, Petrus Legge aus Meißen, zu einer Haftstrafe verurteilt.<sup>16</sup>

Offener Widerstand war dagegen nicht die Sache der katholischen Kirche. Die Binnenwahrnehmung dort sah in der Anfangsphase der NS-Diktatur wenig Unterschiede zu den historischen Erfahrungen des Kulturkampfes im Bismarckreich, als ein antagonistscher borussischer Staat ebenfalls die katholische Kirche drangsaliert, diese die Schikannen aber durch „Überwinterung“ vergleichsweise gut überstanden hatte. Dies wurde in Bezug auf das katholische Verbandswesen erneut die Strategie, sobald Mitte der 1930er Jahre deutlich wurde, dass das Regime sich nicht an das Reichskonkordat zu halten gedachte. Alle Vereine, bei denen das Aufgabenfeld es erlaubte, wurden in den Bereich der kirchlichen Verwaltung gezogen, sei es im Bereich der Caritas, der Jugendorganisationen etc. Die Forschung hat diesen Prozess als „Verkirchlichung“ (Heinz Hürten) beschrieben. Diese Entwicklung hatte, weil sie in wesentlichen Bereichen nach dem Krieg nicht mehr revidiert wurde, später starke Auswirkungen auf die Struktur der Christlichen Demokratie in Deutschland: Da das Verbändevorfeld nach 1945 nur teilweise wiedererstand und deshalb wesentlich dünner als in der Weimarer Republik war, musste die Parteistruktur der Union anders aufgebaut sein als die des Zentrums im Kaiserreich und in Weimar. CDU und CSU mussten sich deshalb deutlich stärker zu Mitgliederparteien hin entwickeln, als es das Zentrum oder die Bayrische Volkspartei jemals waren und sein mussten. Der Volksverein, der eben bis 1933 de facto viele Parteiaufgaben übernommen hatte, wurde gar nicht wieder neu begründet.<sup>17</sup> Das an seine Stelle getretene „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ zeigt exemplarisch die Unterschiede zwischen dem Katholizismus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik.<sup>18</sup>

Die evangelischen Kirchen im Deutschen Reich waren 1933 in einer ungleich komplizierteren Situation.<sup>19</sup> Während die sowieso geringe Anzahl von NS-Sympathisanten innerhalb der katholischen Amtskirche durch die kirchliche Hierarchie recht effizient im Zaum gehalten wurde, bot die synodale Struktur der evangelischen Landeskirchen gerade wegen ihres partizipatorisch-demokratischen Charakters einem nationalsozialistisch

---

15 Dazu Hans Günter Hockerts: Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/1937. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 6). Mainz 1971.

16 Vgl. dazu Birgit Mitscherlich: Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932–1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 101). Paderborn u. a. 2005.

17 Zum Volksverein vgl. Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 75). Paderborn u. a. 1996.

18 Thomas Grossmann: Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 56). Mainz 1991.

19 Grundlegend hierzu noch immer Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1–2. Frankfurt a. M. 1977/1985.

beeinflussten Zeitgeist ungleich größere Angriffsmöglichkeiten. Hitler propagierte ein angebliches „positives Christentum“ der NS-Bewegung und nutzte durch die Inszenierung als Erbe preußischer Staatstraditionen die Staatsnähe der deutschen Protestanten. In von ihm durch Druck erreichten Kirchenwahlen am 23. Juli 1933 gelang es, die regimenahe „Deutschen Christen“ innerhalb der evangelischen Landeskirchen zu etablieren. Eine Folge war die Einführung von „Arierparagraphen“ in den Landeskirchen, die Geistliche mit jüdischen Vorfahren von kirchlichen Ämtern ausschlossen. Diese Festlegung, die für eine Religion mit eindeutig auch jüdischen Wurzeln eine bemerkenswerte intellektuelle Flexibilität verlangte, führte aber zu einer bekennnistreuen Gegenreaktion in der besten reformatorischen Tradition. Im sogenannten Pfarrernotbund trafen sich Geistliche und Gläubige, die die deutsch-christlichen Kirchenleitungen ablehnten, und auf der „Barmer Bekenntnissynode“ vom 29.–31. Mai 1934 vollzog man eine Trennung von den nicht mehr als rechtmäßig anerkannten Kirchenleitungen.

In der Folge zersplitterte sich der deutsche Protestantismus: deutsch-christliche Kirchenleitungen und ein von Hitler ins Amt gebrachter „Reichsbischof“ Ludwig Müller standen neben der zunehmend verfolgten und nur durch Spenden finanzierten bruderrätlich organisierten „Bekennenden Kirche“, während ein großer Teil der evangelischen Gläubigen der „kirchlichen Mitte“ zuneigte, die weder deutsch-christlich noch bruderrätlich festgelegt war. Besonders im Bereich der Bekennenden Kirche war die Distanz zum Regime groß, auch wenn man dort Wert darauf legte, dass der Widerstand nicht politisch, sondern rein kirchlich zu verstehen sei. Viele der später in der CDU tätigen evangelischen Christen hatten Verbindungen zur Bekennenden Kirche wie Eugen Gerstenmaier, Hans Asmussen, Otto Dibelius und vor allem Hermann Ehlers. Hier gab es auch häufig Überschneidungen mit dem direkten Widerstand: Dietrich Bonhoeffer etwa, ein zentraler Vordenker der Bekennenden Kirche, und Helmuth James Graf von Moltke, der Spiritus Rector des „Kreisauer Kreises“, wurden beide vom NS-Regime noch kurz vor Kriegsende hingerichtet. Für den deutschen Protestantismus bedeutete die Bekennende Kirche die Ehrenrettung, die überhaupt nach 1945 einen Neuanfang erlaubte. Ihr theologischer Widerstand und die in der gemeinsamen Ablehnung der NS-Diktatur neu empfundene Nähe zu den katholischen Christen machte als geistiges Fundament nach 1945 die interkonfessionelle Zusammenarbeit in der CDU für die deutschen Protestanten erst möglich.

## Emigration

Anders als im Bereich des kommunistischen oder sozialdemokratischen Widerstandes spielte die Emigration im katholischen und konservativen Bereich keine große Rolle. Es existierte zwar eine ausgeprägte Tradition katholischen Exils, die etwa ein Jahrhundert bis zu den Kölner Wirren der 1830er Jahre, der Auseinandersetzung zwischen preußischem Staat und katholischer Kirche um interkonfessionelle „Mischehen“, zurückreichte. Besonders im Kulturkampf mit den Ausweisungen katholischer Ordensangehöriger war ein katholisches Exil auch zahlenmäßig bedeutsam, aber dies war vor allem ein Exil von Geistlichen gewesen, die jetzt mit dem Reichskonkordat eine Minimalabsicherung gegenüber dem Staat zu besitzen schienen. Außerdem gab es durch die Selbstauflösung des Zentrums und die Kollaboration der DNVP keinerlei Parteistrukturen, die bei der Auswanderung Hilfe leisten konnten, so dass in diesem Bereich Exil immer das Exil ein-

zelter blieb. Allerdings konnten sich Katholiken der Hilfestellung der katholischen Kirche auch im Ausland sicher sein. Auch die noch kleinere Anzahl bewusst evangelischer Emigranten konnte auf die Solidarität amerikanischer oder britischer Christen setzen. Die Forschung hat das Exil dieser Gruppen bisher weitgehend ignoriert, soweit es sich um eine systematische Betrachtung handelt.<sup>20</sup> Völlig zu Recht hat Rudolf Morsey darauf hingewiesen, dass sich die Forschung deshalb eher entlang prosopographischer Linien entwickeln müsse.<sup>21</sup> Dazu kommt noch, dass Exil anfangs am einfachsten in den nicht vom NS-Staat kontrollierten deutschen oder deutschsprachigen Territorien stattfinden konnte, also bis 1935 im Saargebiet und danach noch bis 1938/39 in der Tschechoslowakei und Österreich und den deutschsprachigen Gebieten in Polen.<sup>22</sup> Das Exil dieser Gruppen beruhte deshalb immer auf persönlichen Netzwerken. Dies machte es ziemlich verlässlich und praktisch immun gegenüber Verrat – während das kommunistische Exil von Denunziation bestimmt war, scheint Verrat im katholischen Exil praktisch keine Rolle gespielt zu haben. Es war deshalb aber eben hochindividuell und ist nur in der Einzelbiographie fassbar. Allerdings gab es durchaus einige hochrangige Politiker aus Zentrumskreisen, die ins Ausland gingen. Dazu zählten die beiden ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning (USA) und Joseph Wirth (Schweiz) ebenso wie der ehemalige Zentrumsvorsitzende Ludwig Kaas. Letzterer fand, ebenso wie der Kirchenhistoriker Hubert Jedin, im Vatikan Unterschlupf.<sup>23</sup> Nach der Rückgliederung des Saarlandes an das Deutsche Reich 1935 kam es zu einer Welle der Weiterwanderung von dorthin geflüchteten Katholiken, verstärkt um prononcierte saarländische NS-Gegner wie den Journalisten Johannes Hoffmann<sup>24</sup>. Hoffmann ging zuerst nach Frankreich und dann, nach dem deutschen Einmarsch 1940, weiter nach Brasilien. Dort gab es, organisiert von Hermann Mathias Görden und Johannes Schauff, in der deutschen Siedlung „Rolandia“ auch den einzigen Kristallisationspunkt einer größeren Anzahl katholischer, konservativer und liberaler deutscher Exilanten.<sup>25</sup>

20 Allerdings wurde das katholische Exil auf mehreren Tagungen thematisiert, vgl. Wolfgang Frühwald/Heinz Hürten (Hg.): *Christliches Exil und christlicher Widerstand. Ein Symposium an der Katholischen Universität Eichstätt* 1985 (Eichstätt Beiträge. Bd. 22). Regensburg 1987. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mittlerweile zwei Tagungen dazu veranstaltet, vgl. die Ergebnisse der ersten in den HPM 26 (2019).

21 Rudolf Morsey: *Leben und Überleben im Exil. Am Beispiel von Josef Wirth, Ludwig Kaas und Heinrich Brüning*, in: Gordan Paulus (Hg.): *Um der Freiheit willen. Eine Festgabe von und für Johannes und Karin Schauff*. Pfullingen 1983, S. 86–117.

22 Zu Österreich vgl. Rolf Ebneth: *Die österreichische Wochenschrift „Der christliche Ständestaat“. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 19). Mainz 1976; zu Polen Pia Nordblom: *Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1933–1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 87). Paderborn u. a. 2000.

23 Rudolf Morsey: *Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952)*, in: HPM 26 (2019), S. 185–205.

24 Zu Hoffmann vgl. die Biographie von Heinrich Küppers: *Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 54). Düsseldorf 2008.

25 Speziell die katholische Emigration ist noch ein Forschungsdesiderat; vgl. zu Rolandia Bernd Breuning: *Die deutsche Rolandwanderung (1932–1938). Soziologische Analyse in historischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht*. München 1983, sowie den Bericht von Hermann Görden: *Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der „Gruppe Görden“. Autobiographische Skizzen*. Münster 1997.

Während es aufgrund der Vereinzelung katholischer und konservativer Emigranten keine Zusammenschlüsse gab, die Wirkung gegen den NS-Staat gezeigt hätten, bestand ihre Bedeutung vor allem in der kleinen, aber wahrnehmbaren katholischen Exilpresse. Zu nennen wären besonders die von Waldemar Gurian herausgegebenen „Deutschen Briefe“ oder die von dem Jesuiten Friedrich Muckermann S. J. publizierte Zeitschrift „Der Deutsche Weg“, die sich beide besonders kritisch mit dem totalitären Charakter des Regimes auseinandersetzten.<sup>26</sup>

Wirksam gewordene Nachkriegsplanungen speziell aus der katholischen oder konservativen Emigration gibt es aufgrund der Vereinzelung nicht. Dort, wo katholische Remigranten im politischen Leben nach 1945 eine Rolle spielten, taten sie dies als Einzelpersonen. Eine Ausnahme bildet neben dem Saargebiet lediglich skurrilerweise die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ), bei der katholische und evangelische kriegsgefangene Geistliche offenbar die kirchenpolitische Nachkriegskonzeption der Sowjets beeinflussten.<sup>27</sup>

## Der Widerstand im Krieg

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem schon im Polenfeldzug 1939 sichtbar werdenden verbrecherischen Charakter der deutschen Kriegsführung erhielt die Frage nach einem aktiven, auf die Beseitigung des Regimes zielenden Widerstand neue Aktualität und auch Legitimation. Die Personen, die im Bereich der beiden Kirchen und des ehemaligen Zentrums in Resistenz zum Regime verharren hatten, trafen die Entscheidung ganz unterschiedlich: Der Großteil blieb in der inneren Emigration, unternahm häufig auch Handlungen, die die Intentionen nationalsozialistischer Politik konterkarierten – Hilfe für „Fremdarbeiter“, Verbreitung von Nachrichten der BBC oder ähnliches –, ging aber nicht den Schritt zum Widerstand. Typisch ist der Fall des prominenten früheren Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, der nach seiner Absetzung und Verfolgung 1933/34 in kritischer Distanz zum Regime verharrte, sich aber – auch aus völlig zutreffender Risikoeinschätzung heraus – im Krieg nicht dem Widerstand anschloss.<sup>28</sup> Dies bewahrte ihn freilich genauso wenig wie fast alle ehemaligen prominenten Zentrumsmitglieder davor, im Rahmen der „Aktion Gewitter“ nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet zu werden und nur knapp mit dem Leben davonzukommen. Ein kleiner Teil fand den Weg in die verschiedenen Widerstandsgruppen. Im militärischen Widerstand war, etwa bei Claus Graf Schenk von Stauffenberg oder Eugen Gerstenmaier, die christliche Prägung, egal ob katholisch oder evangelisch, ein wesentliches Motiv unter mehreren.

Allerdings war rein zahlenmäßig die verbreitetste Form des Widerstandes nicht die militärisch-politische Verschwörung wie jene um Goerdeler und Stauffenberg, die

---

26 Heinz Hürten: Waldemar Gurian: ein Zeuge der Krise in unserer Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 11). Mainz 1972; Ders. (Bearb.): Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration. Bd. 1–2. Mainz 1969, sowie Hubert Gruber: Friedrich Muckermann S. J. 1883–1946. Ein katholischer Publizist in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen. Bd. 61). Mainz 1993.

27 Vgl. Wolfgang Tischner: Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1933–1945, in: HPM 26 (2019), S. 207–222.

28 Hans Peter Mensing (Bearb.): Adenauer im Dritten Reich (Rhöndorfer Ausgabe). Berlin 1991.

schließlich den Staatsstreich wagte, sondern der oppositionelle Gesprächskreis, der sich aus oppositionell-distanzierten Gruppen heraus entwickelte und sich unter dem Eindruck des totalen Krieges immer stärker mit Nachkriegsplanungen beschäftigte. Vom Regime wurde dies als „Defätismus“ oder „Wehrkraftzersetzung“ in der zweiten Kriegshälfte mit Haft- und Todesstrafe sanktioniert. Zu diesen Gruppierungen gehörten etwa die „Freiburger Kreise“, ursprünglich lockere Gesprächskreise unter Professoren der Universität Freiburg. Hier fanden v. a. Juristen und Nationalökonominnen zusammen und diskutierten zunächst vorrangig die wirtschaftlichen Folgen der heterogenen und in sich widersprüchlichen NS-Wirtschaftspolitik. Der Fokus war bei vielen anfangs rein wirtschaftspolitisch, es gehörten explizite NS-Gegner wie Adolf Lampe ebenso dazu wie bekannte Nationalsozialisten wie Hans Großmann-Doerth. Gerade letzterer zeigt aber, wie ahistorisch eine heutige schwarz-weiße Betrachtungsweise ist: Großmann-Doerth war NSDAP-Mitglied und erlag 1944 den Verwundungen, die er als Regimentskommandeur an der Ostfront erlitten hatte.<sup>29</sup> Gleichzeitig war er aber auch ein Kritiker der NS-Rassenpolitik und hat seinen Schüler Franz Böhm engagiert in einem Sondergerichtsverfahren verteidigt und ihm damit aller Wahrscheinlichkeit nach das Leben gerettet.<sup>30</sup> Da die Kartellrechtsgesetzgebung der Bundesrepublik hauptsächlich auf seinen Arbeiten beruht, hat er deutlichen Anteil an der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Auf mehreren halblegalen Tagungen wurden während des Krieges Konzepte für eine Nachkriegswirtschaft entworfen, bei der es unter anderem um die Ersetzung der Speer'schen Kommandowirtschaft durch eine Marktwirtschaft und eine Neutralisierung der immens aufgeblähten Geldmenge ging. Andere Gruppierungen der Freiburger Kreise beschäftigten sich mit ethischen Fragen, unter anderem der Behandlung der Juden durch den NS-Staat. Da etliche Mitglieder der Freiburger Kreise überlebten und nach dem Krieg weiter wirtschaftspolitisch tätig waren, unter anderem Franz Böhm, Erwin von Beckerath und Walter Eucken, wurden diese Vorstellungen vor allem bei der Formulierung der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft wirkmächtig in der Union und hierüber dann für die gesamte Bundesrepublik.

Einen ähnlichen Einfluss auf die Union und die Bundesrepublik hatte auch der Kreisauer Kreis, eine um Helmuth James Graf von Moltke gebildete Widerstandsgruppe, die auf seinem Gut Kreisau ihre Tagungen zu Fragen der Gestaltung eines Nachkriegsdeutschlands abhielt.<sup>31</sup> Obwohl Moltke verhaftet und noch am 23. Januar 1945 hingerichtet wurde, sind die dort entwickelten Gedanken vor allem zum politischen System in vielem in die Vorstellungen der Christlichen Demokratie und in das Grundgesetz eingeflossen. Bedeutsam war auch, dass die Gruppe um Moltke bewusst versuchte, die aus dem Kaiserreich stammende, noch in Weimar wirksame Zersplitterung und Sprachlosigkeit zwischen den verschiedenen Milieus aufzubrechen. Hier wurden gezielt Jesuiten wie Alfred Delp S. J. ins Gespräch gebracht mit evangelischen Geistlichen wie Eugen Gerstenmaier, der katholische Bischof von Berlin, Konrad von Preysing, debattierte mit

29 Eine wissenschaftliche Biographie Großmann-Doerths ist ein Desiderat, vgl. aber Uwe Blaurack u. a. (Hg.): *Das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft – zum Gedenken an Hans Großmann-Doerth* (Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik. Bd. 171). Tübingen 2005.

30 Vgl. dazu Nils Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 57). Düsseldorf 2009.

31 Zu deren Zielsetzung Ger van Rooy: *Staatsvorstellungen des Kreisauer Kreises*, in: Schmädke/Steinbach: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, S. 560–569.

dem preußisch-unierten Protestanten Moltke. Zudem waren, in Weimar undenkbar, auch sozialistische Strömungen, etwa durch die Beteiligung von Adolf Reichwein oder Carlo Mierendorff, mit von der Partie. Der Grundkonsens, der den überlebenden demokratischen Politikern 1948/49 erlaubte, gemeinsam die bislang beste und stabilste deutsche Verfassung, das Grundgesetz, zu entwerfen, wurde vorweggenommen in diesen Widerstandsgruppen, und besonders im Kreisauer Kreis.

Der militärische Widerstand dagegen hat das Verdienst, noch während des Krieges ein auch für das Ausland deutlich sichtbares Fanal gegen den NS-Staat gesetzt zu haben. Dadurch hat er insbesondere für das deutsche Militär in der Bundesrepublik eine Identifikationsmöglichkeit und Traditionsbildung erlaubt, die eine Staatsdistanz wie in der Weimarer Republik verhindert hat. Erstaunlicherweise konnten bis zum Attentat vom 20. Juli 1944 die verschiedenen Widerstandskreise noch miteinander kommunizieren. Trotz des Verfolgungsdrucks seitens der Gestapo und des SD hatten der militärische Widerstand um Stauffenberg und Goerdeler und der Kreisauer Kreis mehrfach Kontakt miteinander, dies ging über den späteren CSU-Mitbegründer Josef Müller (genannt „Ochsensepp“) bis in den Vatikan hinein.

Bei der Bewertung des Widerstands daraufhin, inwieweit er heute noch als Traditionslinie der Bundesrepublik zu sehen ist, hat die Diskussion sich hauptsächlich auf den kommunistischen und militärischen Widerstand konzentriert. So aufopferungsvoll der Widerstand einzelner Kommunisten auch zweifelsfrei war, so darf doch nicht in Vergessenheit geraten, dass das Endziel dieses Widerstands gegen die NS-Diktatur der Aufbau einer anderen totalitären Diktatur war, nämlich einer stalinistischen. Dies schließt eine Würdigung durch einen demokratischen Staat aus. Mit einigem Recht ist eingewandt worden, dass auch die Attentäter des 20. Juli nicht auf eine parlamentarische Demokratie, sondern in ihrer Mehrheit auf einen autoritären Staat, wie er in der Endphase der Weimarer Republik auf konservativer Seite häufig propagiert worden war, abzielten.<sup>32</sup> Der entscheidende Unterschied zum kommunistischen Widerstand besteht allerdings darin, dass, wenn man sich die kontrafaktische Überlegung eines erfolgreichen Staatsstreiches 1944 erlaubt, von dort aus wohl der Weg in einen demokratischen deutschen Nachkriegsstaat auf evolutionärem Weg erfolgt wäre. Die Nachkriegsplanungen der Verschwörer des 20. Juli sahen ein Übergangskabinett mit immerhin fünf ehemaligen Zentrumsmitgliedern vor, eingebunden waren die Gewerkschaften, und die Mitarbeit dieser beiden Personenkreise wäre nach einer Übergangszeit nur unter der Bedingung freier Wahlen zu haben gewesen: Von einem erfolgreichen Staatsstreich wäre der Weg in eine wie auch immer im Detail ausgestaltete deutsche Demokratie wohl vorgezeichnet gewesen.<sup>33</sup> Daran ändern zweifelsfrei nachweisbare autoritäre Vorstellungen bei Goerdeler oder den Militärs nichts. Konsequenterweise fanden überlebende Mitglieder dieser Widerstandsgruppe wie Jakob Kaiser, Andreas Hermes oder „Ochsensepp“ Josef Müller ihren Weg in die beiden christlich-demokratischen Parteien. Deshalb gehört der 20. Juli zur geistigen Vorgeschichte der Bundesrepublik, nicht aber der kommunistische Widerstand.

---

32 Zur Diskussion vgl. v.a. Theodore S. Hamerow: Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand. München 1999 (amer. Ausgabe 1997).

33 Diese Möglichkeit sieht auch Hans Mommsen: Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Schmäddeke/Steinbach: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 570–597, hier 592.

## **Die Gründungsphase der Union 1945–1949: Vom Widerstand zur „Sozialen Marktwirtschaft“**

Zur Traditionslinie, die über Werte, Programmatik und Personal zur Union führt, gehört der 20. Juli ebenfalls.<sup>34</sup> Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland im April/Mai 1945 machte den Weg für einen politischen Neuanfang frei und rettete vielen Widerständlern, die auf ihre Hinrichtung warteten, das Leben, so etwa Andreas Hermes in Berlin. Viele, deren intellektueller Beitrag in der Nachkriegszeit sehr wünschenswert gewesen wäre, wie etwa der als zukünftiger Justizminister von den Verschwörern des 20. Juli vorgesehene Josef Wirmer, wurden nach dem gescheiterten Attentat hingerichtet, andere, wie der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, wurden noch in letzter Stunde vom Regime ermordet. Sofort nach dem Einmarsch der Alliierten begannen Christliche Demokraten überall in Deutschland einen Wiederaufbau des politischen Lebens; stellenweise sogar noch vor der Kapitulation.

Auch im Rahmen dieser noch vor Kriegsende beginnenden Reorganisation des politischen Lebens gab es letzte Opfer auf Seiten der Christlichen Demokraten. Am 31. Oktober 1944 wurde der Anwalt Franz Oppenhoff neuer Bürgermeister des von den US-Truppen besetzten Aachen.<sup>35</sup> Entscheidend war dabei vermutlich das Votum des Aachener Bischofs Johannes van der Velden. Der heute außerhalb Aachens fast vergessene Oppenhoff hatte in der NS-Zeit engagiert die katholische Kirche, jüdische Deutsche und andere missliebige Personen vor Gericht verteidigt. In der ehemaligen Zentrumshochburg wird gut sichtbar, wie der Umgang eines dem Widerstand nahestehenden Christlichen Demokraten mit der NS-Vergangenheit aussah. Oppenhoff, der eine selbstbewusste Politik gegenüber den Amerikanern verfolgte, setzte eine Besetzung der Spitzenämter der neuen Aachener Verwaltung fast ausschließlich mit Christlichen Demokraten durch und hielt auch einige nur durch bloße Mitgliedschaft belastete NSDAP-Mitglieder in ihren Stellungen. Dies und seine Weigerung, Kommunisten einzubeziehen, sowie seine angeblichen Sympathien für einen Staatsaufbau wie in Franco-Spanien erregten das Missfallen eines linksgerichteten Besatzungsoffiziers, der ihn deswegen gerne abgesetzt gesehen hätte.<sup>36</sup> Vorher wurde Oppenhoff allerdings am 25. März 1945 durch ein „Werwolf“-Kommando der SS ermordet.

In verschiedenen „Gründungskernen“, so die prägnante Formulierung von Hans-Otto Kleinmann, fanden sich Christliche Demokraten zusammen. In der Regel überwogen zahlenmäßig ehemalige Zentrumsanhänger, aber die dazu gestoßenen Protestanten liberaler, christlich-sozialer oder konservativer Couleur sorgten von Anfang an dafür, dass eine neue Partei entstand. Entscheidend war, dass die neugegründeten interkonfessionellen Parteigruppen, ob sie sich jetzt „Christliche Volkspartei“, „Christliche-Demokratische Partei“ oder wie auch immer nannten, die Regel waren. Zentrumsneugründungen

---

34 Vgl. auch Winfried Becker: Politische Neuordnung aus der Erfahrung des Widerstands: Katholizismus und Union, in: Peter Steinbach (Hg.): Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte. Köln 1987, S. 261–292.

35 Klaus Schwabe: Aachen am Ende des Zweiten Weltkriegs: Auftakt zur Nachkriegszeit?, in: Kurt Düwell/Michael Matheus (Hg.): Kriegsende und Neubeginn in Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947 (Geschichtliche Landeskunde. Bd. 46). Stuttgart 1997, S. 21–32.

36 Vgl. die tendenziöse Darstellung des angeblichen „Aachener Skandals“ bei Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besetzten Deutschland 1944/45. Frankfurt a. M. 1999, S. 196f.

gab es, sie waren aber sehr viel seltener.<sup>37</sup> Es ist bemerkenswert, dass unter den Bedingungen der ersten Wochen nach dem Zusammenbruch, die eine überregionale Kommunikation alleine schon wegen der fehlenden Post- und Telefonverbindungen kaum möglich machten, die Entscheidung fast überall unabhängig voneinander für eine interkonfessionelle Partei fiel. Dies war die Konsequenz aus der gemeinsamen Frontstellung gegen die NS-Diktatur. Nur aus der Erfahrung des Widerstandes heraus war eine Überwindung der konfessionellen Schranken auf dem politischen Feld in Deutschland durchsetzbar. Inhaltlich war die neue Partei, wie auch immer sie anfangs hieß, von dem Entsetzen über den Totalitarismus geprägt: Während es durchaus eine deutliche Bandbreite bei den wirtschaftlichen Forderungen gab, wiesen ausnahmslos alle Gründungsprogramme die Ablehnung der NS-Ideologie, die Anerkennung der deutschen Schuld und die Forderung nach Rechtsstaat und Demokratie auf.<sup>38</sup> Damit waren sie deckungsgleich zu den Konzeptionen, die in den klar demokratisch orientierten Widerstandskreisen wie dem Kölner Ketteler-Haus-Kreis um ehemalige KAB-Mitglieder, dem Kreisauer Kreis oder den Freiburger Kreisen vor Kriegsende formuliert worden waren. Die politischen Vorstellungen der Personengruppen, die um Goerdeler und Stauffenberg am Attentat vom 20. Juli beteiligt waren, waren deutlich heterogener und zielten teilweise auf einen autoritären Staat. Sie wurden allerdings in den verschiedenen Gründungsprogrammen der Union nicht fühlbar.

Da das Exil katholischer und konservativer oder liberaler Emigranten, anders als bei sozialistischen oder kommunistischen Exilanten, völlig ohne Rückbindung an eine politische Organisation erfolgt war, gab es auch keine gemeinsame Exilerfahrung, die nach 1945 hätte in der Union wirksam werden können. Zwar gab es Einzelne, die erfolgreich wirkten, etwa der „verhinderte“ Emigrant Andreas Hermes, der erste Vorsitzende der CDU in der SBZ.<sup>39</sup> Nur an der bis 1955 von der Bundesrepublik getrennten Saar gab es den bestimmenden Einfluss von Emigranten<sup>40</sup>, der schon erwähnte Johannes Hoffmann war hier bis 1955 Ministerpräsident.

Besonders wirksam wurden im programmatischen Bereich die wirtschaftspolitischen Überlegungen, die im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“ beziehungsweise der Freiburger Kreise angestellt worden waren. Wie schon erwähnt handelte es sich dabei zuerst um eine rein fachpolitische Gruppe Freiburger Wissenschaftler, der sowohl Befürworter wie Gegner des Regimes angehörten. Sie einte jedoch die Ablehnung der NS-Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die dort formulierten Grundsätze, die eine Ordnungspolitik vorsahen, bei der der Staat auf direkte Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzichtete, aber die Durchsetzung der Regeln sicherstellte, wurden ergänzt um den Verzicht auf eine Planwirtschaft und die Favorisierung einer freien Preisbildung. Die überlebenden Mitglieder dieses Arbeitskreises wie Franz Böhm und Constantin von Dietze schlossen sich der Union an, andere Wirtschaftswissenschaftler mit ähnlichen Vor-

37 Vgl. den Beitrag von Christopher Beckmann in diesem Band.

38 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Borchard in diesem Band.

39 Rudolf Morsey: Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie, in: HPM 10 (2003), S. 129–149, zur gescheiterten Auswanderung nach Kolumbien siehe S. 134f.

40 Gerhard Paul: „Emigrantenstaat“ auf tönernen Füßen – das Saarland nach 1945, in: Klaus-Dieter Krohn/Patrick von zur Mühlen (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands. Marburg 1997, S. 211–252.

stellungen wie Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack stießen bald nach Kriegsende hinzu. Dieser Ordoliberalismus wurde 1949 in einem innerparteilichen Kompromiss mit den Forderungen der katholischen Soziallehre verschmolzen, die seitens des ehemaligen Gewerkschaftsflügels des Zentrums erhoben wurden, und als „Düsseldorfer Leitsätze“ zum Wirtschaftsprogramm der CDU für die ersten Bundestagswahlen<sup>41</sup>. Unter dem zugkräftigen Titel „Soziale Marktwirtschaft“ sind diese zum allgemein akzeptierten wirtschaftspolitischen Grundprogramm der Bundesrepublik geworden.

### **Zwischen Aburteilung, Assimilation und Israelfreundschaft: Der Umgang der Union mit der NS-Vergangenheit**

Die Problemlage, der sich Konrad Adenauer als prägende Figur der CDU und erster Bundeskanzler 1949 bei der Frage des Umgangs mit NS-Unrecht und -Tätern gegenüber sah, war ausgesprochen komplex: Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung hatte das NS-Regime zumindest zeitweise bejaht, ein kleinerer, aber durchaus zahlenmäßig nicht unbedeutender Teil, war auch zu Mittätern in unterschiedlicher Weise geworden: Von bloßen Gehässigkeiten gegenüber drangsalierten jüdischen deutschen Mitbürgern über ein Profitieren von deren Enteignung bis hin zur Beteiligung an nationalsozialistischen Mordaktionen reichte die Bandbreite. Auf einer solchen Wählerschaft eine funktionsfähige Demokratie aufzubauen, war bei wesentlich geringeren und nicht-kriminellen Belastungen in Weimar nicht gelungen. Die von nachgeborenen Historikern häufig geäußerte Kritik an einer unzureichenden Verfolgung von NS-Unrecht in der Adenauer-Ära ist daher in Frage zu ziehen, wäre eine deutlich umfassendere Verfolgung doch aufgrund der breiten NS-Belastung der Deutschen kaum realisierbar gewesen.

Adenauer verfolgte eine dreigeteilte Strategie, die sich letztendlich als außerordentlich erfolgreich erwies. Erstes Element war eine konsequente Verfolgung aller NS-Bestrebungen. Versuche von Nationalsozialisten, sich wieder zu organisieren, wurden energisch mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft und unterbunden, sei es 1952/53 noch mit Hilfe der britischen Besatzungsmacht die sogenannte Gauleiterverschwörung innerhalb der nordrhein-westfälischen FDP oder, ungleich gefährlicher, der einzige ernsthaft nationalsozialistische Neugründungsversuch, die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Letztere wurde im Oktober 1952 durch das erste Parteienverbot in der Bundesrepublik ausgeschaltet.

Das zweite Element war eine deutlich kommunizierte Bereitschaft, Mitläufer zu integrieren, sofern sie sich zur neuen, demokratischen Ordnung bekannten. Dem diente eine großzügige Wiedereingliederung nur nominal belasteter ehemaliger NSDAP-Mitglieder ebenso wie ein prononciertes Bemühen um die Abmilderung von alliierten Todesurteilen gegenüber deutschen Kriegsverbrechern. Letzteres war – obwohl es keine Zweifel an der Schwere der Verbrechen gab – innerhalb der deutschen Bevölkerung immens populär und deshalb für einen bundesdeutschen Politiker, der eine Mehrheit der Wähler erreichen wollte, kaum vermeidbar. Das fortwirkendste Element dieser Adenauerschen

---

<sup>41</sup> Zuletzt dazu vgl. Wolfgang Tischner: Düsseldorf, Ständehaus. Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft – Die wirtschaftspolitischen Leitsätze der Arbeitsgemeinschaft der CDU, in: Michael Borchard/Judith Michel (Hg.): Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland. Berlin 2020, S. 74–81.

Assimilationspolitik war jedoch die „Todesumarmung“, in die er die im rechtskonservativen Bereich angesiedelte „Deutsche Partei“ (DP) und den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) drängte. Beides waren Parteien, die sich in nicht unwesentlichen Teilen aus ehemals dem Nationalsozialismus nahestehenden Mitgliedern beziehungsweise Wählern rekrutierten. Über die Zwischenschritte von Koalitionen und Übertritte von prominenten Mitglieder wie etwa Hans-Joachim von Merkatz (DP) und Theodor Oberländer (BHE) wurde diesen Parteien der Boden entzogen; sie gingen größtenteils in der CDU auf. Das dort zweifellos vorhandene nationalsozialistische Restpotential wurde dabei komplett neutralisiert; eine Stärkung solcher Tendenzen innerhalb der Union ist in der Folge nicht wahrnehmbar gewesen. Dass der Preis darin bestand, deren teilweise stark belastetes Führungspersonal einzubinden und sogar im Falle von Theodor Oberländer als Bundesvertriebenenminister ins Kabinett aufzunehmen, ist sehr bedauerlich und für NS-Opfer schmerzlich, war aber für die dauerhafte Stabilisierung der bundesdeutschen Demokratie ein damals vertretbar erscheinender Preis.

In der Retrospektive ist es erstaunlich, dass der vor allem durch sein Kommando einer Einheit Ukrainer, die sich 1941 an der Judenvernichtung in Lemberg beteiligte, schwer belastete Oberländer heute aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden ist. Adenauers deutlich geringer belasteter Staatssekretär und Kanzleramtschef Hans Globke dagegen, der durch die Einschränkung der von der Verwaltung angewandten „Juden“-Definition mehrere Tausend Personen vor der Deportation rettete, wird in der Öffentlichkeit und in wissenschaftlichen Publikationen nur eindimensional als „prominenter Mittäter“ wahrgenommen.<sup>42</sup> Nach heutigen Maßstäben würde man sicherlich nicht mehr eine Person wie Globke in einer derartigen Schlüsselposition in einem demokratischen Staat sehen wollen, aber für die Zeitgenossen, und darunter auch die israelische Regierung, überwogen neben Globkes Rettungshandlungen vor allem seine unbestreitbare Effizienz und Verlässlichkeit.<sup>43</sup>

Da allerdings die Gründergeneration der CDU klar antinationalsozialistisch ausgerichtet und am Widerstand orientiert war, gab es dort ein erhebliches Unbehagen, auch wenn die Notwendigkeit der Adenauerschen Politik unumstritten war und innerhalb der Partei nicht kritisiert wurde. Adenauer selbst war sich über die Schwere der NS-Verbrechen völlig im Klaren und variierte seine Assimilationsstrategie mit einer engagierten Politik der Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der NS-Gewaltherrschaft, in erster Linie den Juden, aus. Dass in der deutschen Bevölkerung die Vorstellung, man habe für die NS-Verbrechen Sühne zu leisten, sehr unpopulär war, hinderte Adenauer nicht, unter Einsatz seiner politischen Existenz die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel – stellvertretend für die Opfer des Holocaust – durchzusetzen. Weitblickend erkannte

42 So Henke: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, S. 283. Diese Einschätzung beruht auf der Tatsache, dass Globke einen juristischen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen verfasste. Allerdings wurde dieser Kommentar auf Betreiben verfolgungseifriger NS-Stellen durch einen für die jüdischen Deutschen ungünstigeren ersetzt.

43 Vgl. zu Globke die differenziert argumentierende Biographie von Erik Lommatzsch: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt a. M./New York 2009. Adenauer traf den ihm vorher schon bekannten Globke während der NS-Zeit in einem regimekritischen Gesprächskreis in Berlin, wie aus dem Gästebuch des Berliner Bischofs von Preysing hervorgeht, woher sich möglicherweise unter anderem sein Festhalten an Globke trotz der von der DDR gesteuerten Kampagne gegen diesen erklärt.

er, dass es sowohl für die internationale Reputation Deutschlands wie für die Entwicklung der Demokratie innerhalb Deutschlands unerlässlich war, dass der erste Vertrag, den ein demokratisches Nachkriegsdeutschland schließen würde, der Wiedergutmachung dienen müsste. Der deutsche Verhandlungsführer war der Frankfurter Ordinarius und CDU-Bundestagsabgeordnete Franz Böhm, der durch seine Rolle in den Widerstandsgruppen der „Freiburger Kreise“ persönlich hierfür prädestiniert war. Dass die komplexen und in Israel wie in der Bundesrepublik gleichermaßen innenpolitisch umstrittenen Verhandlungen in Luxemburg nicht ergebnislos blieben, war neben dem Zusammenspiel Böhms mit dem israelischen Delegationschef Felix Shinnar vor allem Adenauers Eingreifen zu verdanken, als die Verhandlungen zu Scheitern drohten.<sup>44</sup> Die Entschädigungssumme war mit 3,5 Milliarden DM, gemessen am damaligen Bundeshaushalt, durchaus beachtlich und wurde deshalb in der deutschen Öffentlichkeit stark kritisiert, aber von Adenauer unter Einsatz all seines Prestiges auch gegen widerstrebende Teile der Unionsfraktion mit einer knappen Mehrheit im Bundestag durchgesetzt. Das einsetzende Wirtschaftswunder machte dann freilich die Lasten gut tragbar. Für Israel, das damals weder über ernstzunehmende Exporteinnahmen verfügte noch wie heute massive Militärhilfen bekam, war dies eine Hilfe, die möglicherweise die staatliche Existenz sicherte.

Die Union wich von diesem Muster später nicht mehr ab. Der besondere Status der Beziehungen zu Israel lag der Partei immer am Herzen. Ludwig Erhard setzte gegen die Widerstände seines Außenministers Schröder, der um die Hallstein-Doktrin fürchtete, und der Wirtschaft, die die enge Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten nicht gefährden wollte, 1965 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch. Helmut Kohl übergab während des ersten Golfkrieges Patriot-Luftabwehrraketen aus Bundeswehrbeständen und lieferte Israel deutsche U-Boote. Letzteres hat möglicherweise sogar den Atomwaffensperrvertrag berührt, war zumindest aber ein klarer Bruch der sonst gepflogenen Politik, keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Unter Angela Merkel wurde diese Ausrichtung auf Israel fortgesetzt.

Innerhalb der Union gab es um die Verjährung von NS-Verbrechen noch hitzige Debatten, bei der sich vor allem der spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, als CDU-Bundestagsabgeordneter gegen eine Verjährung aussprach. Auch anlässlich des Rücktritts von Hans Filbinger wurde innerhalb der CDU der Umgang mit der NS-Vergangenheit thematisiert. Der populäre baden-württembergische Ministerpräsident, übrigens der letzte Assistent des erwähnten Hans Großmann-Doerth, stolperte 1978 über seine Vergangenheit als Marinerichter. Dabei waren weniger seine Taten wie späte Todesurteile als vielmehr seine äußerst ungeschickte öffentliche Verteidigung entscheidend. Eine im Wesentlichen noch heute gültige Positionsmarkierung, die das veränderte Geschichtsbewusstsein sowohl in der Union wie in der gesamten Bundesrepublik dokumentierte, stellte die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes 1985 dar, als er davon sprach, dass es sich dabei gleichermaßen um Niederlage und Befreiung gehandelt habe.<sup>45</sup>

---

44 Hansen: Franz Böhm, S. 300–339.

45 Text der Rede: [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508\\_Rede.html](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html) (Abruf: 4.6.2021).

## **Zusammenfassung**

Die Gründung der CDU und ihrer Schwesterpartei CSU erfolgte 1945 aus dem Geist von Widerstand und Resistenz gegen den Nationalsozialismus heraus. Insbesondere die fast überall unabhängig voneinander erfolgende interkonfessionelle Zusammenarbeit war gegenüber der noch in Weimar in Milieus verfestigten politischen Spaltung nur nach den Erfahrungen der gemeinsamen Frontstellung gegenüber dem totalitären Staat möglich geworden. Etliche Überlebende der verschiedenen Widerstandsgruppen und -kreise, seien dies aus dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften hervorgegangene Gruppen wie der Ketteler-Haus-Kreis, „Professorenzirkel“ wie die Freiburger Kreise, der militärische Widerstand oder der Kreisauer Kreis, fanden ihren Weg in die Union. Für die Verankerung der Christlichen Demokratie in der Bevölkerung waren die Kirchen zentral, denen es besonders im Falle der katholischen Kirche gelungen war, größere Bevölkerungsgruppen in Distanz zum NS-Regime zu halten. Nachdem die Demokratie in der Bundesrepublik etabliert war, bestand die maßgeblich von Konrad Adenauer betriebene Strategie der CDU darin, direkt neo-nationalsozialistische Strömungen zu bekämpfen, aber umkehrwillige ehemalige NSDAP-Mitglieder zu assimilieren. Für die Opfer des NS-Terrors war dies unbefriedigend und schmerzhaft, aber gesamtgesellschaftlich in der Retrospektive vermutlich der bestmögliche Weg in eine von der westdeutschen Bevölkerung auch innerlich bejahte Demokratie.

## **Forschungs- und Quellenlage**

Die Geschichte der CDU ist mittlerweile in ihren Grundzügen gut erforscht, wozu auch zuletzt der von Norbert Lammert anlässlich des 75-jährigen Gründungsjahres 2020 herausgegebene Band beigetragen hat. Allerdings haben der sorgfältig austarierte innerparteiliche Konfessionsproporz und der vom politischen Gegner anfangs mit Lust erhobene Vorwurf, die CDU sei nichts weiter als ein „neues Zentrum“, dazu geführt, dass konfessionelle Spannungen innerhalb der Union immer weitmöglichst aus der öffentlichen Wahrnehmung herausgehalten wurden. Die prosopographische Forschung zum Fortwirken von Mitgliedern des Widerstands bzw. grundsätzlich des Widerstandes ist dagegen erschöpfend abgehandelt im Sammelband von Günter Buchstab u. a.: „Christliche Demokraten gegen Hitler“, der in 64 Biogrammen die bedeutendsten später in CDU und CSU tätigen NS-Gegner versammelt. Immer noch den besten Überblick zum Gesamtkomplex des Widerstandes Christlicher Demokraten bietet der Ausstellungskatalog: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler. 2. Aufl. Düsseldorf 1990.

Ein zentraler Archivbestand zur Geschichte der Zentrumspartei in Kaiserreich und Weimarer Republik existiert nicht, es gibt aber einen kleinen Bestand im ACDP. Dokumente und Splitter sind verstreut und in der Regel nur in den Personenbeständen wichtiger Zentrums Politiker fassbar, etwa im Nachlass Karl Bachem im Stadtarchiv Köln. Bestände zur Rolle der katholischen Kirche im Dritten Reich finden sich in den verschiedenen Diözesanarchiven, als wichtigstes vielleicht das Historische Archiv des Erzbistums Köln. Gut greifbar sind die wichtigsten Quellen zur Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit dem NS-Regime in den Dokumenteneditionen der Kommission für Zeitge-

schichte (Akten deutscher Bischöfe zur Lage der Kirche). Auf evangelischer Seite ist besonders das Evangelische Zentralarchiv in Berlin zu nennen. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn liegen die meisten der Nachlässe von christlich-demokratischen Politikern aus dem Widerstand, etwa Johannes Albers, Eugen Gerstenmaier, Andreas Hermes u. a.



# Partei Gründung in Ost und West

*Christopher Beckmann*

## **Rahmenbedingungen: Zusammenbruchsgesellschaft, Besatzungsherrschaft, eskalierender „Kalter Krieg“**

„Nicht Parteien oder Gewerkschaften bestimmen unser Leben, [...] sondern einfach der Hunger, nichts als der Hunger. Er ist zum schlimmsten Diktator geworden, es gelten nicht mehr Gesetz, Moral oder gar die Vernunft.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat aus einem Artikel der Kölnischen Rundschau vom 15. August 1947 beschreibt, obwohl rund zwei Jahre nach der Wiedegründung deutscher Parteien entstanden, eindrücklich einen entscheidenden Aspekt der schwierigen Bedingungen, unter denen sich die Wiederingangsetzung des politischen Lebens und damit auch die Gründung der CDU nach Kriegsende 1945 vollzogen: Es handelte sich um eine Partei Gründung in einer „Zusammenbruchsgesellschaft“<sup>2</sup>, nachdem die etablierten Strukturen sich in der finalen Phase des Krieges und des „Dritten Reiches“ nahezu vollständig aufgelöst hatten.<sup>3</sup> Das politische Leben musste zudem in einer unterversorgten „Rationengesellschaft“ wieder in Gang gebracht werden, in der man die kargen Zuteilungen auf Lebensmittelkarten durch „Hamsterfahrten“ oder Schwarzmarktgeschäfte ergänzen musste, um das Überleben sicherzustellen.<sup>4</sup>

Der Krieg hatte ganz Europa in eine „Landschaft des Chaos“ verwandelt und unter anderem als eine „gewaltige Mobilisierungs-, Vertreibungs- und Verschleppungsmaschine“ mit ca. 40 Millionen entwurzelten Menschen gewirkt: Kriegsgefangene, befreite Lagerhäftlinge und Zwangsarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene, Ausgebombte und in der Endphase des Krieges aus den Städten geflohene Frauen und Kinder.<sup>5</sup> Zu der massiven Unterversorgung, die auch zur Ausbreitung von Krankheiten führte, die man zum Teil, wie etwa Typhus und Diphterie, bereits für überwunden gehalten hatte, kamen in den Großstädten die Zerstörungen des Luftkriegs und die daraus resultierenden katastrophalen Wohnverhältnisse. Konrad Adenauer konstatierte später mit Blick auf seine schwer zer-

---

1 Zit. nach Rainer Gries: Die Rationengesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig und Köln nach dem Kriege. Münster 1991, S. 11.

2 Zu den Merkmalen dieser „Zusammenbruchsgesellschaft“ knapp zusammengefasst Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. München 2003, S. 951–954.

3 Zur Endphase des Zweiten Weltkrieges in Deutschland Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45. München 2013, zum Zusammenbruch in der allerletzten Kriegsphase vor allem S. 407–522. Siehe jetzt auch Volker Ullrich: Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches. München 2020.

4 Gries: Rationengesellschaft; Günter J. Tittel: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone 1945–1949. Frankfurt a. M./New York 1990.

5 Keith Lowe: Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950. TB-Ausg. Stuttgart 2016, S. 96.

störte Heimatstadt Köln: „Aus einem Kulturvolk waren wieder Höhlenmenschen geworden.“<sup>6</sup> Hinzu kamen psychische Belastungen durch die Sorge um vermisste Angehörige und kriegsgefangene Soldaten, Trauer um Getötete sowie eine generelle Zukunftsangst. Normen und Werte zerfielen, was sich unter anderem in einer rasant ansteigenden Kriminalitätsrate niederschlug.<sup>7</sup> Von einem „Trümmerhaufen materieller und sittlicher Werte“ sprach der Berliner Gründungsauftrag der CDU, davon, dass ganz Deutschland durch die Schuld Hitlers und seiner Helfer in „ein seelisches und materielles Trümmerfeld“ verwandelt worden sei, die Gründer der Christlichen Volkspartei in Chemnitz.<sup>8</sup>

Die Separierung in Zonen mit anfangs kaum zu passierenden Grenzen, die Zerstörung oder Beschädigung vieler Verkehrswege, die stark beeinträchtigten Kommunikationsmöglichkeiten, der Mangel an Transportmitteln, Treibstoff, Büroräumen und Papier – all das waren weitere Umstände, die in der Zusammenbruchsgesellschaft politische Aktivitäten erschwerten. Damit ist die zweite zentrale Rahmenbedingung angesprochen: Die Revitalisierung des politischen Lebens fand unter einer Besatzungsherrschaft statt. Es gibt in der Geschichte Europas seit dem Mittelalter kaum ein weiteres Beispiel dafür, dass „ein besiegter Staat so vollständig in die Gewalt der Sieger gefallen war“ wie Deutschland im Mai 1945.<sup>9</sup> Nach der bedingungslosen Kapitulation waren die alliierten Militärs zunächst die einzigen, die „reale Macht ausübten“.<sup>10</sup> In ihrer „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945 verkündeten die vier Oberbefehlshaber, man habe die Hoheitsrechte über Deutschland übernommen, „einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“.<sup>11</sup> Daher hingen auch die Zulassung von Parteien und deren Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von der Strategie der jeweiligen Besatzungsmacht in ihrer Zone generell, aber auch vom – zuweilen sogar die Vorgaben „von oben“ geradezu konterkarierenden<sup>12</sup> – Vorgehen ihrer jeweiligen Vertreter vor Ort ab.

Die Politik der Besatzungsmächte entwickelte sich vor dem Hintergrund einer in den vorangegangenen Jahrzehnten völlig aus den Fugen geratenen und schließlich zusammengebrochenen Weltordnung, die durch die neue Ordnung des fast die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmenden Kalten Krieges abgelöst wurde – eines Konflikts, der „nicht überwiegend mit Schusswaffen und Panzern“ sondern „um die Herzen

6 Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*. Stuttgart 1965, S. 21.

7 Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* 4, S. 953.

8 Vgl. *Deutsches Volk! Aufruf zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Berlin, 26. Juni 1945 und *Aufruf an das Volk der Christlichen Volkspartei Kreis Chemnitz*, Juli 1945, beide in: „Ein freies Volk soll wiedererstehen...“. *Dokumente zur Gründung der CDU*. Zusammengestellt von Andreas Grau und Hanns Jürgen Küsters. Sankt Augustin/Berlin 2015, S. 12–17 u. 37–40, die Zitate 12 bzw. 38.

9 Peter Graf Kielmannsegg: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland (Die Deutschen und ihre Nation)*. Berlin 2000, S. 8.

10 Lowe: *Kontinent*, S. 144f.

11 Zit. nach Wolfgang Benz: *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949*, in: Ders. (Hg.): *Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte*. 10., völlig neu bearb. Auflage, Bd. 22. Stuttgart 2009, S. 3–221, hier 56.

12 So hat Anne Martin für die französische Zone konstatiert, dass das Vorgehen der Besatzungsbehörden der „Interessenlage der Pariser Zentrale [...] in einzelnen Bereichen geradezu entgegensteuerte“. Anne Martin: *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Bd. 19)*. Mainz 1995, S. 33.

und Köpfe der Menschen geführt“ wurde.<sup>13</sup> Da Deutschland an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts lag und einer seiner wichtigen Schauplätze war, hatten die wachsenden Differenzen zwischen den Supermächten hier tiefgreifende Auswirkungen.

Dies, wie auch das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs und das Verlangen der Sowjetunion nach materieller Entschädigung für die erlittenen immensen Kriegsschäden, vergrößerten den Dissens der Siegermächte und verhinderten das ursprünglich vereinbarte einheitliche Vorgehen in Deutschland.<sup>14</sup> Der rasche Zerfall der Weltkriegskoalition und das Zerwürfnis zwischen den Führungsmächten USA und Sowjetunion führten zur äußeren Teilung des Landes, bestimmte aber ebenfalls in erheblichem Maße die inneren Weichenstellungen. Dies ließ sich früh auch an den Parteien ablesen<sup>15</sup>, etwa bei der wiedergründeten SPD, wo schon bald Differenzen zwischen den Verbänden in der SBZ und denen in den Westzonen entstanden und deren „östlicher“ Teil im April 1946 unter massivem sowjetischem Druck mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt wurde.<sup>16</sup> Im Fall der CDU trugen die Eskalation des Ost-West-Konflikts und der Gleichschaltungsdruck der sowjetischen Besatzungsmacht ebenfalls zu einer beginnenden und ab 1947 rapide fortschreitenden Entfremdung zwischen den Parteiverbänden in Ost und West bei. Der Kalte Krieg war daher die dritte wesentliche Rahmenbedingung des politischen Neuanfangs und wurde nicht nur zum „Vater der neudeutschen Staatlichkeit“<sup>17</sup>, sondern in gewisser Weise auch des Parteiensystems.

## **Einflussfaktoren**

In der deutschen Bevölkerung der frühen Nachkriegszeit herrschte eine tiefgreifende Skepsis gegenüber Parteien. Sie war zum Teil ein Erbe der negativen Erfahrungen der Weimarer Republik, stand aber auch in der deutschen Tradition des „Unpolitischen“, die in Thomas Manns 1918 erstmals erschienenen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ einen bis heute vielzitierten Ausdruck gefunden hat.<sup>18</sup> Danach galten Parteien nicht als

---

13 Lowe: Kontinent, S. 440. Zur Geschichte des Kalten Krieges John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte. München 2007; Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991. München 2007, sowie neuerdings die fulminante Darstellung von Odd Arne Westad: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. Stuttgart 2019.

14 Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 37.

15 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 35.

16 Bernd Faulenbach: Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung. Essen 1998; Konferenz der Landesbeauftragten sowie Bundesstiftung Aufarbeitung (Hg.): Zwangsvereinigung. Der Zusammenschluss von KPD und SED am 21./22. April 1946 und seine Folgen. Schwerin 2016. Die nach wie vor nicht abgeschlossene Diskussion, ob angesichts der auch bei der damaligen SPD zahlreichen Befürworter einer „Einheit der Arbeiterklasse“ der Begriff „Zwangsvereinigung“ die komplexe historische Realität angemessen beschreibt, kann hier unberücksichtigt bleiben. S. etwa zuletzt „Von der Sowjetunion lernen heißt siechen lernen“, in: Der Spiegel, 21.4.2021, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/geschichte/spd-kpd-sed-war-es-1946-eine-zwangsvereinigung-a-8f67867c-566e-4c30-a089-eae70c536d9c> (Abruf: 24.7.2021).

17 Karl Dietrich Bracher: Einführung, in: ders. (Hg.): Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz. München 1970, S. 6.

18 Hierzu neuerdings Hans-Rudolf Vagel: Das Erbe des „Unpolitischen“. Thomas Mann und die politische Kultur Nachkriegsdeutschlands, in: Heinrich Oberreuter (Hg.): Praeceptor Germaniae. Thomas

Instrumente zur Artikulation politischer Interessen und des Ringens um Kompromisse, Interessenausgleich und konsensfähige Lösungen, sondern als Ausdruck von Partikularinteressen zu Lasten eines wie auch immer zu definierenden nationalen Interesses oder „Volkswohls“. 1950 befürworteten gerade einmal 53 Prozent der befragten Bundesbürger ein Mehrparteiensystem, während beachtliche – und bedenkliche! – 25 Prozent einen Einparteienstaat präferierten.<sup>19</sup>

Hinzu kam eine verbreitete Abneigung gegenüber aktiver politischer Betätigung, die aus den Erfahrungen von Verführung, Irreleitung, Missbrauch und Schuld in der jüngsten Vergangenheit herrührten. So wurde noch in einer CDU-internen Analyse des Ausgangs der ersten Bundestagswahl 1949 im östlichen Westfalen festgehalten, man habe mancherorts „Vorstände nur mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten“ bilden können, da „die gesamte männliche Bevölkerung, soweit sie nicht aus Dorftrotteln und Mümmelgreisen bestand, Mitglieder der NSDAP“ gewesen sei und „gegenüber einer parteipolitischen Organisation nunmehr die allergrößte Zurückhaltung“ zeige.<sup>20</sup>

Auch wenn man darum schwerlich davon sprechen kann, die Nachkriegsjahre in Europa seien „auf allen Ebenen der Gesellschaft von überschäumendem Tatendrang und Idealismus geprägt“ gewesen, so ist es doch zutreffend, dass „Dutzende neue politische Bewegungen und Parteien entstanden, von denen einige das politische Denken im kommenden halben Jahrhundert gestalten sollten“.<sup>21</sup> Zu diesen neuen politischen Kräften gehörte in Deutschland zuvörderst die Christlich-Demokratische Union, die sich zu einer der einflussreichsten und erfolgreichsten Parteien Europas entwickelte und die Gestaltung der Bundesrepublik maßgeblich prägte.<sup>22</sup>

Ein Charakteristikum der CDU war, dass ihre Gründung nicht zentral erfolgte. Stattdessen entstand die neue Partei aus zahlreichen „Gründungskernen“, die sich zunächst unabhängig voneinander entwickelten und sich in ihrem Entstehungszeitpunkt, ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Entwicklung wie auch – abgesehen von wichtigen Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen – in ihrer programmatischen Ausrichtung zum Teil erheblich unterschieden.<sup>23</sup> Zu den bekanntesten, anderen Gründerkreisen nicht selten als Vorbild oder zumindest Anregung dienenden Aufrufen gehören sicher der Berliner Aufruf, die Kölner Leitsätze und die Frankfurter Leitsätze.<sup>24</sup> Sie erhoben den Anspruch, über

---

Mann und die politische Kultur der Deutschen (Tutzing Studien zur Politik. Bd. 3). Baden-Baden 2019, S. 99–120; vgl. jetzt auch Miriam Kaluza: Zwischen Geist und Macht. Orientierungssuche und Standortbestimmungen konservativ-bildungsbürgerlicher Autoren in Deutschland (1930–1950) (Literatur–Kultur–Theorie. Bd. 30). Baden-Baden 2020, v. a. Kap. E: Die einsetzende Krise der „unpolitischen“ Weltdeutung nach 1945 (S. 383–408).

19 Vgl. Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 59.

20 ACDP Bestand LV Westfalen-Lippe 03-002-057/1.

21 Lowe: Kontinent, S. 86.

22 Zur Geschichte der Partei Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993; Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. München 2002; zuletzt Norbert Lammert (Hg.): Christlich-Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020; siehe auch die vielfältigen Beiträge und Dokumente auf dem entsprechenden Themenportal der Konrad-Adenauer-Stiftung: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/home>.

23 Der Begriff der „Gründungskerne“ stammt von Kleinmann: Geschichte der CDU. Zum Folgenden siehe ebd., S. 23–49. Eine Auswahl an Gründungsdokumenten ist zusammengestellt in: „Ein freies Volk soll wiedererstehen ...“.

24 Alle in: „Ein freies Volk soll wiedererstehen ...“.

den regionalen Rahmen hinaus wirksam zu werden: Der Berliner Aufruf trug die Überschrift „Deutsches Volk!“, die Kölner Leitsätze bezeichneten sich als „Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands“. Und Konrad Adenauer, der sich in den ersten Nachkriegsmonaten bei Gründung und Aufbau der CDU im Rheinland nach außen hin merklich zurückhielt, verfolgte parallel dazu bereits „überregionale Parteipläne“.<sup>25</sup>

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen waren es vor allem vier Faktoren, die Entstehung und Entwicklung dieser „Gründungskerne“ beeinflussten: an erster Stelle die *Politik der Besatzungsmächte*, sodann zweitens die *regionalen und lokalen Strukturen* – zum Beispiel die Wirtschafts-, Sozial- und Konfessionsstruktur – und die damit zusammenhängenden politischen Traditionen. Ein weiterer, dritter Faktor waren die individuell wie kollektiv durchlaufenen *Lernprozesse während der NS Zeit* und die daraus gezogenen Konsequenzen. In diesem Zusammenhang spielten viertens – damit eng zusammenhängend – die *Persönlichkeiten*, mit ihren jeweiligen Prägungen, Erfahrungen und Überzeugungen, aber auch ihrer individuellen Durchsetzungsfähigkeit eine Rolle. Im komplizierten und unübersichtlichen „Handlungs- und Ereignisgeflecht“ der frühen Nachkriegszeit<sup>26</sup> übten diese Faktoren von Fall zu Fall durchaus divergierende, oftmals kaum trennscharf voneinander abzugrenzende Einflüsse auf die Entstehung und Entwicklung der zahlreichen „Gründungskerne“ der CDU aus.

## Besatzungsmächte

Dass die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone besonders massiven Einfluss auf die Ausgestaltung des politischen Systems und des Parteiensystems sowie auf die Parteien nahm, ist unstrittig.<sup>27</sup> Ähnliches gilt aber auch für die westlichen Siegermächte in ihren jeweiligen Zonen. So wurde festgestellt, die Westmächte hätten, „fearful of reaction, revolution, nationalism and fragmentation“, das Parteiensystem in ihrem Einflussbereich „much more firmly guided“ als lange angenommen. Man sei bestrebt gewesen, das Aufkommen beziehungsweise den Erfolg sowohl reaktionärer als auch revolutionärer Parteien zu verhindern, den Einfluss nationalistischer Persönlichkeiten in entstehenden Parteien einzudämmen und sich bemüht, Zahl und Einfluss von Splitterparteien zu begrenzen.<sup>28</sup>

Dass man demokratische Parteien in einem besiegten Deutschland wieder zulassen wollte, hatten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 grundsätzlich vereinbart, ohne dafür einen bestimmten Zeithorizont

25 Horstwalter Heitzer: Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programmatik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 12). Düsseldorf 1988, S. 48; Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 500, 518.

26 Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 34.

27 Stefan Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Bd. 3). Weimar/Köln/Wien 1996. Generell Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997; am Beispiel der sächsischen CDU Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht, in: HPM 7 (2000), S. 109–133.

28 Daniel E. Rogers: Politics after Hitler. The Western Allies and the German Party Systems. London 1995, das Zitat S. IX f.

festzulegen.<sup>29</sup> Die Sowjetunion war die erste Besatzungsmacht, die mit SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Gründung verschiedener politischer Parteien in ihrer Zone zuließ. Sie wurden in einem „antifaschistischen demokratischen Block“ zusammengefasst, um Koalitionsbildungen gegen die KPD bzw. später SED unmöglich zu machen.<sup>30</sup> Im Lizenzierungsverfahren mussten sich die Parteien zu dauerhafter, konsensorientierter Zusammenarbeit verpflichten. Dass der KPD und dann der SED die „führende Rolle“ im „Block“ zugesprochen wurde, kam einem „implizit verhängten Oppositionsverbot“ gleich.<sup>31</sup> Dennoch waren viele deutsche Kommunisten, die eine sofortige Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild erwartet hatten, überrascht und zum Teil auch geschockt „von dem breiten Angebot an politischen Optionen, das die Sowjets zuließen“.<sup>32</sup> Neben KPD und SPD wurden mit der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) auch zwei „bürgerliche“ Parteien erlaubt. Ziel dieser sowjetischen „Präventivmaßnahme“ war es einerseits, früher als die anderen Besatzungsmächte die politische Initiative im besetzten Deutschland zu ergreifen. Andererseits wollte man sämtliche politischen Aktivitäten kontrollieren können.<sup>33</sup> Tatsächlich sahen sich die Westmächte durch das überraschende Vorpreschen unter Druck gesetzt. Dass es auch unter ihnen keine enge Abstimmung der Vorgehensweise gab, zeigt die Tatsache, dass die Zulassung von Parteien auf Zonenebene in der US-Zone am 27. August, in der britischen am 14. September und in der französischen erst am 13. Dezember 1945 erfolgte. Dennoch gab es auch in den Westzonen sehr bald nach Kriegsende Initiativen zur (Wieder-) Gründung von Parteien. Diese wurden trotz der Instruktionen, vorerst keine politischen Aktivitäten von Deutschen zuzulassen, häufig stillschweigend, gelegentlich auch ausdrücklich von den örtlichen Militärbefehlshabern geduldet.<sup>34</sup>

Auf die Konstituierung der CDU in Berlin am 26. Juni 1945 reagierten zumindest zum Teil auch die sowjetischen Besatzungsbehörden, vor allem aber die deutschen Kommunisten mit Überraschung – anscheinend waren manche Vertreter von einer Restitution des Zentrums statt einer überkonfessionellen christlich-bürgerlichen Sammlungspartei ausgegangen.<sup>35</sup> So musste im brandenburgischen Cottbus auf Verlangen sowjetischer Besatzungsoffiziere zunächst die Zentrumsparterie (wieder-) gegründet werden, ehe es auch hier am 21. August 1945 zur Gründung der ausdrücklich überkonfessionellen CDU kam.<sup>36</sup>

29 Zu Jalta, den dortigen Beschlüssen und den Folgen Jost Dülffer: Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt (20 Tage im 20. Jahrhundert). München 1998.

30 Siehe hierzu den jahrzehntelange eigene Forschungen resümierenden Überblick von Siegfried Suckut: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1990. Leipzig 2018.

31 Gerhard Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: HPM 6 (1999), S. 109–137, hier 110f., das Zitat 111. Siehe auch Norman M. Naimark: The Soviets and the Christian Democrats: The Challenge of a „Bourgeois“ Party in Eastern Germany, 1945–1949, in: East European Politics and Society 9 (1995), S. 369–392.

32 Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 328.

33 Ebd., S. 19.

34 Rogers: Politics after Hitler, S. 22–24; Martin: Französische Besatzungspolitik, S. 132.

35 Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU, S. 112.

36 Katrin und Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg, in: HPM 6 (1999), S. 79–107, hier 103.

Auch im bereits am 11. Juni 1945 veröffentlichtem Gründungsaufwurf der KPD wurde ausdrücklich die Zentrums-Partei als zukünftige politische Kraft in Deutschland genannt.<sup>37</sup>

Seitens der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wurde die CDU wegen ihrer Verwurzelung im christlichen Milieu, ihrer Verbindungen zu den Kirchen als nach wie vor unabhängigen Institutionen und auch ihrer von Anfang an aktiv betriebenen Frauenpolitik – angesichts des kriegsbedingten Frauenüberschusses ein Faktor von nicht geringer Bedeutung – als wichtigste Konkurrentin der Kommunisten und „Hauptwidersacher im bürgerlichen Lager“ betrachtet.<sup>38</sup> Dies galt verstärkt, nachdem durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 diese zur zahlenmäßig größten Partei in Deutschland und stärksten politischen Kraft in der sowjetischen Zone geworden war.<sup>39</sup> Trotz zahlreicher Behinderungen und Diskriminierungen durch die SMAD – von unzureichender Ausstattung mit Papier und Treibstoff über die Streichung einzelner Kandidaten von der Wahlliste bis hin zur Nichtregistrierung von Ortsgruppen, die dann keine Wahlvorschläge einreichen durften – hatten die beiden „bürgerlichen“ Parteien bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ im Herbst 1946 beachtliche Stimmenanteile erzielen können.<sup>40</sup> Allerdings hatte die CDU bei den Kreis- und Gemeindewahlen nur in ca. 2.100 der rd. 11.600 Gemeinden antreten können, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt über etwa 4.050 funktionierende Ortsgruppen verfügte.<sup>41</sup> In Sachsen konnte sie beispielsweise nur rd. 70 Prozent der Wahlberechtigten erreichen.<sup>42</sup>

Nach der Absetzung der ersten beiden Vorsitzenden-Duos – Andreas Hermes und Walther Schreiber, dann Jakob Kaiser und Ernst Lemmer – erfolgte die Ausschaltung ihrer Anhänger, von denen viele verhaftet wurden und zahlreiche andere in den Westen gingen.<sup>43</sup> Der Einfluss der CDU – wie auch der LDPD – wurde zudem durch eine Strategie der Differenzierung des „bürgerlichen“ Lagers weiter zurückgedrängt. Zu diesem Zweck wurden 1948 mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) zwei weitere „Blockparteien“ gegründet, die von Anfang an von der SED kontrolliert wurden und deren Führungspersonal man sogar zum Teil aus ihren Mitgliedern rekrutierte.<sup>44</sup>

37 Der Wortlaut des KPD-Gründungsaufwurfs ist abrufbar unter: <https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Parties%20SZ%201%20GER.pdf> (Abruf: 25.6.2021).

38 Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU, S. 113.

39 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 44–76. Zur Geschichte der CDU in der DDR umfangreiche Literaturangaben unter <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/cdu-in-der-sbz-ddr1> (Abruf: 26.1.2021); siehe ferner den Literaturbericht von Oliver Salten: Die CDU in der DDR im Lichte der Forschung (1990–2015), in: HPM 22 (2015), S. 343–408.

40 Zu Form und Ausmaß der Behinderungen der „bürgerlichen“ Parteien im Vorfeld der Wahlen durch die SMA Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 415–423 und Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 60–76.

41 Günter Braun: Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990, S. 381–431, hier 385.

42 Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU, S. 117 f. Eine Auflistung nicht zugelassener Ortsgruppen der CDU in Sachsen findet sich in: ACDP LV Sachsen 03-035-040.

43 Vgl. Ralf Baus: Die Christliche-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 36). Düsseldorf 2001, S. 421–427.

44 Suckut: Blockparteien, S. 67–69. Zur Entstehung der NDPD Bernd Gottberg: Die Gründung und die

In der französischen Zone wurden mit SPD, CDU, KPD und einer liberalen Partei ebenfalls nur vier Parteien zugelassen, um eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems zu vermeiden.<sup>45</sup> Dass man auch Anträge auf eine Wiederzulassung des Zentrums nicht bewilligte, war ferner dem Ziel geschuldet, den traditionell starken Einfluss der katholischen Kirche im Südwesten zu beschränken.<sup>46</sup> Die neugegründete CDU musste daher – anders als in anderen Regionen – hier anfangs nicht mit dem wiedergegründeten Zentrum um die katholischen Wähler konkurrieren. Zudem legten die französischen Besatzungsbehörden Wert darauf, dass sich eine christlich-demokratische Partei in ihrer Programmatik deutlich vom alten Zentrum unterscheiden müsse.<sup>47</sup>

Da die Franzosen zunächst am vehementesten von allen Besatzungsmächten einen Kurs der Dezentralisation und der „unbedingten Präjudizierung des Föderalismus“ verfolgten<sup>48</sup>, machten sie es den Parteien in ihrer Zone zur Auflage, sich auf ihre jeweilige Region zu beschränken und untersagten inner- und vor allem interzonale Verbindungen – bei allerdings recht häufigen Ausnahmen und oftmals stillschweigender Hinnahme der zahlreichen Verstöße. Darüber hinaus führte die Bevorzugung föderalistischer Auffassungen dazu, dass die in dieser Hinsicht sehr eindeutige rheinland-pfälzische CDU die vorrangige Unterstützung der französischen Besatzungsmacht genoss, obwohl diese in anderen politischen Fragen der Sozialdemokratie näherstand.<sup>49</sup> Bis zur Gründung der Bundesrepublik kam es in der französischen Zone zu keinem organisatorischen Zusammenschluss der dortigen CDU-Landesverbände mit einem entsprechenden politischen Gremium an der Spitze<sup>50</sup>, auch weil historische Bindungen oder Zusammengehörigkeitsgefühle zwischen Baden, Württemberg, der Pfalz und den betreffenden Teilen des Rheinlands fehlten.<sup>51</sup> In der britischen Zone hingegen konstituierte sich – nicht zuletzt auf ausdrückliche Aufforderung der dortigen Besatzungsmacht – bereits am 22. Januar 1946 ein „Zonenausschuss“ der CDU als Zusammenschluss der dort entstandenen Landesverbände.<sup>52</sup> Dieser organisatorische Vorsprung war neben der Person Konrad Adenauers einer der Gründe dafür, dass die CDU der britischen Zone zur neben der SPD schlagkräftigsten Parteiorganisation Westdeutschlands werden konnte und bei Gründung der Bundesrepublik nach den Worten ihres 2. Zonenvorsitzenden Friedrich Holzapfel „das Rückgrat

---

ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1995, S. 73–87; zur Gründung der DBD Konrad Kühne: Die Anfänge der DBD, ebd., S. 89–102, eingehend zur DBD Theresia Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte. Bd. 64). München 2003. Siehe auch ihren Beitrag im vorliegenden Band.

45 Rogers: Politics after Hitler, S. 122–125.

46 In internen Papieren war gar von einer „Diktatur der Kirche“ die Rede. Vgl. Martin: Französische Besatzungspolitik, S. 136 f.

47 Ebd., S. 133 f.

48 Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 137.

49 Martin: Französische Besatzungspolitik, S. 139.

50 Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 67 f.

51 Martin: Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, S. 5. Gleiches galt übrigens für die SPD in der französischen Zone, deren führende Vertreter ebenfalls „an einem zonalen Zusammenschluss nicht interessiert waren“. Katrin Kusch: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951) (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Bd. 14). Mainz 1989, S. 110.

52 Heitzer: Die CDU in der britischen Zone, S. 417–444.

unserer Union“ bildete<sup>53</sup>. Aber auch innerhalb derselben Zone gab es – vor allem in den ersten Nachkriegswochen – durchaus unterschiedliche Vorgehensweisen der örtlichen Kommandanten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Entstehung von Parteien und deren Ausgangslage. So erteilte der britische Stadtkommandant von Dortmund, Oberst Wilson, bereits am 29. Mai 1945, mehrere Monate vor der offiziellen Zulassung von Parteien in der britischen Zone am 15. September, die Erlaubnis zur Einrichtung von Parteibüros, die frühere Parteimitglieder registrieren durften, sich ansonsten aber jeglicher politischen Aktivität zu enthalten hatten.<sup>54</sup> Die CDU-Gründer beantragten deshalb dort zunächst formell die Zulassung des Zentrums, betonten aber ausdrücklich, eine überkonfessionelle christliche Partei schaffen zu wollen.<sup>55</sup> In der französischen Zone, wo die offizielle Zulassung aufgrund der besonders rigiden Haltung der Regierung in Paris noch einmal drei Monate später erfolgte, zeigten sich die untergeordneten Dienststellen oft ebenfalls deutlich konzilianter und tolerierten vielfach stillschweigend „vorbereitende Organisationsarbeiten“ von CDU, SPD oder KPD.<sup>56</sup> Auch die SMAD war kein „monolithischer Besatzungsapparat“ und ihre konkrete Politik vor Ort daher „weit vielfältiger“, als lange angenommen.<sup>57</sup>

Dass sich der Name „Christlich-Demokratische Union“ – mit Ausnahme Bayerns – um die Jahreswende 1945/46 deutschlandweit durchsetzte, hatte übrigens ebenfalls mit den Besatzungsmächten, ihrer Politik und ihren wachsenden Differenzen zu tun. In den ersten Nachkriegswochen waren bei den zahlreichen lokalen und regionalen Gründungen verschiedene Namen gebräuchlich gewesen, etwa „Christlich-Soziale Volkspartei“ (Dresden, Mainz), „Christlich-Demokratische Partei“ (Köln, Hamburg), „Christliche Volkspartei“ (Chemnitz), „Christliche Volksvereinigung“ (Rheingau). Seitens der SMAD wurde die vom Berliner Gründerkreis im August 1945 gewählte Bezeichnung „Christliche-Demokratische Union“ für die gesamte Zone festgeschrieben. Da der sowjetische Druck auf die Parteifreunde in der SBZ mittlerweile klar erkennbar war, entschied das erste „Reichstreffen“ der Christlichen Demokraten in Bad Godesberg (14.–16. Dezember 1945), den Namen für ganz Deutschland anzunehmen, um „insbesondere die Verbundenheit mit unseren politischen Freunden im Osten zu bekunden“.<sup>58</sup> Da die führenden Persönlichkeiten der CDU der SBZ von der Besatzungsmacht keine Reiseerlaubnis erhalten hatten, waren in Bad Godesberg nur Mitglieder des Berliner Gründungskreises anwesend, die sich bereits im Westen aufhielten. Auch Vertreter aus der französischen Zone konnten nicht teilnehmen. In Rheinland-Pfalz kam es daher noch im Vorfeld des Zusammenschlusses der christlich-demokratischen Parteigründungen auf Landesebene im Februar 1947 zu heftigem Streit um den Namen. Schließlich wurde hier auch bei den stark föderalistisch und pro-französisch eingestellten Kreisen die Bezeichnung „CDU“

53 Protokoll der Tagung des Zonenausschusses der CDU in Königswinter (2./3.6.1949), in: ACDP NL Bruno Dörpinghaus 01-009-004/1.

54 Hans Graf: Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik. Bd. 5). Hannover 1958, S. 57.

55 Schreiben von Anton Gilsing und Lambert Lensing an Oberst Wilson vom 29. Mai 1945, in: ACDP LV Westfalen-Lippe 03-002-049/1.

56 Martin: Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, S. 42–51, hier 43.

57 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 40; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 329.

58 Entschließung Nr. 1, in: Karl Zimmermann: Die erste Reichstagung der CDU am 14., 15. und 16. Dezember 1945 (Schriftenreihe der CDU des Rheinlands. Bd. 3). Köln 1946, S. 12.

anstelle der konkurrierenden Bezeichnung „Christlich-Demokratische Partei“ akzeptiert, auch deshalb, weil die von Konrad Adenauer geführte CDU in der britischen Zone gezeigt hatte, dass die Bezeichnung „Union“ nicht notwendigerweise für „nationalistische und unitarische“ Tendenzen stand.<sup>59</sup>

## Regionale und lokale Strukturen und Traditionen

Trotz der massiven Einflussnahme seitens der Besatzungsmächte wurde das Parteiensystem – wie auch das politische System insgesamt – keineswegs allein von außen geprägt. Auch deutsche Traditionen und die nicht selten komplexe Mischung interner und externer Faktoren waren, wie sich in der Rückschau erkennen lässt, Voraussetzungen für den nachhaltigen Erfolg der Bundesrepublik als funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.<sup>60</sup> Mit Blick auf die amerikanische Zone hat John Gimbel festgestellt, die Entwicklungen dort hätten sich vollzogen in „der fortwährenden Wechselwirkung von Aktion und Reaktion zwischen Amerikanern und ihren Alliierten einerseits und Amerikanern und Deutschen andererseits“.<sup>61</sup> Ähnliches kann auch mit Blick auf andere Zonen festgestellt werden.

In überwiegend katholischen Regionen, in denen vor 1933 die Zentrumspartei stark gewesen war, konnte die CDU oftmals auf deren früheres Personal und erhalten gebliebene, häufig informelle Strukturen zurückgreifen. In Teilen der britischen und der amerikanischen Zone musste sie sich allerdings zumindest in den Anfangsjahren mit dem wiedergegründeten Zentrum als Konkurrenz auseinandersetzen.<sup>62</sup> Wo die Konfessionsstruktur – wie zum Beispiel in Dortmund – gemischt war, war die Neigung zu konfessionsübergreifender Zusammenarbeit häufig stärker ausgeprägt, nicht zuletzt aufgrund gemeinsamer Erfahrungen in der NS-Zeit.<sup>63</sup> Zugleich spielte hier die soziale Struktur eine nicht unerhebliche Rolle. Gerade Dortmund – wie das hochindustrialisierte Ruhrgebiet generell – war vor 1933 eine der Hochburgen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewesen. Die führenden Vertreter des Zentrums hier hatten im sogenannten Gewerkschaftsstreit zur Zeit des Kaiserreichs, als um die Frage gerungen worden war, ob sich die katholischen Arbeiter mit ihren protestantischen Kollegen in christlichen Gewerkschaften zusammenschließen sollten, mehrheitlich der „Köln-Mönchengladbacher Richtung“ zugeneigt, die eine solche Öffnung befürwortet hatte.<sup>64</sup> Auch das war ein

---

59 Martin: Französische Besatzungspolitik, S. 147f.

60 Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 57.

61 John Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949. Frankfurt a. M. 1971, S. 12.

62 Dazu nach wie vor Ute Schmidt: Zentrum oder CDU? Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin). Opladen 1987.

63 Christopher Beckmann: Lambert Lensing (1889–1965). Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe, in: HPM 14 (2007), S. 153–186, hier 164–166. Siehe auch den Beitrag von Wolfgang Tischner in diesem Band. Zur Gründung in Dortmund eingehend Michael Baus: Gründung und Aufbau der CDU in Dortmund 1945–1946, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 79 (1988), S. 145–177.

64 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 465–468. Zu einem der damaligen Protagonisten, auf den sich viele Unionsverfechter nach 1945 beriefen, Bernhard Forster: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschaft-

Grund, warum hier die Idee einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei mit starkem sozialen Anspruch zahlreiche Anhänger fand. Einige aus der Tradition der Christlichen Gewerkschaften und dem linken Zentrumsflügel stammende Persönlichkeiten brachten auch das Konzept einer großen, die Sozialdemokraten einschließenden Partei nach dem Vorbild der britischen Labour-Party ins Gespräch.<sup>65</sup> Allerdings war dies keine sonderlich realitätstaugliche Option, nicht zuletzt angesichts einer SPD, deren traditionsbewusste, in Kaiserreich und Weimarer Republik politisch sozialisierte Führungspersönlichkeiten den sofortigen Wiederaufbau der Parteiorganisation betrieben.<sup>66</sup> Entsprechend spielte das „Labour-Partei-Konzept“ spätestens ab Ende 1945 kaum noch eine Rolle.<sup>67</sup>

In manchen überwiegend protestantischen Regionen der westlichen Zonen wie etwa dem Bergischen Land, Rheinhessen oder der Pfalz wiederum neigten nicht wenige Katholiken und Angehörige des einflussreichen katholischen Klerus anfangs dazu, angesichts der Diaspora-Situation eine Wiedergründung des Zentrums als Vertretung katholischer Interessen zu bevorzugen.<sup>68</sup> In der Pfalz fassten zudem evangelische Politiker zunächst eine Neuauflage des in der Endphase der Weimarer Republik entstandenen, dezidiert protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) ins Auge.<sup>69</sup> Auch in Teilen der britischen Zone erwogen protestantische Kreise und evangelische Geistliche zumindest zeitweilig die Bildung einer evangelischen Rechtspartei.<sup>70</sup>

Im Nordwesten Deutschlands, wo ihre Anziehungskraft auf das bürgerlich-protestantische Lager anfangs unterdurchschnittlich war und die britische Besatzungsmacht die Parteienzahl nicht so rigoros beschränkte wie Franzosen und Sowjets, sah sich die CDU daher zu Kooperationen veranlasst. So trat sie in Hamburg bei der ersten Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946 gemeinsam mit FDP und Deutscher Konservativer Partei (DKP) als „Vaterstädtischer Bund Hamburg“ (VDH) an. Das Bündnis wurde bei der nächsten Wahl (28. September 1949) erneuert, vier Jahre später schließlich firmierte man gemeinsam mit FDP, Deutscher Partei (DP) und dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) als „Hamburg-Block“.<sup>71</sup> In Schleswig-Holstein und Niedersachsen gelang in den 1950er Jahre in Koalitionen unter anderem mit BHE und DP die Regierungsübernahme. In Niedersachsen überließ man 1955 der DP – mit der man auf Bundesebene bereits seit 1949 koalierte – in Person von Heinrich Hellwege das Amt des Ministerpräsidenten.<sup>72</sup> Um

---

ter, Zentrums Politiker, Mitbegründer der Unionsparteien (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 41). Düsseldorf 2003, S. 89–137.

65 Ein Überblick über die „Labour-Party“-Bestrebungen findet sich bei Schmidt: Zentrum oder CDU?, S. 159–175.

66 Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848–1990, 7. Aufl. Bonn 1991, S. 175.

67 Schmidt: Zentrum oder CDU, S. 159.

68 Ebd., S. 199 ff. Siehe in diesem Zusammenhang neuerdings zur Gründung der CDU in Wuppertal Winfried Herbers: Der CDU-Politiker Otto Schmidt (1902–1984). Zwischen religiöser Motivation und Sachpolitik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 72). Düsseldorf 2020, S. 57–64, hier v. a. 60; zu Rheinhessen-Pfalz Anne Martin: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, S. 68–87.

69 Martin: Französische Besatzungspolitik, S. 135. Zum CSVD immer noch maßgebend Günther Opitz: Der Christliche-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 37). Düsseldorf 1969.

70 Hierzu Reinhard Schmeer: Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren, Köln 2001, hier besonders S. 194 und 201 ff.

71 Helmut Stubbe-da Luz: Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich-De-mokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985.

72 Zur Geschichte der DP immer noch grundlegend Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung

1960 war es dann schließlich gelungen, diese norddeutsche bürgerliche Konkurrenzpartei – wie auch den nicht auf Norddeutschland beschränkten BHE<sup>73</sup> – „aufzusaugen“ und ihre Funktionäre, Mitglieder und Wähler weitgehend zu integrieren.

In der ebenfalls überwiegend protestantisch geprägten Sowjetischen Besatzungszone hingegen, wo das Zentrum nicht zugelassen wurde, war der Anteil der Katholiken unter den CDU-Gründern und -Mitgliedern im Verhältnis ihrem Anteil an der Bevölkerung von Anfang an weit überdurchschnittlich.<sup>74</sup> Besonders in Thüringen<sup>75</sup>, wo der Landesverband der CDU wie in Sachsen nach dem Besatzungswechsel von den US-Amerikanern zu den Sowjets gegründet wurde (am 20. Juli 1945), war für die neue Partei eine überproportional katholische Prägung kennzeichnend. Obwohl nur knapp 17 Prozent der Bevölkerung katholisch waren, lag der Katholikenanteil in der CDU-Mitgliederschaft Ende 1946 bei rd. 47 Prozent.<sup>76</sup> Grund dafür war, dass im Land mit dem Eichsfeld und dem in der Thüringer Rhön gelegenen Geisaer Amt zwei überwiegend katholische Regionen existierten, die Hochburgen des Zentrums gewesen waren und in denen die CDU einen weit überdurchschnittlichen Zulauf erhielt. Im Eichsfeld etwa erreichte man bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 Ergebnisse von über 60 Prozent. Die Kehrseite war, dass die Thüringer CDU, in deren Landesvorstand Katholiken ebenfalls überproportional vertreten waren, weithin als Fortsetzung des Zentrums galt, was offenbar viele Protestanten von einer Wahlentscheidung zu ihren Gunsten abhielt. Landesweit kam sie daher auf Ergebnisse von lediglich 18,2 bzw. 18,9 Prozent.

Ähnliche Probleme gab es in Brandenburg, wo wegen des weit überproportionalen Anteils an Katholiken die CDU ebenfalls vielfach als Wiederauflage des Zentrums begarwöhnt wurde.<sup>77</sup> Die Gründung des Landesverbandes fand hier – vor allem bedingt durch massive Kommunikations- und Verkehrsprobleme in dem überwiegend dünn besiedelten Land – später statt als in den anderen Ländern der SBZ, nämlich erst am 16. Oktober 1945. Auch die Mitgliederzahl lag zunächst deutlich niedriger.<sup>78</sup> Neben den konfessionellen Vorbehalten hatten die Schwierigkeiten im Parteaufbau auch damit zu tun, dass in der brandenburgischen KPD die Vorgaben der Moskauer Exilführung, im Rahmen der „Blockpolitik“ die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften zu suchen, anfangs nicht ankamen beziehungsweise nicht befolgt wurden. Die Kooperation mit CDU und LDPD wurde häufig abgelehnt und nicht selten auch versucht, deren Zu-

---

und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 29). Düsseldorf 1965.

73 Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft. Bd. 5). Meisenheim 1968.

74 Baus: Die Christlich-Demokratische Union, S. 120 f.

75 Zum Folgenden Bertram Triebel: Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR. Blockpartei mit Eigeninteresse. 2. Aufl. Sankt Augustin/Berlin 2020, S. 25–33.

76 Wahrscheinlich war er noch höher, da bei manchen Statistiken der Thüringer CDU das Eichsfeld nicht berücksichtigt wurde, da sonst deutlich geworden wäre, dass der Katholikenanteil bei über 50 Prozent lag. Vgl. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer katholischen Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen. Bd. 90). Paderborn u. a. 2001, S. 205 f.

77 Katrin und Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945, S. 102.

78 Ebd., S. 79 f.

lassung durch die örtlichen Kommandanturen zu verhindern.<sup>79</sup> Daher wurde auch der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in Brandenburg erst vergleichsweise spät gegründet, am 22. November 1945.<sup>80</sup>

Im mecklenburgischen Greifswald hingegen wurde die kleine katholische Minderheit durch das Engagement eines Geistlichen an die bereits am 24. Juni 1945 gegründete „Demokratische Partei“, aus der bald darauf die CDU hervorging, herangeführt. Auch die kommunistische Partei zeigte sich hier frühzeitig deutlich kooperationsbereiter; so referierte auf der Gründungsversammlung der Demokraten ein führendes KPD-Mitglied über das Programm seiner Partei. Bereits am folgenden Tag wurde in Greifswald der „Block“ gebildet. Als allerdings ein Dreivierteljahr später die in Mecklenburg-Vorpommern besonders starke CDU ein zu ernster Konkurrent geworden war, wurde einer ihrer prominentesten Vertreter, der Greifswalder Theologie-Professor Ernst Lohmeyer, im Februar 1946 verhaftet, zum Tode verurteilt und am 19. September 1946 erschossen.<sup>81</sup>

Dass die CDU zumindest in manchen Teilen Deutschlands nicht nur konzeptionell und programmatisch eine neue Partei war, sondern auch personell, zeigte sich etwa in Sachsen. Zwar spielten auch hier auf der Führungsebene Persönlichkeiten eine Rolle, die bereits in der Weimarer Republik parteipolitisch aktiv gewesen waren. Von den 59.120 Mitgliedern jedoch, die am 1. Dezember 1946 der sächsischen Union angehörten, waren 95,4 Prozent vor 1933 parteilos gewesen.<sup>82</sup> In Thüringen lag der Anteil zum gleichen Zeitpunkt bei rund zwei Dritteln.<sup>83</sup>

In manchen Gebieten Deutschlands sorgten die erwähnten Wanderungsbewegungen infolge von Kriegswirren, Flucht und Vertreibung für eine „Erosion der lokalen Traditionen“ und zum Teil tiefgreifende Veränderungen der jeweiligen regionalen Bevölkerungsstruktur – teils vorübergehend, teils dauerhaft.<sup>84</sup> Auch sie beeinflussten durchaus die politische Entwicklung und die Ausgestaltung des Parteiensystems auf der lokalen Ebene.

## Erfahrungen

Anders als etwa bei der Sozialdemokratie oder den Kommunisten hatten weder das Zentrum noch die anderen Parteien in nennenswertem Umfang während der NS-Herrschaft illegale Strukturen oder Exilorganisationen aufgebaut, an die nach dem Ende des Zwei-

79 Ebd., S. 89.

80 Ebd., S. 106.

81 Baus: Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone, S. 132f. Zu Lohmeyer zuletzt James P. Edwards: *Between the swastika and the sickle. The Life, Disappearance and Execution of Ernst Lohmeyer*. Grand Rapids 2019. Lohmeyer wurde am 15. August 1996 von der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft postum rehabilitiert.

82 Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: HPM 2 (1995), S. 83–117, hier 113. Berechnungsgrundlage ist die Zusammenstellung „Parteizugehörigkeit vor 1933 der Mitglieder des Landesverbandes“, in: ACDP Bestand CDU in der SBZ/DDR 07-011-799.

83 Triebel: Die Thüringer CDU, S. 26. Datengrundlage ist hier der Jahresbericht 1946 des Landesverbandes vom 10. Januar 1947, in: ACDP LV Thüringen 03-031-138.

84 Siehe bei Harald Jähner: *Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955*. Berlin 2019, das Kapitel „Das große Wandern“, v. a. S. 119, das Zitat ebd., S. 98. Zahlen bei Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München 2014, S. 551 ff.

ten Weltkrieges hätte angeknüpft werden können. Hinzu kam die Diskreditierung oder Belastung früherer bürgerlicher und konservativer Parteien durch die zumindest temporäre Kooperation mit den Nationalsozialisten oder die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933<sup>85</sup>. Allerdings trug die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung, Gewaltherrschaft, Krieg und Zerstörung, aber auch von Beharren, dem Aufbau beziehungsweise der Aufrechterhaltung informeller Gesprächskreise und in einigen Fällen auch gemeinsamer Opposition und gemeinsamem Widerstand gegen das NS-Regime dazu bei, Schranken abzubauen, die sich vor 1933 noch als nahezu unüberwindlich erwiesen hatten. Für die CDU war dies vor allem die Überwindung der bisherigen konfessionellen Spaltung in der Politik, die ein wichtiger Faktor der Zersplitterung gerade des bürgerlichen Lagers in viele verschiedene Parteien gewesen war.

So erklärte Friedrich Holzapfel, Mitgründer der CDU in Westfalen und – obwohl heute weitgehend in Vergessenheit geraten – in den ersten Nachkriegsjahren eine der wichtigen Persönlichkeiten des evangelischen Flügels der Partei,<sup>86</sup> in einer Rundfunkrede vom 24. Juni 1946, seit Jahrhunderten habe „das deutsche Volk darunter zu leiden gehabt, dass die Verschiedenheit der Bekenntnisse hereingetragen wurde in den politischen Kampf des Alltags“. Aus den „Trümmern des Krieges“ sei aber nun „die politische Zusammenarbeit beider christlichen Bekenntnisse hervorgegangen“.<sup>87</sup> Ein Jahr später betonte er, eine „politische [...] Einheitsfront der Christen“ könne den „Riss kitten, der im 30jährigen Krieg entstanden ist. Gelingt es uns, dann hätten wir ein festes Fundament, auf dem wir aufbauen könnten, sonst sei die ganze Arbeit vergebens“.<sup>88</sup> Er habe aber, so Holzapfel rückblickend, von Anfang an darauf gedrungen, dass „die neue Partei nicht mehr den Namen Zentrum erhalten dürfe, da eine solche traditionell belastete Bezeichnung den Einbruch in die evangelischen Bevölkerungsschichten verhindern würde“.<sup>89</sup> Im selben Sinne nahm der spätere langjährige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier bei der offiziellen Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei Rheinland-Hessen-Nassau in Koblenz am 17. Februar 1946 Bezug auf den gemeinsamen Widerstand von Mitgliedern der beiden christlichen Konfessionen gegen das NS-Regime. Es gehe nun darum, jene „Kampfgemeinschaft aus der Welt der Bedrückung [...] in eine politische Gemeinschaft zur Erringung friedlicher Ziele umzuwandeln“.<sup>90</sup> Und der ehemalige Landesvorsitzende des Zentrums in Sachsen, der Chemnitzer Pfarrer Ludwig Kirsch, schrieb am 4. Juli 1945 zur Begründung des Aufrufs, eine „Christliche Volkspartei“ zu gründen, „durch das Zusammenwirken der gläubigen Christen aller Konfessionen – erfolgreicher als in getrennten Parteien!“ – könne es gelingen, „unser politisches Leben als Volk und Staat wieder zu verchristlichen“.<sup>91</sup>

85 Rudolf Morsey (Hg.): Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Düsseldorf 1992.

86 Zu Holzapfel Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: HPM 12 (2005), S. 129–155.

87 Manuskript in: ACDP Bestand Bundesgeschäftsstelle 07-004-395/4.

88 Protokoll der Vorstandssitzung des LV Westfalen am 10. Mai 1947, in: ACDP 03-002-039/1.

89 Niederschrift eines Gesprächs zwischen Holzapfel und Peter Hüttenberger betr. die Gründung der CDU und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf RWN 139 Nr. 3, Bl. 164–170, hier 165 f.

90 Zit. nach Martin: Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, S. 60.

91 „Christliche Volkspartei Chemnitz“ – Offener Brief von Ludwig Kirsch vom 4. Juli 1945, in: ACDP NL Karl Buchheim 01-188-002/1; der Gründungsaufwurf ebd. Zahlreiche Materialien zu Kirsch unter <http://www.pfarrerludwigkirsch.de/>.

Auch wahlstrategische und demokratietheoretische Überlegungen spielten bei dem Versuch, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Lehren zu ziehen, für die Befürworter des Unionsgedankens eine Rolle. Man war der Überzeugung, dass ein wiedergegründetes Zentrum ein zu geringes Wählerpotenzial haben würde, um die Interessen des christlichen Volksteils gegenüber den Sozialdemokraten und der ebenfalls als stark eingeschätzten KPD vertreten zu können. Die parteipolitische Zusammenfassung der Konfessionen hingegen böte die Chance, das Wählerpotenzial der zerfallenen und diskreditierten Parteien des Konservatismus und des Liberalismus an sich zu ziehen und damit gegenüber den Linksparteien mehrheitsfähig zu werden. Auch eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems, in der man eine Hauptursache für die Instabilität der Weimarer Demokratie sah, könne so vermieden, die heimatlos gewordenen Anhänger der ehemaligen Rechtsparteien integriert und die Entstehung einer reaktionären Partei mit anti-demokratischem Charakter verhindert werden. Diese Überlegungen wurden von ansonsten politisch erheblich divergierenden Vertretern des „linken“ wie des „rechten“ Flügels der entstehenden CDU gleichermaßen angestellt.<sup>92</sup>

### Personelle Konstellationen

Neben lokalen Traditionen und Strukturen, stellenweise aufgebrochen durch die Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung, spielten auch personelle Konstellationen eine Rolle, die ebenfalls teilweise durch diese Faktoren beeinflusst waren. So befürwortete der spätere Bundespräsident Theodor Heuss in Stuttgart zunächst eine überkonfessionelle Sammlungspartei aus christlichen und liberalen Demokraten und verhandelte mit Vertretern der früheren Zentrumspartei in diesem Sinne. Diese waren ihm aber offenbar zu stark kirchlich orientiert, so dass er sich schließlich mit Bedenken in den Vorstand der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden wählen ließ, die später unter dem Namen DVP/FDP als baden-württembergischer Landesverband der Freien Demokraten firmierte.<sup>93</sup> Im in der amerikanischen Zone gelegenen Nordbaden hingegen beteiligten sich nicht wenige prominente Vertreter der früheren liberalen Parteien – zum Teil auf Empfehlung von Heuss – an der Gründung der CDU.<sup>94</sup> Einem Bekannten in Berlin, wo der Gründerkreis der CDU politisch breiter gefächert war<sup>95</sup>, teilte Heuss brieflich mit, er würde, hätte er sich zur betreffenden Zeit dort aufgehalten, „an der christlich-demo-

---

92 Vgl. exemplarisch den anhand statistischen Materials argumentierenden Brief des aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommenden Essener CDU-Mitgründers Heinrich Strunk an Wilhelm Hamacher, den ersten Vorsitzenden des wiedergegründeten Zentrums, vom 21. November 1945, in: ACDP 03-002-049/1 sowie die Gedanken des protestantisch-konservativen, ehemals der Deutschnationalen Volkspartei angehörenden früheren Reichsminister Hans Schlange-Schöningen. Zu Letzterem Günter J. Trittel: Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“, in: VfZ 35 (1987), S. 25–63, hier vor allem 34–41.

93 Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn: Die DVP/FDP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979.

94 Winfried Becker: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründer und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13). Mainz 1987, S. 68.

95 Baus: CDU in der SBZ, S. 72–79.

kratischen Union teilgenommen haben“. Im Februar 1946 musste er das Gerücht zurückweisen, er sei Mitglied der CDU geworden.<sup>96</sup>

In Mecklenburg-Vorpommern wurde die CDU anfangs in überproportionalem Maße von Persönlichkeiten geprägt, die während der Weimarer Zeit in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aktiv gewesen waren, die in Rostock und Schwerin Hochburgen gehabt hatte. Zeitweilig wurde hier sogar ein Zusammenschluss von CDU und Liberaldemokratischer Partei erwogen.<sup>97</sup> Werner Jöhren, CDU-Mitgründer auf der Insel Usedom und erster Fraktionsvorsitzender der Union im Schweriner Landtag, sah in der Partei eine originär „neue Bewegung“, die sich fundamental unterscheide von „allen bürgerlichen Parteien vergangener Zeit“.<sup>98</sup> Diese Besonderheit im nördlichsten Land der SBZ dürfte der Grund dafür gewesen sein, dass die CDU dort bei den Landtagswahlen 1946 mit 34,1 Prozent das zonenweit beste Ergebnis erzielte.

In Dresden hingegen war das Misstrauen zwischen den führenden Persönlichkeiten von Christlichen Demokraten und Liberalen von Anfang an so groß, dass Sondierungen bezüglich der Möglichkeit einer gemeinsamen „bürgerlichen“ Partei rasch scheiterten.<sup>99</sup>

Ein Beispiel, wie sich in der Gründungsphase der CDU regional die skizzierten Einflüsse miteinander verschränkten, ist Rheinhessen-Pfalz. In der Pfalz wurde die Bildung einer einheitlichen überkonfessionellen Partei außer durch die erwähnten Vorbehalte zwischen Katholiken und Protestanten auch durch überkommene Animositäten zwischen ehemaligen Anhängern des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei erschwert, die hier vor 1933 miteinander konkurriert hatten. Zudem erwies sich – anders als die allermeisten seiner Amtsbrüder – der Speyerer Bischof Joseph Wendel als Gegner einer parteipolitischen Zusammenführung der Konfessionen. In Rheinhessen hingegen, wo der Mainzer Bischof Albert Stohr früh die parteipolitische Vereinigung von Protestanten und Katholiken befürwortete, drehten sich die Auseinandersetzungen in der Gründungszeit kaum um konfessionelle, sondern vorrangig um sozialpolitische Differenzen. Für den nötigen Druck sorgte die französische Besatzungsmacht, die auch für Rheinhessen-Pfalz, wie geschildert, nur die Gründung einer einzigen „christlichen“ Partei zuließ.<sup>100</sup>

## Heterogene Gründung – ausgeprägte Integrationsfähigkeit

Das zum Teil restriktive Vorgehen der Besatzungsmächte, die sich rasch vertiefende Kluft zwischen Ost und West, die Besonderheit der dezentralen Entstehung aus miteinander zunächst nicht oder kaum verbundenen „Gründungskernen“, die teilweise erheblich divergierenden politisch-programmatischen Ansätze dieser Gründungen, die unter-

---

96 Siehe das Schreiben an Karl Brammer vom 24. November 1945, in: Theodor Heuss: *Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949*. Hg. und bearb. von Ernst Wolfgang Becker (Stuttgarter Ausgabe). München 2007, S. 129 ff., besonders Anm. 10, sowie die Einleitung des Herausgebers, ebd., S. 15–57, hier 27 f.

97 Christian Schwießelmann: *Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern*, in: HPM 13 (2006), S. 25–46; zur DDP nach wie vor Werner Stephan: *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*. Göttingen 1973.

98 Rede in einer Parteiversammlung am 30. Juni 1946, in: ACDP NL Werner Jöhren 01-350-002.

99 Baus: *Gründung der CDUD in Sachsen*, S. 84–87.

100 Martin: *Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, S. 68–87.